



Freie und Hansestadt Hamburg

Drucksache XVIII/666

Bezirksamt Bergedorf

T Ä T I G K E I T S B E R I C H T

D E S

B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F

BERICHTSJAHR 2008

(28. Fortschreibung)



VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2008 vor, um damit wie in den Vorjahren auch über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 29. Mal dokumentiert werden.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Dr. Christoph Krupp

Bezirksamtsleiter



INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
1. Dezernat Steuerung und Service	
1.1 Interner Service	5
Gremienbetreuung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,	6
Gebäudemanagement,	7
Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen	8
Katastrophenschutz,	8
Lichtwarkausschuss	9
1.2 Personalservice	10
1.3 Ressourcensteuerung	
Haushalt	12
Organisation und IT-Angelegenheiten	14
1.4 Rechtsamt	15
2. Dezernat Bürgerservice	
2.1 Fachamt Einwohnerwesen	18
2.2 Fachamt Personenstandswesen	21
3. Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit	
3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum	23
3.2 Fachamt Sozialraummangement	28
3.2.1 Planung, Stadtteilentwicklung und Sanierung	29
3.2.2 Steuerung und Förderung	31
3.2.3 Kommunale Einrichtungen	32
3.3 Fachamt Jugend- und Familienhilfe	34
3.4 Fachamt Gesundheit	40



4. Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt

4.1	Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung	51
4.1.1	Übergeordnete Planung	52
4.1.2	Bebauungsplanung	55
4.1.3	Landschaftsplanung	56
4.2	Fachamt Management des öffentlichen Raumes	56
4.3	Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt	61
4.3.1	Gewerberecht, Marktwesen und Lebensmittelüberwachung	61
4.3.2	Veterinärwesen	66
4.3.3	Technischer Umweltschutz	68
4.4	Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt	70
4.4.1	Wirtschaftsförderung	71
4.4.2	Bauprüfung	75
4.4.3	Kundenservice und Verwaltung	76
4.4.4	Umwelt	79



1. DEZERNAT STEUERUNG UND SERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	88,85	48,11	46,62
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	41.550	53.407	37.388
Ausgaben	41.550	53.407	37.388
übertragbarer Rest	0	0	0
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Fachausschuss für Haushalt und Vergabe		

1.1. Interner Service

Leitung: Otto Steigleder, Tel. 42891-2005

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	24,72	20,46	20,02

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2006	2007	2008
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	16	16	17
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	113	113	130
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	543	496	645
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	233	192	192
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	543.302	547.283	605.646
Eingaben an die Bezirksversammlung	41	45	47
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	145	138	107

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Die Anzahl der Eingaben an die Bezirksversammlung unterlag weiterhin nur geringen Schwankungen. Auch im Jahr 2008 lagen die inhaltlichen Schwerpunkte von Eingaben an die Bezirksversammlung überwiegend bei Verkehrsangelegenheiten. Die inhaltlichen Schwerpunkte bei den Eingaben an die Bezirksamtsleitung lagen erneut bei Bau-, Grün-, Sozialhilfe- und Verkehrsangelegenheiten.

Neben der ausschussbegleitenden Tätigkeit waren 2008 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Fortsetzung der Arbeiten für ein Internet-Portal unter dem Domainnamen www.bergedorf.de
- Mitarbeit bei der Einführung eines neuen Einwohnerdatenverfahrens (OK.EWO) für die Bereiche Wahlen und Volksgesetzgebung
- Mitarbeit bei der Einführung des digitalisierten Ratsinformationssystems für das Ausschusswesen
- Redaktionsarbeit für die Neuauflage des Hamburg-Handbuchs (Ausgabe 2008/2009)
- Redaktionsarbeit für die aktuelle Auflage des Örtlichen Telefonbuchs



- Mitarbeit im Arbeitskreis Tourismus
- Mitarbeit im Arbeitskreis Sternwarte
- Mitarbeit im Kooperationskreis der Museen
- Mitarbeit in den Arbeitskreisen Neues Wahlrecht u. Volksentscheid
- Mitarbeit bei der Einführung / Erprobung eines digitalen Wahlverfahrens
- Vorbereitung der Volksbegehren „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ und „Rettet den Volksentscheid“
- Vorbereitung und Durchführung der Bürgerschafts- und Bezirksversammlungenwahl im Februar
- Konstituierung der BV und aller Fachausschüsse
- Neuwahl eines Jugendhilfeausschusses
- Vorbereitung der Wahl des Seniorenbeirates
- Neubildung der Widerspruchsausschüsse
- Wahl der Schöffen und ehrenamtlichen Richter´
- Redaktionsarbeit für die Neuauflage der Broschüre „Der Bezirk Bergedorf“ Ausgabe 2009/2010
- Organisation der Veranstaltung zum Geburtstag des Komponisten Johannes Brahms am 07. Mai 2008
- Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der „Bergedorfer Hafenmeile“ vom 30.05.2008 bis zum 01.06.2008
- Organisation und Durchführung des 20. Helfertages der Bezirksversammlung im November 2008
- Organisation und Durchführung des Adventsbasars vom 29. - 30.11.2008

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rhythmus von 14 Tagen fanden bei der Bezirksamtsleitung Pressegespräche / Pressekonferenzen statt, die vorzubereiten und zu begleiten waren.

Regelmäßig, d.h. nahezu täglich gibt es Kontakte mit der regionalen und überregionalen Presse - bei besonderen Anlässen auch mit Rundfunk und Fernsehen.

Vorbereitung für die Vornahme von:

Ehrungen:	2006	2007	2008
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	7	9	14
90., 100. und jeder weitere Geburtstage über 100	137	103	143

Bei 90. Geburtstagen hat seit 2004 die Senatskanzlei die ausschließliche Versendung von Glückwunschkarten übernommen.

Ehrungen zu den 100.Geburtstagen und zu den Ehejubiläen werden weiterhin vom Bezirksamt durchgeführt.

Ziele und Arbeitsprogramm für 2009

- Vorbereitung und Durchführung der Europawahl am 07. Juni 2009
- Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl am 27. September 2009
- Vorbereitung und Durchführung des Volksbegehrens „Mehr Demokratie“
- Mitarbeit im bezirksübergreifenden Projekt Reorganisation Wahlen (REWA)
- Geschäftsführung in der bezirksübergreifenden AG Wahlen und Abstimmung
- Einsatz des Ratsinformationssystems „Open Plenum“ für die Gremienbetreuung



- Neuwahl der Seniorenvertretungen: Seniorendelegiertenversammlung und Seniorenbeirat
- Abschluss der Redaktionsarbeit für die Neuauflage der Broschüre „Der Bezirk Bergedorf“
- Abschluss der Arbeiten des Kooperationskreises Museen mit der Aufstellung der 14 Kulturstelen (eine in Geesthacht)
- Vorbereitung und Durchführung des Jahresempfangs des Bezirksamtes sowie des Rathausfestes am 21. August 2009
- Organisation und Durchführung des 21. Helfertages der Bezirksversammlung im November 2009
- Organisation und Durchführung des Spiegelsaalkonzertes und des Adventsbasars Ende November / Anfang Dezember 2009

Gebäudemanagement

Aufgabe und Entwicklung in 2008

	2006	2007	2008
Anzahl der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude	27	27	27
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigen genutzte Gebäude	1.128.989	1.070.457	1.048.175
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude in m ²	20.388	20.739	21.548 *)
- davon angemietet in m ²	15.898	16.249	17.058
durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigen genutzte Gebäude je m ²	4,56	4,30	4,06
durchschnittliche Mietkosten je m ²	7,18	7,41	9,28 *)

*) Das Dienstgebäude Bult ist aufgegeben, der Neubau Wentorfer Str. 38 a fertig gestellt worden. Dadurch verändern sich die Nutzfläche sowie die durchschnittlichen Mietkosten. Der Neubau hat eine höhere Qm-Miete als der Altbau

- Übernahme der neuen Garagen hinter Wentorfer Str. 30
- Baubegleitung des Fahrstuhlprojektes Wentorfer Str. 38
- Rückbau der Gemeinschaftsunterkünfte (Holzbauten) August-Bebel-Str. 210
- Rückgabe der Gemeinschaftsunterkunft August-Bebel-Str. 210 an den Eigentümer
- Verlegungen von Dienststellen
- Innenrenovierung Wentorfer Str. 38
- Innenrenovierung Wentorfer Str. 30
- Ausbau des 2. und 3. Obergeschosses des Rathauses
- Dachvorbau am Spielhaus Blaue Welle erneuert
- Rückgabe des Dienstgebäudes Bult 2 an die GWG
- Räumung des Dienstgebäudes Kurfürstendeich 41
- Bauliche Herrichtung des neuen Bürgerzentrums VM in Neuengamme

Ziele und Arbeitsprogramm für 2009

- Verlegung von Dienststellen (Erziehungsberatung Bornbrook zum Oberen Landweg)
- Übergabe des Gebäudes Kurfürstendeich 41 an den Eigentümer
- Technische Übergabe des Fahrstuhls Wentorfer Str. 38



- Fußbodenerneuerung im Kiosk Sommerbad Altengamme
- Lagerraum für Spielhaus Friedrich-Frank-Bogen schaffen
- Überarbeitung des Parkettbodens Spielhaus Kiebitz
- Abriss der alten abgängigen Jugendbude auf dem Gelände Lohbrügger Landstr. 55
- Errichtung eines Ersatzbaus auf dem gleichen Gelände
- Aussenrenovierung Spielhaus Lohbrügger Landstr.
- Sanierung Dach Spielhaus Friedrich-Frank-Bogen
- Grundinstandsetzung Jugendclub Neu-Allermöhe Ost

Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen (KÜA)

In der einzigen bezirklichen Unterkunft August-Bebel-Straße 210 standen mit Stichtag 31.12. insgesamt zur Verfügung:

Anzahl der Unterkunftsplätze in den bezirklichen Einrichtungen		
2006	2007	2008
157	109	0

Die Unterkunft wurde aufgelöst und das Objekt an den Eigentümer zurückgegeben. Damit endete die Aufgabe des bezirklichen Koordinators im Jahr 2008.

Unter der Trägerschaft fördern & wohnen bestehen folgende Unterkünfte:

Pavillon-/Containerdörfer:

- Curslacker Neuer Deich 80 (260 Plätze)
- Curslacker Neuer Deich 78 (260 Plätze)
- Unterkunft für bleibeberechtigte Familien, Obdachlose und Aussiedler
Rahel-Varnhagen-Weg 12-24 (270 Plätze)

Zentrale Fachaufgabe Katastrophenschutz

Der Schwerpunkt der Aufgaben des Sachgebietes „Zivil- und Katastrophenschutz“ lag 2008 im Bereich Stabsarbeit bei Sturmfluten. Hierzu wurde in Zusammenarbeit mit der Behörde für Inneres im Februar erstmals ein neues modular aufgebautes Übungskonzept erprobt. Außerdem nahm der Regionale Katastrophendienststab (RKD) an der hamburgweit durchgeführten Stabsrahmenübung „Land unter“ im November teil. Daneben wurde am 31.10. die praktische Deichverteidigungsübung durchgeführt. In einem erweiterten Übungsrahmen wurde den Einsatzkräften das Zusammenspiel zwischen den Deichfachkräften und den Technischen Einsatzleitungen demonstriert. Des weiteren wurden in 2 Planbesprechungen rd. 20 Mitarbeiter des RKD in ihren Aufgaben geschult.

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Katastrophenschutz	2006	2007	2008
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	2	2	3
Anzahl der Schulungen	3	4	8
Anzahl der Einsätze	1	4*	1**

Bei 6 Schulungsterminen wurden insgesamt 10 neue Mitarbeiter des Regionalen Katastrophendienstes (RKD) fortgebildet und in ihre Aufgaben eingewiesen, bei 2 weiteren Terminen wurden die Übungsteilnehmer in die Besonderheiten der jeweiligen Übung eingewiesen.



- * = Sturmfluteinsätze am 12., 18. und 19.1. sowie am 9.11.2007
- ** = Sturmfluteinsatz am 1.3.2008

Ziele und Arbeitsprogramm für 2009

- Vorbereitung und Durchführung von 2 Übungen
 - „Sturmflut 2009“ unter Beteiligung aller an der Deichverteidigung beteiligten Stäbe in Hamburg am 5.09.
 - Deichverteidigungsübung am 2.10.
- Schulung der Stabsmitglieder in ihren Aufgabenbereichen mit Nutzung der von der Behörde für Inneres nach Jahren wieder angebotenen Seminare
- Fortsetzung der Einführung eines gesamthamburgischen Programms zur Lagedarstellung und Dokumentation
- Optimierung ggf. einschl. weiterer technischer Ausstattung unter anderem durch Umstellung der PC-Ausstattung des RKD
- Weiterentwicklung des bezirklichen Pandemieplanes aufgrund der Erkenntnisse der Übung „LÜKEX“
- Neuauflage des „Handbuches“ zum 1. August.

Lichtwark-Ausschuss

Aufgabe und Entwicklung in 2008

Der Lichtwark-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgenden Angeboten: Theateraufführungen, Kabarett-Wochen, mit den Programmen „Stars-Hautnah“ und „Theater-Highlights“, Konzerten und den Jugendwettbewerben im Theater Haus im Park.

Veranstaltungen im Theater "Haus im Park"

	2005/2006	2006/2007	2007/2008
Anzahl der Veranstaltungen	21	22	41
Anzahl der Abonnenten	487	620	810
Anzahl der "freien" Besucher	2.680	4.000	7.732
Auslastung der Veranstaltungen	56,1%	63%	54,5

Aufgabe und Entwicklung in 2008

Der Theaterbetrieb hat sich in der abgelaufenen Saison kontinuierlich weiter entwickelt. Das Theater wird mit seinem derzeitigen Angebot von der Bevölkerung angenommen. Das lässt sich daran ausmachen, dass sich das Publikum verjüngt hat. Mit einem attraktiven Angebot kann diese Entwicklung fortgesetzt werden.

45. Jugendmusikantenwettbewerb

Mehr als 123 junge Musikerinnen und Musiker wetteiferten an 2 Wochenenden bei durchgängig hohem Niveau um gute Plätze. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert am 8. Juni.

29. Jugend-Theatertage

7 Gruppen mit Darstellern zwischen 5 und 22 Jahren zeigten Aufführungen auf gutem bis sehr gutem Niveau.



Konzept zur Finanzierung der Jugendwettbewerbe

Nach Auflösung des Lichtwark-Vereins mussten die dann fehlenden Einnahmen ausgeglichen werden. Das Ergebnis liegt nun vor.

Jugendmusikantenwettbewerb

Die Kosten lagen in den letzten Jahren regelmäßig bei ca. 4.000 Euro. Etwa jeweils die Hälfte waren Preisgelder und Organisationskosten. Versuche, Sponsoren beispielsweise über Stiftungen mit zutreffenden Stiftungszwecken zu finden, scheiterten. Preisgelder werden eher gefördert. Für den Wettbewerb 2009 sind bei der Oscar und Vera Ritter-Stiftung 2.000 Euro für Preisgelder beantragt. Für die Organisation wurden 2.000 Euro Sondermittel der Bezirksversammlung bewilligt.

Jugend-Theatertage

Eine Arbeitsgruppe des Fachausschusses für Sport und Kultur hat ein Konzept erarbeitet, das eine Beteiligung des Lichtwark-Ausschusses an den Einnahmen der teilnehmenden Schulen/Einrichtungen vorsieht, aus denen die Kosten für die Jugend-Theatertage bestritten werden können.

Ziele und Arbeitsprogramme für 2009

- Weitere Steigerung der Zahlen im freien Kartenverkauf
- Verbesserung der Werbung (regelmäßige Vorankündigung in der BZ und dem Wochenblatt und dem Vierländer Boten) Größerer Verteiler für die Plakate
- Regelmäßiger Austausch mit der Körber-Stiftung und den Vertragspartnern Altonaer Theater

1.2 Fachamt Personalservice

Leitung: Monika zur Linde, Tel.: 42891.2087

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	5,10	5,35	5,93

Aufgabe und Entwicklung in 2008

In 2008 beschäftigte sich der Personalservice schwerpunktmäßig mit der Personalrekrutierung für das Bezirksamt.

Nachdem in 2005 mit 5 Stellenausschreibungen ein absoluter Tiefpunkt erreicht war, gab es hier nach 29 Ausschreibungen in 2007 eine weitere Steigerung mit 39 Stellenausschreibungen und -besetzungen in 2008. Damit wurden auch die Vorgaben zur Personalverstärkung der Bezirksverwaltung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

Wie erwartet waren außerdem zahlreiche Verfahren zur Integration der Asklepios-Rückkehrer zu begleiten. Neben fünf endgültig im Bezirksamt übernommenen Personen für die ARGE sind derzeit knapp 30 der Asklepios-Rückkehrer ins Bezirksamt abgeordnet (vorwiegend bis 31.12.2010) und 7 Rückkehrer absolvieren hier einen sog.

„Übergangseinsatz“ (i. d. R. 6 Monate).Die ständige Vermittlung vor allem von Übergangseinsätzen wird auch in 2009 anhalten.

Seit Ende 2006 gibt es einen neuen Tarifvertrag der Länder, der die Personalverwaltung durch bis heute anhaltende und immer wieder neu auftretende rechtliche Fragestellungen stark fordert. Ergänzend dazu galt bis 30.10.2008 ein Überleitungstarifvertrag. Die hier geltenden



Regelungen endeten zu diesem Datum und zahlreiche ab 01.11.2008 neu geltende Regelungen mussten mit dem Personalbestand des Bezirksamtes - mit zum Teil erheblichem personellem Aufwand- abgeglichen und angepasst werden.

Im Bereich der Personalentwicklung standen mehrere Instrumente auf dem Prüfstand. So wurde, um die Mobilität innerhalb des Bezirksamtes zu fördern, eine interne Tauschbörse eingerichtet. Über konkrete Ergebnisse wird erst in 2009 zu berichten sein.

Außerdem wurde die Überarbeitung der seit vielen Jahren im Bezirksamt geltenden „Grundsätze zur Führung und Zusammenarbeit“ ins Auge gefasst. Dieser Prozess wurde durch mehrere Diskussionsrunden mit den Beschäftigten des Bezirksamtes in 2008 eingeleitet und wird in 2009 weitergeführt.

Im Sinne der individuellen Personalentwicklung und zur weiteren Begleitung der Veränderungen durch die Verwaltungsreform wurden etliche Coaching-, Teamentwicklungs- und Konfliktklärungsmaßnahmen initiiert.

Im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung stellten die Begleitung der Gefährdungsanalysen im Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt und die Sammlung von Daten zum Thema ‚Gewalt am Arbeitsplatz‘ einen Schwerpunkt dar.

Als konkretes Angebot zur Entspannung wurden in 2008 wieder 5 Kurse Ohrakupunktur für insgesamt 33 Beschäftigte durchgeführt.

Ein positiver Trend war im Bereich der alternierenden Telearbeit zu verzeichnen. In 2008 wurden mit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern individuelle Telearbeitsplatzvereinbarungen abgeschlossen. Die Einrichtung dieser Telearbeitsplätze –mit der Möglichkeit einen gewissen Arbeitszeitanteil zu Hause zu arbeiten- unterstützt u. a. die bessere „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

Auch im Bereich der Ausbildung hat sich der Personalservice weiter engagiert. Mit 26 Praktika im Rahmen von Studiengängen oder Weiterbildungsmaßnahmen und 17 Schülerpraktika konnten fast doppelt so viele Maßnahmen wie 2007 ermöglicht werden. Außerdem hat sich das Bezirksamt auch 2008 wieder aktiv am Girls Day beteiligt und sich als Berater im Hamburger Hochschulprojekt eingebracht.

Kennzahlen	2006	2007	2008*
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	0,7	1,0	0,9
∅ Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	47,00	68,13	62,7
∅ Krankenquote in %	7,1	7,2	7,7
Quote (in %) der Schwerbehinderten	10,37	9,5	8,6

* Stand 30.11.2008

Das Bezirksamt beschäftigte	2006	2007	2008*
Beamte	192	182	178
davon (in %) Weiblich	61	61	63
Männlich	39	39	37
Teilzeitbeschäftigt	31	30	29
beurlaubt	4	4	4
Arbeitnehmer (ab 2007 = Angestellte und Arbeiter)	303	351	353
davon (in %) Weiblich	61	53	53
Männlich	39	47	47
Teilzeitbeschäftigt	29	30	31
Weiblich	84	86	85
Männlich	16	14	15
beurlaubt o.ä.	8	7	5



Arbeiter (ab 2007 in Arbeitnehmer enthalten)	53		
davon (in %) Weiblich	23		
Männlich	77		
Teilzeitbeschäftigt	13		
Weiblich	100		
Männlich	0		
beurlaubt o.ä.	0		
Geringfügig u. sonstige Beschäftigte	0	2	1
Auszubildende (gewerblich)	7	8	8
Beschäftigte insgesamt	556	543	540
Honorarkräfte	114	155	186

- Stand 30.11.2008

- Erstellung des ersten Personalberichtes für das Bezirksamt auf Basis der Daten 2008
- Maßnahmen der Tauschbörse umsetzen
- Unterbringung von Asklepios-Rückkehrern
- Auswertung der Daten zum Thema „Gewalt am Arbeitsplatz“ vornehmen, analysieren und ggf. Unterstützung für die Maßnahmenentwicklung bieten

1.3 Ressourcensteuerung

Haushalt

Leitung: Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	8,38	8,50	8,18

Aufgabe und Entwicklung in 2008

In der Bewirtschaftungsperiode 2008 waren über das Tagesgeschäft der Haushaltsabteilung hinaus immer noch eine Reihe haushaltstechnischer und verfahrensmäßiger Folgemaßnahmen umzusetzen, die systembedingt erst nach Beginn

des neuen Haushaltsjahres im Haushaltswesen des Bezirksamtes den rechtlichen und organisatorischen Veränderungen des Jahres 2007 nachgeführt werden konnten.

Darüber hinaus sind zu den im vorherigen Tätigkeitsbericht dargestellten Zielen für 2008 folgende Sachstände zu berichten:

- Für die angestrebte flächendeckende Optimierung der Schlüsselindikatoren bei Rahmenzuweisungen hatte die Abteilung Stammdaten-Blätter entwickelt und auf dieser Grundlage eine überbezirkliche Diskussion angestoßen. Im Hinblick auf die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Neuen Haushaltswesen Hamburg (NHH) und dazu noch ausstehende Richtungsentscheidungen des Senats bestand weder bei der Finanzbehörde noch bei den anderen Bezirken die Neigung, das Thema derzeit weiter zu verfolgen. Für die betrieblichen Rahmenzuweisungen Stadtteilkultur und Seniorentreffs haben die Fachbehörden Senatsdrucksachen-Entwürfe zur formalen Behördenabstimmung unter Beteiligung der Bezirksversammlungen und Bezirksamter vorgelegt, die auch Schlüsselvorschläge enthalten.

- Die Umstellung des bezirklichen Bargeldverkehrs auf unbare Zahlungen ist im Grundkonzept mit dem Ziel der Schließung der Zahlstellen im 2. Halbjahr 2009



beschlossen. Derzeit werden noch Detailregelungen zu einzelnen Arbeitsvorgängen und organisatorischen Erfordernissen im Rahmen einer überbezirklichen Arbeitsgruppe entwickelt.

- Dem Antrag zur Einrichtung des Dienstleistungszentrums am ZOB Bergedorf einschließlich der finanziellen Auswirkungen hat die Bürgerschaft am 20.11.2008 zugestimmt. Die Sicherstellung der Anteilsfinanzierung durch das Bezirksamt wird eines der vorrangigen Ziele der Haushaltsabteilung in 2009 und 2010 sein.

Gesamtumsatz in TEUR	2006	2007	2008 *
Einnahmen	7.923	7.002	7.297
Ausgaben	63.436	67.661	70.011
Bauinvestitionen/Beschaffungen	8.822	10.476	9.535
davon Rahmenezuweisungen	2.228	3.319	2.255
Einzel- und Zweckzuweisungen	460	448	273
Fachbehördentitel	4.774	5.089	4.205
Sach-, Fach- und Betriebsausgaben	54.614	57.185	60.476
davon Rahmenezuweisungen	6.843	7.628	7.882
Einzel- und Zweckzuweisungen	17.057	17.289	19.381
Fachbehördentitel	640	514	395
Barumsätze in TEUR	2006	2007	2008
Einnahmen	1.842	2.121	2.303
Ausgaben	1.712	2.152	2.341

* vorbehaltlich endgültiger Jahresabschluss 2008

Ziele und Arbeitsprogramme für 2009

Jahresübergreifend vorrangiges Ziel ist wie stets die sachlich korrekte und vollständige Abwicklung der termingebundenen Pflichtaufgaben im Zusammenhang mit formalen Verfahren der Aufstellung, Bewirtschaftung und Abrechnung des Haushalts sowie im Kassengeschäft.

Ergänzend zum laufenden Geschäft sieht die Aufgabenplanung der Haushaltsabteilung für 2009 nachstehende Maßnahmen vor:

- Umsetzung einschl. Vollzugskontrolle der Bewirtschaftungsvorgaben sowie Beratung und Unterstützung der mittelbewirtschaftenden Dienststellen im Rahmen der „Vorläufigen Haushaltsführung 2009“.
- Finanzielle Absicherung der Anteilsfinanzierung für das geplante Dienstleistungszentrum am ZOB Bergedorf.
- Aufstellung und Überwachung von Bewirtschaftungsregelungen zur Bildung von Rücklagen für die Abschöpfung der vom Senat beschlossenen „Globalen Minderausgabe“ am Jahresende.
- Mitwirkung an der Feinabstimmung zur Umstellung des bezirklichen Bargeldverkehrs auf unbare Zahlungen und Vorbereitung der haushaltstechnischen und organisatorischen Veränderungen.



Organisation und IT-Angelegenheiten

Kennzahlen	2006	2007	2008	Plan 2009	Berichtszeitraum	Kennzahl
Beschäftigungsvolumen am letzten Tag des Jahres/Quartals	8,73	7,8	8,18	7,80	¼-jährlich	IB
Investitionsausgaben für den Einsatz von IuK - Technik in T € (Standardersatzbeschaffung)	80	58	- ¹		jährlich	Q

Aufgabe und Entwicklung in 2008

Die Abteilung Organisation und IT – Angelegenheiten hatten in 2008 die Arbeitsschwerpunkte:

- Weitere Fälle der Überprüfung bzw. Umsetzung der neu festgesetzten Wertigkeiten im Beamtenbereich als Anlass der Bürgerschaftsdrucksache 5198 „personalwirtschaftliche Maßnahmen für die Bezirksverwaltung im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung – Veränderung der Stellenpläne der Bezirksamter“ sind für Tarifbeschäftigte abgewickelt worden. Für neu geschaffene Funktionen aus Anlass der Verwaltungsreform ist die Dienstpostenbewertung begonnen worden.
- Die Nachfolgenutzungen der freien Raumkapazitäten im Rathaus sind 2008 zum Abschluss gebracht worden.
- Für die Arbeit des bezirksamtsinternen Projektes Dienstleistungszentrum am Bahnhof sind Aufgaben der Geschäftsführung als auch die raumkonzeptionelle Weiterentwicklung fortgesetzt worden. Die Bürgerschaftsdrucksache 19/1046 vom 09.09.08 („Konzentration von Dienststellen sowie Einrichtung eines Sozialen Dienstleistungszentrums in einem neuen Verwaltungszentrum im Bezirk Bergedorf“) ist im Dialog mit der Finanzbehörde incl. der Wirtschaftlichkeitsberechnung erarbeitet und erfolgreich in Senat und Bürgerschaft eingebracht worden.
- Mitarbeit im überbezirklichen Projekt Benchmarking der Finanzbehörde sowie bei der Anpassung der Produktinformation für den Haushalt an die neue Aufbauorganisation.
- Wahrnehmen der Auftraggeberfunktion bei allen Vorhaben der Informationstechnologie für das Bezirksamt und Betreuen der unterschiedlichen Verfahren und Anwender.
- Wahrnehmen der Funktion einer dezentralen Geschäftsführung für bezirkliche IT-Angelegenheiten
- Im Jahr 2008 wurde der Abschluss eines Mietvertrages über Kopiersysteme für das gesamte Bezirksamt herbeigeführt.

Ziele und Arbeitsprogramme 2009

- Fortsetzung der Mitarbeit in verschiedenen internen und überbezirklichen Projekten; den Schwerpunkt bildet dabei das Projekt „Dienstleistungszentrum am Bahnhof“.
- Beraten der Fachdienststellen zur Verbesserung der Erreichbarkeit über den „Telefonischen Hamburg Service“.

¹ Ab 2007 wird der notwendige Standardersatzbedarf an IT (Hardware) durch dataport abgewickelt.



- Weiterführen der Funktion der dezentralen Geschäftsführung für bezirkliche IT-Angelegenheiten. Verbunden ist damit die unmittelbare Vertretung der Bezirksamter in den städtischen IT-Gremien und gegenüber dem IT-Dienstleister Dataport.
- Teilhabe an Maßnahmen zum Aufbau von e-Government-Vorhaben in Hamburg (Digitaler Bauantrag, Projekt „Stadtplanung im Netz“)

1.5 Rechtsamt

Leitung: Angela Braasch-Eggert, Tel. 42891-2028/2029

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	4,05	3,0	4,00

Aufgabe und Entwicklung in 2008

Das Rechtsamt ist zuständig für die Erledigung aller im Bezirksamt anfallenden Rechtsstreitigkeiten, zur Erarbeitung rechtlich geprägter gutachtlicher Stellungnahmen und Formulierung von Verträgen sowie zur Beratung und Unterstützung der Bezirksamtsleitung, der Fachämter des Bezirksamts, der Fraktionen der Bezirksversammlung, ihres Präsidiums und von Bürgern. Das Beratungsangebot wird in nicht unerheblichem Umfang genutzt und bindet daher zunehmend Arbeitskapazitäten. Diesem statistisch nicht erfassten Teil der Arbeit wird auch deshalb viel Aufmerksamkeit gewidmet, weil rechtzeitige Klärung strittiger Fragen Rechtsstreitigkeiten vermeiden und richtiges Verwaltungshandeln sichern hilft. In der nachfolgenden Statistik ebenfalls nicht berücksichtigt ist die rechtliche Betreuung von B-Plan-Verfahren. Im Berichtsjahr ging es um 22 laufende B-Pläne.

Zum Ende des letzten Jahres ist es endlich gelungen, die vakante Rechtsreferentenstelle zu besetzen. Damit sind erstmals seit längerer Zeit wieder alle Stellen im Rechtsamt besetzt. Der gute Besetzungsstand war Voraussetzung für die Entscheidung, den stellvertretenden Rechtsamtsleiter nach dem Ausscheiden des Amtsinhabers mit der Funktion eines stellvertretenden Bezirkswahlleiters zu betrauen. Notwendige Einarbeitung in die neue Aufgabe und mehrere Wahlen und Abstimmungen im laufenden Jahr werden sich natürlich im Rechtsamt bemerkbar machen.

Die Fallzahlen im Rechtsamt sind rückläufig; insbesondere geht die Zahl der Widersprüche seit 2006 zurück, während sie beim Rechtsservice konstant ist. Parallel dazu ist auch die Zahl der angestregten Gerichtsverfahren zurückgegangen. Erfreulich an dieser Entwicklung ist, dass die Dauer der Widerspruchsverfahren auf 143,3 Tage gesunken ist, der besten Zahl seit langem. Bei der Bewertung dieses Zeitraums muss berücksichtigt werden, dass Vorgänge nicht etwa so lange liegen bleiben, sondern dass einer Entscheidung in aller Regel Korrespondenz mit dem Widersprechenden vorausgeht und häufig auch noch Sachverhaltsermittlungen anzustellen sind. Die größte Zahl an Widersprüchen, aber auch die geringste Erfolgsaussicht gab es wiederum bei den Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialangelegenheiten. Einerseits die Situation der Betroffenen, aber andererseits wohl auch die Kostenfreiheit dieser Verfahren beflügelt die Antrags- bzw. Klagebereitschaft.

In der Vergleichsstatistik aller bezirklichen Rechtsämter belegt das Rechtsamt dank der hohen Erledigungszahlen den zweiten Rang.

Fallzahlen sind im Einzelnen der nachfolgenden Übersicht ausgewählter Rechtsgebiete zu entnehmen.



Im Jahr 2008 absolvierten 14 Referendare ihre Verwaltungsstation im Rechtsamt, das sich für Referendarausbildung auch deshalb besonders gut eignet, weil es keine Spezialisierung gibt, sondern alle Referenten als Ausbilder das komplette Aufgabenspektrum abdecken.

Ziele für 2009

- Optimierung der Verfahrensdauer in Widerspruchsverfahren;
- Erteilung zeitnaher Antworten auf Anfragen aus den Fachämtern,
- Ständige Qualitätssicherung der Referendarausbildung auf Grundlage der im Jahr 2004 durchgeführten Qualifizierungsbedarfsanalyse.

Rechtsentscheidungen und Vertretung in öffentlich-rechtlichen Verfahren einschließlich Rechtsservice

<u>Widerspruchsverfahren²</u>	2006	2007	2008
<u>Zugang</u>	364	314	257
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	315	327	223
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	53	49	48
Bestand am 31.12.	203	139	125
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf			
- Bauprüf- und Bauangelegenheiten			
- Zugang	63	55	45
- erledigt	69	70	51
- davon zugunsten d. Widersprechenden	15,94 %	8,6 %	25,5 %
- Rest	38	36	30
- andere Angelegenheiten des Bauamtes			
- Zugang	31	17	16
- erledigt	23	27	14
- davon zugunsten d. Widersprechenden	4,35 %	11,11 %	7,14 %
- Rest	19	7	9
- Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialangelegenheiten			
- Zugang	121	134	114
- erledigt	148	153	123
- davon zugunsten d. Widersprechenden	11,49 %	13,7 %	5,9 %
- Rest	68	49	40
Wohngeld, USG, Elterngeld			
- Zugang		37	21
- erledigt		54	22
- davon zugunsten d. Widersprechenden		20,1 %	13,6 %
- Rest		11	10
- Einwohneramtsangelegenheiten			
- Zugang	55	2	3
- erledigt	42	1	3
- davon zugunsten d. Widersprechenden	23,81 %		
- Rest	28	2	2
- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten			
- Zugang	51	18	19

² Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen.



- erledigt	38	31	24
- davon zugunsten d. Widersprechenden	7,89 %	9,67 %	12,5 %
- Rest	26	13	8
- Gebührenangelegenheiten			
- Zugang	16	20	19
- erledigt	28	19	13
- davon zugunsten d. Widersprechenden	21,23 %	16,5 %	26,3 %
- Rest	9	10	16
- Ausländerangelegenheiten			
- Zugang	27	28	14
- erledigt	21	31	17
- davon zugunsten d. Widersprechenden	23,81 %	6,5 %	5,9 %
- Rest	14	11	8

Verfahren vor den Gerichten

(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)

2006 **2007** **2008**

Antragsverfahren I. und II. Instanz

- anhängig wurden	27	33	20
- abgeschlossen wurden	37	31	18
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	7	3	4
- Bestand	8	10	12

Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz

- anhängig wurden	98	145	84
- abgeschlossen wurden	79	146	108
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	14	29	28
- Bestand	152	151	127

Rechtsservice

Zugang	326	287	280
Erledigung	295	324	298
Rest	149	111	93

Verfahrensdauer in Tagen

212,2 220,7 204,6

Verfahren im Bezirksamt

- davon Widerspruchsverfahren	228,6	213,5	143,3
-------------------------------	-------	-------	-------

Gerichtsverfahren

- Antragsverfahren	160,9	144	73
- Beschwerdeverfahren	112,6	167	281
- Klageverfahren	435,5	515	483
- Berufungsverfahren	687,3	528	355



2. DEZERNAT BÜRGERSERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2006*	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	_____	30,81	30,08

* zum Verwaltungsdezernat gehörend

2.1 Fachamt Einwohnerwesen

(Einwohnerdaten und Ausländerangelegenheiten)

Leitung: kommissarisch Sabine von Issendorf, Tel. 42891 – 3461

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	_____*	21,91	21,06

* zum Verwaltungsdezernat gehörend

Allgemeine Kennzahlen	2006 31.12.05	2007 31.12.07	2008 30.06.2008
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf	118.282	119.765	119.833
davon Ausländer	11.468	11.755	11.629

Aufgabe und Entwicklung 2008

Der Bericht muss ohne Betriebsdaten-Zahlen erstellt werden, weil der für die Erstellung der Betriebsdatenstatistik zuständige IT- Konzerndienstleister DATAPORT weder Quartals- noch Jahreszahlen geliefert hat. Entsprechende Daten wurden für das Jahr 2007 nicht erstellt und werden auch für das Jahr 2008 nicht mehr erstellt werden. Auf die gewohnte tabellarische Darstellung wird daher in diesem Tätigkeitsbericht verzichtet.

Das Jahr 2008 war wesentlich geprägt durch die Einführung und Übermittlung einer Steueridentifikationsnummer (Steuer-ID).

Das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) hat jedem Bundesbürger eine Steuer-ID zugeteilt und übermittelt. Dieser Zustellung war eine Datenübermittlung aus dem Melderegister an das BZSt vorausgegangen. Nicht alle übermittelten Daten wurden vom BZSt korrekt verarbeitet. So konnten beispielsweise für den Bezirk Bergedorf ca. 3.500 Schreiben nicht zugestellt werden. Diese und andere Problemkonstellationen führten und führen zu zusätzlichem Klärungs- und Prüfungsbedarf, damit das Melderegister ggf. berichtigt oder fortgeschrieben werden kann. Diese Aufgaben werden auch noch bis in das Jahr 2009 hineinwirken.

Rückmeldungen – Xmeld-Nachrichten

Meldedienststellen, in deren Bereich sich ein Einwohner anmeldet, informieren über diese Anmeldung die bisher zuständige Meldebehörde. Weichen die übermittelten Daten vom Datenbestand der bisher zuständigen Meldebehörde ab, so müssen diese Abweichungen aufgeklärt werden. Grundsätzlich werden diese Rückmeldungen maschinell verarbeitet. Da



auswärtige Meldebehörden sich jedoch nicht an vereinbarte Spezifikationen halten, werden manuelle Auswertungen, Klärungen des Sachverhaltes, auch über Kontakt mit dem betroffenen Einwohner, erforderlich. Dies bindet personelle Kapazitäten.

Es erfolgte der Umzug des Bürgerzentrums Vier- und Marschlande aus dem Dienstgebäude Kurfürstendeich 41 (ehem. Ortsamtsgebäude) in die neuen Räumlichkeiten am Neuengammer Hausdeich 253.

In allen bezirklichen Bürgerzentren konnte verlässlich das Dienstleistungsangebot umgesetzt werden.

Einschränkend muss erwähnt werden, dass aufgrund von Instabilitäten der Fachanwendung O.K.EWO (**o**ffene **K**ommunalverwaltung **E**inwohnerwesen) nicht an jedem Sprechtag das gewohnte optimale Leistungsspektrum angeboten werden konnte.

Trotzdem ist es gelungen, die Wartezeiten im Fachbereich Einwohnerdaten dem gesetzten Ziel anzunähern.

Unmittelbar vor den Sommerferien suchen eine Vielzahl der Kunden die Bürgerzentren auf, um erst kurz vor Reiseantritt die erforderlichen Reisedokumente zu beantragen. Diese Phase fällt zeitlich mit der Verlängerung bzw. Neubearbeitung von Familienpässen zusammen. Der Familienpass bietet neben verbilligte HVV- Fahrtickets ein vielfältiges Programm von Kostenvergünstigungen an. Damit entsteht in diesen Phasen ein extrem hoher Kundenandrang und die gesetzten Wartezeiten werden vor den Ferien um ein Vielfaches überschritten.

Die telefonische Erreichbarkeit des Fachbereichs Einwohnerdaten konnte zum Ende 2008 wieder auf ein überdurchschnittliches Niveau gesteigert werden.

Die Ausländerabteilung war durch personelle Probleme belastet.

Trotzdem ist es gelungen mit Unterstützung aller bezirklichen Ausländerabteilungen und der Umstellung von einer allgemeinen Sprechzeit auf Terminvereinbarungen den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten. Seit Herbst 2008 wird wieder ein stabiler Dienstbetrieb angeboten. Die Terminvereinbarungen haben sich bewährt und werden von den Kunden sehr positiv aufgenommen.

Abteilung für Ausländerangelegenheiten

	2006	2007	2008
Verpflichtungserklärungen nach § 84 Ausländergesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	2000	2000	1500
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen)* erheblich mehr durch kürzere Fristen zur Niederlassungserlaubnis, im wesentlichen Einmaleffekt, mehr Ausnahmeregelungen	3500)*	2800	2.900
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen)* durch Aufnahme neuer Staaten in die EU zunächst weniger Fälle im Bereich des stringenten Aufenthaltsgesetzes, durch eine stark erhöhte Antragszahl ist auch die Zahl der Ablehnungen deutlich gestiegen.	100)*	82	86
Freizügigkeitsbescheinigungen)* neu seit Einführung des neuen Ausländerrechts, wachsender Zustrom aus den neuen EU-Staaten nach Deutschland	500)*	359	240



Die o. a. Zahlen sind weiterhin geschätzt. Genaue Zahlen werden aus einer Betriebsdatenstatistik auf der Basis des Betriebsdatensystems für das Ausländerwesen, PAULA GO, erwartet.

	2006	2007	2008
durchschnittliche Wartezeiten in Minuten (nur messbar im Bürgerzentrum Bergedorf) in der Abteilung für Einwohnerdaten in der Ausländerabteilung		33 76	25 *)
*) es liegen keine messbaren Daten vor, da überwiegend Terminvergabe umgesetzt wurde			

Ziele und Arbeitsprogramm 2009

Elektronischen Ausländerakte

Mit Wirkung vom 01. 07. 2008 wurde das überbezirkliche Projekt ELEKTRA (elektronische Ausländerakte) eingesetzt.

Ziel des Projektes ist es, die personenbezogene Haltung von Papierakten auch im Bereich der bezirklichen Abteilungen für Ausländerangelegenheiten durch Einführung einer elektronischen Ausländerakte zu ersetzen. Das Projekt verfolgt dabei das Ziel, die Archivierung von Originaldokumenten soweit wie möglich überflüssig zu machen.

Die Servicequalität für ausländische Mitbürger soll dadurch verbessert werden, dass die elektronische Ausländerakte immer sofort der Sachbearbeitung zur Verfügung steht und Postwege des Aktentransportes entfallen bzw. auf ein Minimum reduziert werden.

Die Umsetzungsphase ist für das Jahr 2010 vorgesehen.

In diesem Rahmen sind in den bezirklichen Ausländerdienststellen bereits jetzt Vorarbeiten erforderlich. Damit der Altbestand der Ausländerakten gescannt werden kann, müssen diese vorbereitet und bereinigt werden.

Diese Vorarbeiten werden bei einem Aktenbestand von ca. 11.500 Akten erheblich zeitliche und personelle Kapazitäten binden.

Öffnung aller Bürgerzentren

Auch im Jahr 2009 hat die Aufrechterhaltung eines dauerhaften und regelmäßigen Dienst- und Kundenbedienbetriebs oberste Priorität.

Entzerrung des Publikumsaufkommens vor den Ferienzeiten

Vorgesehen ist eine Hamburgweite und bezirksübergreifende Plakataktion, um dafür zu werben notwendige Reisedokumente weit vor Beginn der Reisezeit zu beantragen.

Optimierung der Servicequalität

Ausstattung aller Bürgerzentren mit mindestens einem Gerät zum bargeldlosen Zahlungsverkehr mit ec - Karte und eine intensive Werbung, dies zu nutzen. Bisher wurde diese Zahlungsart in nur einem Bürgerzentrum angeboten und von den Kunden nur im geringen Umfang ausgeschöpft.

Es soll damit begonnen werden, die Mitarbeiter/innen in den Bürgerzentren über Englischkurse zu schulen bzw. Kenntnisse aufzufrischen, um dem ausländischen Neubürger einfache Informationen auch auf Englisch übermitteln zu können.



Die telefonische Erreichbarkeit wird kontinuierlich evaluiert und auf weitere Optimierungsmöglichkeiten überprüft.

Aufgrund der positiven Resonanz ausländischer Kunden der Fachabteilung für Ausländerangelegenheiten auf das Angebot vorheriger Terminvereinbarung soll dieses Instrument weiter ausgebaut werden. Durch die Terminvereinbarungen entfallen Wartezeiten fast gänzlich und dringend notwendige Sachbearbeitung kann sofort erfolgen.

2.2 Fachamt Personenstandswesen

Leitung: Peter Kurschildgen, Tel. 42891-2500

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	9,5	8,90	9,02
Geburtsbeurkundungen	938	912	840
Davon mit Ausländerbeteiligung	252	240	225
Sterbefallbeurkundungen	882	854	910
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	5,5	6,0	6,0
Anmeldungen der Eheschließung (Aufgebote)	724	644	680
Davon mit Ausländerbeteiligung	105	93	106
Eheschließungen	548	481	504
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	501	480	727

Aufgabe und Entwicklung in 2008

Durch das Angebot zusätzlicher Serviceleistungen, die die bereits vorhandenen Angebote weiter steigern und intensivieren, profiliert sich das Standesamt weiterhin als eine kundenorientierte Verwaltung.

Das bereits vorhandene – für die Brautpaare interessante – Angebot an Eheschließungen/Lebenspartnerschaften innerhalb und außerhalb des Standesamtes wurde nochmals verbessert.

Die Eheschließungen/Lebenspartnerschaften außerhalb des Standesamtes – an den Nachmittagen von montags bis freitags – erfreuen sich weiterhin großer Beliebtheit und sind sehr gefragt.

Das Angebot des Standesamtes von 19 Eheschließungen/Lebenspartnerschaften am 08.08.2008 ist bei den Brautpaaren auf starkes Interesse gestoßen. Die Termine waren bereits kurzfristig nach dem Stichtag der Anmeldung der Eheschließung/Lebenspartnerschaft (½ Jahr vor der Eheschließung/Lebenspartnerschaft) vergeben.

Die Eheschließungen/Lebenspartnerschaften freitags im Bergedorfer Schloss sind ein Highlight für die Brautpaare. Die Termine (ca. 120 pro Jahr) sind regelmäßig ausgebucht.

Im Jahr 2008 hat das Standesamt ein Konzept erarbeitet, das den Kundenservice im Bereich Eheschließungen/Lebenspartnerschaften in diesem Jahr steigern wird. Die Bediensteten des Standesamtes haben sich auf freiwilliger Basis dazu bereit erklärt, Eheschließungen/Lebenspartnerschaften an ausgesuchten Samstagen im Standesamt und auch außerhalb des Standesamtes anzubieten.



Durch intensive Gespräche mit allen Beteiligten konnte eine Dienstvereinbarung erarbeitet werden, die die Regularien für die Durchführung dieses Angebotes regelt.

Das Konzept sieht vor, dass die Termine für Eheschließungen/Lebenspartnerschaften erstmalig im Jahre 2009 angeboten werden.

Die Dekorationen des Standesamtes zu den besonderen Festtagen/Anlässen sind weiterhin ein fester Bestandteil zur Steigerung des Ambientes. Die Kunden registrieren diese Dekorationen mit Wohlwollen und bekunden dies auch regelmäßig gegenüber den Bediensteten.

Die Fachkompetenz wird auch weiterhin durch die Teilnahme der Bediensteten an regelmäßigen Fortbildungsveranstaltungen des Landesverbandes der hamburgischen Standesbeamten sowie der Fachakademie gewährleistet.

Am 01.01.2009 trat das neue Personenstandsrecht in Kraft. Durch intensive Schulungen in 2008 wurden die Bediensteten mit den neuen Vorschriften und dem neuen Computerprogramm vertraut gemacht. Die Anwendung des neuen Rechts sowie die Handhabung des neuen Computerprogramms unter den Bedingungen der Publikumsbedienung haben deshalb zu keinen Schwierigkeiten geführt.

Ziele für 2009

- Steigerung des Serviceangebotes durch Eheschließungen/Lebenspartnerschaften am Mittwoch, den 09.09.2009
- Angebot von mindestens 110 Eheschließungen/Lebenspartnerschaften im Bergedorfer Schloss
- Angebot von Eheschließungen/Lebenspartnerschaften außerhalb des Standesamtes an den Nachmittagen von montags bis freitags
- Angebot von 56 Eheschließungen/Lebenspartnerschaften an Samstagen innerhalb und außerhalb des Standesamtes
- Stabilisierung der Kundenzufriedenheit durch die Benotung auf der Basis der laufenden Kundenbefragung nicht schlechter als 2,0
- Überarbeitung der Homepage im Internet auf Grund der neuen rechtlichen Bestimmungen
- Weitere Schulungen der Bediensteten in Bezug auf das neue Personenstandsrecht und das neue Computerprogramm

3. DEZERNAT SOZIALES, JUGEND UND GESUNDHEIT

Leitung: Angela Braasch-Eggert 2028/2029

	2006*	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	106,51	157,98	157,72
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	29.115	98.640	70.289
Ausgaben	29.115	74.751	70.289
übertragbarer Rest		23.889	
betreute Fachausschüsse	Fachausschüsse für Sport und Kultur, für Soziales, Gesundheit und Integration, Jugendhilfeausschuss		

* ehemaliges Jugend- und Sozialdezernat



Einführung zu den Einzeldarstellungen der Fachämter

Mit der Verwaltungsreform ist ein neues Dezernat mit den vier Fachämtern Jugend- und Familienhilfe, Sozialraummanagement, Soziales Dienstleistungszentrum sowie Gesundheitsamt gebildet worden. Damit wurden Aufgabenbereiche unter einem Dach zusammengeführt worden, die mit der Situation von Menschen im Bezirk, ihrer Entwicklung und ihrem Wohlbefinden, ihrer Versorgung und Gesundheit sowie ihrem sozialen Miteinander zu tun haben. Das zwingt zu einer Betrachtung von Problemen über den Tellerrand des eigenen Fachgebiets hinaus. Für das Bezirksamt war es von Anfang an wichtig, die Veränderungen nicht als einen bloßen Austausch von Etiketten zu betrachten, sondern auch inhaltlich zu füllen. Zunächst aber ging es darum, die neue Organisation umzusetzen. Das betraf insbesondere den Aufbau des neuen Fachamtes Sozialraummanagement mit der Aufteilung jugendamtlicher Aufgaben zwischen diesem und dem Fachamt Jugend- und Familienhilfe sowie die Besetzung der Leitungsstellen. Bisher noch nicht umgesetzt wurde die räumliche Zusammenführung von Fachämtern des Dezernats. Sie befinden sich noch in vier unterschiedlichen Dienstgebäuden. An der Konzeption des Sozialen Dienstleistungszentrums am Bahnhofsvorplatz, in dem drei Fachämter ihre Dienstleistungen anbieten werden, wird intensiv gearbeitet.

3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum

Leitung: Angelika Lange, Tel. 42891.2120

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	33,01	47,52	45,40

Aufgabe und Entwicklung in 2008

Allgemeines

Das Fachamt Grundsicherung und Soziales/Soziale Dienstleistungszentrum (SDZ) ist hinsichtlich der bereits Anfang 2007 übernommenen Aufgabenbereiche aus anderen Fachämtern weiter zusammen gewachsen. Die räumliche Trennung zwischen den beiden Dienstgebäuden Duwockskamp und Fleetplatz (Elterngeld, Unterhaltssicherung) kann jedoch erst bei Bezug des Dienstleistungszentrums am Bahnhofsvorplatz aufgehoben werden.

Dieses Dienstleistungszentrum zunächst räumlich zu planen war auch im Jahr 2008 eine zeitaufwändige Aufgabe, nicht nur im SDZ.

Zur verbesserten Kundenorientierung und Kundensteuerung und zur Erprobung geänderter Arbeitsabläufe, die sich aus dem Konzept Sozialer Dienstleistungszentren ergeben und in Altona und Wandsbek bereits implementiert sind, wurde für die Dienstleistungen, die im Duwockskamp angeboten werden, im September 2008 eine Eingangszone eingerichtet. Die Erfahrungen aus dem bisherigen Betrieb sind sehr unterschiedlich. Das Konzept sieht eine zentrale Anlaufstelle vor zur Anliegensklärung und Bearbeitung kleinerer, zügig zu erledigender Anliegen. Daneben gibt es aber weiterhin die Möglichkeit, seinen Sachbearbeiter direkt und unmittelbar aufzusuchen. Für umfangreichere Anliegen soll das Terminmanagement intensiviert und verbessert werden. Die Eingangszone ließ sich aus verschiedenen Gründen (Baurecht, Fluchtmöglichkeiten usw.) nicht als einzig mögliche Anlaufstelle einrichten. Kundinnen und Kunden suchen deshalb nicht immer zuerst die Eingangszone auf. Zählungen und Erhebungen blieben daher bisher unvollständig und werden noch dadurch erschwert, dass eine technische Unterstützung zur Evaluation nicht besteht. Die beiden Arbeitsplätze in der Eingangszone werden nach einem Rotationsverfahren besetzt. Daraus ergibt sich, dass nicht alle Dienstleistungen gleichzeitig mit Expertenwissen abgebildet werden können. Je nach Inhalt und Umfang des Anliegens und der nachgefragten Dienstleistung kann den Wünschen der Kundinnen und Kunden ggf. erst durch Weiterleitung an die Sachbearbeitung entsprochen werden. Im Ergebnis werden die Erwartungen an Nutzen und Dienstleistungsgewinn der



Eingangszone für Kunden und Mitarbeiter zwar noch erfüllt, aber es muss noch Optimierungsbedarf ermittelt und umgesetzt werden.

Sozialhilfe und Grundsicherung

Die Anzahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel des 12. Sozialgesetzbuches (SGB XII) hat sich gegenüber 2007 kaum verändert. Die zur Abgrenzung zwischen einer Leistung nach SGB XII oder SGB II (Arbeitslosengeld 2, „Hartz IV“) entscheidende Frage der Erwerbsfähigkeit wird nach wie vor im sog. Vorverfahren unter Beteiligung des Rententrägers beantwortet. Erneut waren die Feststellungen innerhalb dieses Verfahrens so eindeutig und unzweifelhaft und die Zusammenarbeit zwischen team.arbeit.hamburg und Sozialem Dienstleistungszentrum so kooperativ, dass in keinem einzigen Fall die Einigungsstelle beteiligt werden musste.

Im Bereich der Grundsicherung für ältere Menschen über 65 Jahre ist ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Unzureichende Einkommensverhältnisse manifestieren sich mit zunehmendem Alter, so dass mit der allgemeinen demographischen Entwicklung die Anzahl der Empfänger dieser Leistung auf nunmehr 1.336 angestiegen ist.

Pflegereform – Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PfWEG)

Das PfWEG ist zum 01.07.2008 in Kraft getreten. Es reformiert die Pflegeversicherung (PV) in wesentlichen Teilen und hat sich unmittelbar auf die Leistungen der ambulanten und stationären Pflege nach dem SGB XII ausgewirkt. Während auf der einen Seite Ausgaben des Sozialhilfeträgers durch die vorrangige und nun höhere Pflegekassenleistung sinken, steigen sie bei den Leistungen für nicht-pflegeversicherte Personen an. Die Deckelung in der besonderen stationären Dementenbetreuung (in Hamburg bisher 600 Plätze) entfällt. Es ist zu erwarten, dass daraus ein höherer Aufwand in der Begutachtung und Testung resultiert.

Alle mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz verbundenen Änderungen und Auswirkungen auf die Leistungsgewährung nach dem SGB XII wurden umgesetzt.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ist die Einrichtung von Pflegestützpunkten vorgesehen. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sollen hier Beratung aus einer Hand erhalten. Die Freie und Hansestadt Hamburg beteiligt sich bereits im Rahmen des „Modellprogramms zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger“ mit dem Pflegetelefon als Pilot-Pflegestützpunkt. Darüber hinaus wird beginnend 2009 ein Netz weiterer Pflegestützpunkte, davon einer im Bezirk Bergedorf, aufgebaut werden. Schon zu Beginn des Jahres 2009 gilt es, Aufgaben und Inhalte der Arbeit in den Pflegestützpunkten auch bezirksübergreifend zu entwickeln und abzustimmen wie auch den organisatorischen Aufbau und die personelle Ausstattung sicher zu stellen. Das Soziale Dienstleistungszentrum ist daran auch wegen der Einbringung personeller Ressource unmittelbar beteiligt. Daneben ist zur Verbesserung der Beratungssituation von Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und Pflegepersonen sowie der Pflegebedarfsfeststellung das Projekt Pflegefachdienst vorbereitet worden. Die für diese Tätigkeit in das SDZ abgeordnete Pflegefachkraft ist im 2. Kalenderhalbjahr entsprechend qualifiziert worden. Das Projekt beginnt am 01.01.2009 und ist auf zunächst zwei Jahre ausgerichtet.

Eingliederungshilfe, Gesamtplanverfahren

Bereits im Sommer 2007 ist entschieden worden, dass die sozialhilferechtliche Leistungsgewährung für Hilfeempfänger, die außerhalb Hamburgs stationär untergebracht sind, sowie der sozialpädagogische Fachdienst und die Projekte in der Eingliederungshilfe (Ambulantisierung) im Rahmen der Entflechtung von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz zum Bezirksamt Wandsbek verlagert werden sollen. Gleichwohl ist die Entwicklung, Vorbereitung und Einführung des gesetzlich vorgeschriebenen Gesamtplanverfahrens für alle Hilfearten der Eingliederungshilfe auch im Jahr 2008 nicht abgeschlossen worden. Mit der Verlagerung in das Bezirksamts Wandsbek (Fachamt Eingliederungshilfe) wird der Aufbau des Fallmanagements für ambulante Eingliederungshilfen und die schrittweise Einführung des Gesamtplanverfahrens für alle Leistungen der ambulanten Eingliederungshilfe nun verbunden.



Fachstelle für Wohnungsnotfälle

In der Bezirklichen Fachstelle für Wohnungsnotfälle werden die Aufgabenbereiche Erteilung von Wohnberechtigungsbescheinigungen, Wohnungssicherung, insbesondere durch Mietschuldenübernahme, und die Wohnungsvermittlung wie im Vorjahr stark nachgefragt. Die bisherigen Erfolge in diesen Bereichen zu verfestigen bzw. möglichst zu steigern, waren, sind und bleiben die generellen Ziele der Fachstelle. Die Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust stieg gegenüber 2007 wieder an. In den abgeschlossenen Fällen konnte erneut auf hohem Niveau im Umfang von knapp 90% die Wohnung gesichert werden.

Im Bereich der Wohnungsvermittlung konnten die guten Ergebnisse aus den Jahren 2006 und 2007 nicht erreicht werden. 63 Vermittlungen erfolgten an kooperierende Wohnungsunternehmen, weitere 192 an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen. Der Rückgang im Bestand von Sozialwohnungen korrespondiert insoweit mit den Schwierigkeiten, insbesondere kleine, preisgünstige Wohnungen zu finden. Die Konkurrenz unter den Wohnungssuchenden nimmt zu. Insbesondere diejenigen, die in der Vergangenheit bereits Mietschulden hatten oder aus sonstigen Gründen geringere Akzeptanz der Vermieter finden, suchen trotz der Fachstellenarbeit länger nach geeignetem und bezahlbarem Wohnraum.

Wohngeld

Die bereits für Anfang 2008 vorgesehene Wohngeldnovellierung ist kurz vor ihrer Einführung gestoppt und grundlegend erweitert worden. Das Jahr 2008 war geprägt von der Begleitung und Vorbereitung der vielfältigen Änderungen, die sich aus den Änderungen des Wohngeldgesetzes ergeben, das inzwischen zum 01.01.2009 in Kraft getreten ist. Bereits im Herbst ist durch Erhöhung des Kinderzuschlages (zur Vermeidung des Bezuges von Arbeitslosengeld II) die Anzahl der Empfänger, die Wohngeld erhalten, um schätzungsweise 150 Haushalte gestiegen³. Für 2009 wird aufgrund der diversen Leistungsverbesserungen (Anhebung der Miet-Höchstbeträge und Wohngeld-Tabellenwerte, Einführung einer Heizkostenkomponente und einer Einmalzahlung usw.) ein Anstieg von 75 % prognostiziert. Damit ist die Umsetzung der Wohngeldnovelle eine große Herausforderung und bildet im SDZ in 2009 mehr noch als im vergangenen Jahr den Leistungsschwerpunkt.

Elterngeld

Mit dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) wurde für Geburten ab dem 01.01.2007 das bisherige Erziehungsgeld durch das Elterngeld abgelöst. Mit dem BEEG ist die finanzielle Förderung von Familien in der ersten Zeit nach der Geburt grundlegend neu gestaltet worden. In den Jahren 2007 und 2008 war neben dem BEEG noch das Bundeserziehungsgeldgesetz (BERzGG) für die bis zum 31.12.2006 geborenen Kinder anzuwenden. Die Anzahl der Empfänger ist nach und nach immer stärker bis Null zum Jahresende zurückgegangen. Gleichzeitig ist erwartungsgemäß die Anzahl der Haushalte, die Elterngeld erhalten, gestiegen.

Die Bundesregierung kommt in ihrem Bericht über die Auswirkungen des BEEG an den Deutschen Bundestag zu dem Ergebnis, dass die erwarteten Wirkungen des Elterngeldes insoweit bestätigt werden können, als nach den Untersuchungsergebnissen die partnerschaftliche Betreuung des Kindes zugenommen hat, das Haushaltseinkommen von Familien im Jahr nach der Geburt stabil geblieben ist und mehr Mütter ihre Berufswünsche auch mit Kind verfolgen. Aus eigenen Erhebungen kann bestätigt werden, dass das Elterngeld mehr Eltern erreicht als das frühere Erziehungsgeld. Insoweit leistet es einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Entlastung der Eltern.

Unterhaltssicherung

Hinsichtlich der einmaligen und laufenden Leistungen für Wehr- und Zivildienstleistende nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG), die in Bergedorf zentral für ganz Hamburg wahrgenommen werden, sind keine wesentlichen Veränderungen fest zu stellen. Die Kunden bedienen sich weit überwiegend des Postweges und des Telefons und verzichten auf

³ Fallzahlenermittlung nach sog. Sachgebietsauswertung



persönliche Vorsprachen. Die Fallzahlen haben sich gegenüber 2007 nur unwesentlich verringert.

Forderungsmanagement

Der Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg ist im Herbst 2006 in seinem Prüfbericht zu dem Ergebnis gekommen, dass eine rechtzeitige und vollständige Einziehung von Darlehensforderungen des Sozialhilfeträgers, insbesondere gegenüber ehemaligen, in die Zuständigkeit von team.arbeit.hamburg gewechselten Sozialhilfeempfänger nicht gewährleistet ist. Neben verschiedenen weiteren Maßnahmen hatte der Rechnungshof u.a. auch den Einsatz zusätzlichen Personals empfohlen, um Einnahmeverluste für den Hamburger Haushalt zu vermeiden. Im Verlauf des Jahres 2008 sind verschiedene Arbeitshilfen für die Sachbearbeitung erstellt und Arbeitsabläufe überprüft und ggf. angepasst worden. Asklepios-Beschäftigte, die von ihrem Rückkehrrecht in ein Beschäftigungsverhältnis mit der FHH Gebrauch gemacht haben, konnten für diese Aufgabe, ein zunächst auf 2 Jahre bis Ende 2010 angelegtes Projekt, gewonnen werden. 3 Beschäftigte mit einem Beschäftigungsvolumen von 2,5 haben im Juni 2008 ihre Beschäftigung im SDZ aufgenommen, wurden unter Nutzung zentraler Schulungsangebote sowie darüber hinaus in der Dienststelle nach und nach qualifiziert und an die neue Aufgabe herangeführt.

Sozialdatenabgleich

Der zur Missbrauchsbekämpfung seit einigen Jahren in der Sozialhilfe eingeführte Sozialdatenabgleich hat inzwischen präventiven Charakter, es gibt immer weniger entdeckte Fälle. Das könnte sich ändern, wenn der Sozialdatenabgleich auch auf Leistungsfälle der Grundsicherung im Alter oder bei dauerhafter Erwerbsminderung ausgeweitet würde. Die Gesetzeslage lässt dies derzeit nicht zu. Für den Wohngeldbereich liegen noch keine genauen Erkenntnisse vor. Der Abgleich unterscheidet sich aber schon darin, dass Vermögen für die Leistungsgewährung in diesem Bereich nicht beachtlich ist, wohl aber die Einkünfte aus Vermögen (Zinsen). Eine erste Auswertung für den Wohngeldbereich wird für 2009 erwartet. Dann allerdings wird der Sozialdatenabgleich hinter der Umsetzung der Wohngeldnovelle zunächst zurückstehen müssen.

Telearbeit

Zur Erprobung alternierender Telearbeit ist im SDZ erstmalig ein Heimarbeitsplatz eingerichtet worden. Die Erfahrungen nach fast einem Jahr zeigen, dass sich die Telearbeit gut auch für die Antragsbearbeitung in der Sozialhilfe eignet. Der Dienstbetrieb hat zu keiner Zeit gelitten, die Kundenbetreuung war stets sichergestellt, da der Anwesenheit im Amt ggf. stets der Vorrang eingeräumt wird. Insgesamt sind die Erfahrungen so positiv, dass die Vereinbarung über die Telearbeit verlängert wird.

Ziele für 2009

- Die zur Verbesserung der Kundenorientierung und Kundensteuerung eingerichtete Eingangszone soll weiter erprobt, die Erfahrungen ausgewertet und Anpassungen hinsichtlich Ausstattung und Besetzung vorgenommen werden.
- Zur Vermeidung der mit Wohnungslosigkeit einhergehenden erheblichen negativen sozialen Auswirkungen sollen die öffentliche Unterbringung so gering wie möglich, die Wohnungssicherung weiterhin auf hohem Niveau und die Wohnungsvermittlung verstärkt fortgesetzt werden.
- Die mit der Wohngeldnovellierung verbundenen Leistungsverbesserungen sollen vollständig umgesetzt, die Neuanträge möglichst zeitnah beschieden und die Bestandsfälle auf die neue Rechtslage umgestellt werden.
- Die mit dem 1. Änderungsgesetz zum BEEG verbundenen Neuregelungen sollen vollständig umgesetzt werden.
- Zur Verbesserung der Beratungssituation älterer pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen soll die Einrichtung eines Pflegestützpunktes auch hinsichtlich der personellen Ausstattung unterstützt und begleitet werden.



- Zur Feststellung des ambulanten Pflegebedarfes soll die Seniorenberatung zugunsten der Intensivierung der Beratungstätigkeit im Einzelfall durch Pflegefachkräfte (Projekt Pflegefachkräfte in der Bedarfsfeststellung – Pflegefachdienst) unterstützt werden.
- Die Pflegequalität soll durch Beratung von Pflegepersonen durch Pflegefachkräfte (Projekt Pflegefachdienst) sowie durch eine Überprüfung im Umfang von 5 % der Leistungsfälle mit einer Hilfe zur ambulanten Pflege durch das Gesundheitsamt verbessert werden.

Kennzahl	2006	2007	2008
Hilfen zum Lebensunterhalt			
Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kap. SGB XII	226	202	191
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	635	637	650
Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem 4. Kap. SGB XII	1.050	1.183	1.336
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	443	448	456
Anzahl der Empfänger nach dem AsylbLG	1.015	1.051	872
Durchschnittliche Ausgaben pro Person gem. AsylbLG in €	454	461	482
Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, öffentliche Unterbringung, Wohnungsangelegenheiten			
Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust	679	636	730
Anzahl der abgeschlossenen Fälle	649	619	602
Anteil positiv abgeschlossene Fälle (= Wohnungssicherung) in %	94,6	88,2	88,0
Anzahl der Fälle öffentlicher Unterbringung	125	137	161
Anzahl Wohnungsvermittlungen gem. Kooperationsvertrag	106 ⁵	83 ⁴	63 ⁵
Gesamtwohnungszahl	53.039	53.372	53.549

⁵ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 78, mithin insgesamt 184

⁴ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 186, mithin insgesamt 269

⁵ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 192, mithin insgesamt 255



Kennzahl	2006	2007	2008
Davon Sozialwohnungen	11.827	10.346	9.778
Wohnberechtigungsbescheinigungen (§-5-Scheine)	1.073	1.149	1.247
Dringlichkeitsscheine	326	351	319
Dringlichkeitsbestätigungen	480	411	280

Wohngeld, Erziehungsgeld, Elterngeld, Unterhaltssicherung			
Anzahl Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	1.003 ⁶	1.122	1.272
Anzahl der Empfänger von Erziehungsgeld	1.538	906	95
Anzahl der Empfänger von Elterngeld	-	1.013	1.176
Anzahl Bewilligungen einmaliger oder laufender Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) ⁷	1.388	1.588	1.534

3.2 Fachamt Sozialraummanagement

Leitung: Sven Dahlgaard, Tel. 428.91 – 2307

Beschäftigungsvolumen	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	29,05	28,78

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Das im Februar 2007 neu gegründete Fachamt Sozialraummanagement nimmt fachübergreifend Aufgaben des Bezirksamtes mit dem Fokus auf die sozialräumliche Entwicklung wahr. Neben den Arbeitsfeldern der Stadtteilentwicklung und städtebaulichen Sanierung besteht die Zuständigkeit für Aufgaben der Jugendhilfe- und Sozialplanung, der Entwicklung und Bereitstellung von Angeboten aus den Bereichen Familienhilfe, der Stadtteilkultur, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Sportförderung und der sozialräumlichen Angebotsentwicklung. Ferner obliegt dem Fachamt die Steuerung der kommunalen Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe. Es erfüllt damit Dienstleistungs- und Steuerungsfunktionen auch für die übrigen Fachämter im Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit.

⁶ Korrektur ggü. Angaben im Tätigkeitsbericht 2007. Frühere Zählungen berücksichtigten zusätzlich die vom Bearbeitungsaufwand her gleichbedeutenden Vergleichs- bzw. Proberechnungen für SGB II – und SGB XII-Leistungsbezieher.

⁷ Leistungen nach dem USG werden im BA Bergedorf zentral für ganz Hamburg bearbeitet.



Das Fachamt hatte in 2008 neben den Daueraufgaben zahlreiche Projekte des Programms „Lebenswerte Stadt Hamburg“ umzusetzen.

Auch die Durchführung der Bergedorfer Jugendkonferenz, eines Sommerfestes des Fachamtes unter Einbeziehung vieler Kooperationspartner sowie zahlreicher Stadtteil- und Kinderfeste bildeten zusätzliche Arbeitsschwerpunkte.

3.2.1 Planung, Stadtteilentwicklung und Sanierung

Abteilungsleitung: Dr. Ingrid Stöckl, Tel. 42891-2530

Aufgaben und Entwicklung 2008

In der Abteilung soll die umfassende sozialräumliche Planung erfolgen. Ein besonderer fachlicher Schwerpunkt wird auf die Entwicklung sozial- und städtebaulich benachteiligter und sanierungsbedürftiger Stadtteile bzw. Quartiere gelegt.

Die geplante Erstellung sozialräumlicher Datenbestände und Analysen konnte aufgrund der in 2008 überwiegend vakanten Planerstelle nicht umgesetzt werden. Ein erneutes Ausschreibungsverfahren zur Stellenbesetzung wurde in 2008 durchgeführt, so dass in 2009 die Stelle besetzt und die damit verbundenen Aufgaben wahrgenommen werden können.

a) Programm Lebenswerte Stadt Hamburg

Auch in 2008 war die Umsetzung der Einzelmaßnahmen aus dem Programm „Lebenswerte Stadt Hamburg“ für Lohbrügge-Ost mit den Schwerpunkten Familienförderung, Integrationsförderung und Stadtteilentwicklung eine wesentliche Aufgabe.

In enger Abstimmung mit den Trägern waren die geplanten und teils begonnen Einzelmaßnahmen weiter zu entwickeln oder abzuschließen bzw. eine Anschlussperspektive zu entwickeln.

Auch in 2008 erfolgte die Koordinierung der Bergedorfer Maßnahmen sowie die fachliche Prüfung der Zuwendungsanträge und –berichte unter hohem Zeitdruck und einem hohen Arbeits- und Zeitaufwand, nicht zuletzt durch den Wegfall der externen Projekt-Unterstützung. Darüber hinaus galt es, in 2008 die Weiterentwicklung des Projektes Bilden-Beraten-Betreuen zur Vernetzung von Schule und Jugendhilfe in Lohbrügge und zur Entwicklung von regionalen Bildungslandschaften mit zu gestalten und die Planung für einen Anbau an das Haus Bruegge als Mehrzweckhaus mit Mensa zu begleiten. Zum Sachstand der Einzelmaßnahmen:

„**Integration durch Bildung**“ mit Bildungslotse, Schülercoach, Integrationsangeboten. Diese Maßnahme stieß in den Schulen bei Lehrern, Eltern und Schülern auf sehr hohe Resonanz und konnte mit Haushaltsmitteln der BWA und BSG um ein halbes Jahr bis Ende Dezember 2008 verlängert werden. Trotz mehrfacher Verhandlungen zwischen dem Bezirksamt, den Fachbehörden und dem Träger ist eine Weiterfinanzierung über 2008 hinaus bisher nicht gelungen.

Das „**Kinderrestaurant**“ kann durch Einnahmen und Bezirksmittel auch in 2009 weiterfinanziert werden.

Die „**Kompetenzagentur**“ kann auch in 2009 weiter in Lohbrügge-Ost ihre Angebote zur beruflichen Förderung jugendlicher Migranten fortsetzen.

Die Einzelmaßnahmen zur **Integrationsförderung im Haus Bruegge** sind erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen worden. Das Haus Bruegge konnte in das Förderprogramm „Mehrgenerationenhaus“ des Bundes aufgenommen werden.

Die „**JuFit**“ – Maßnahme am Billebogen ist zum 31.12.2008 ausgelaufen und wird durch eine Förderung des Hamburger Sportbundes von 10 Wochenstunden in 2009 in geringerem Umfang weiter geführt.

Der Bau des „**Bolzplatzes**“ am **Gewerkschaftsweg** konnte abgeschlossen und am 11.07.2008 im Rahmen einer Eröffnungsfeier der Öffentlichkeit übergeben werden.



Die Planungen der **Baumaßnahmen am Billebogen** mit dem Umbau der „Erdgeschosszonen am Billebogen“ und der Umgestaltung der Freiflächen wurden abgeschlossen und die baulichen Arbeiten sind begonnen worden.

Das integrative **Kulturprojekt „East-side-story“** wurde erfolgreich aufgeführt und ist abgeschlossen; erste Planungen des Trägers zur Fortsetzung im Rahmen eines „Kinder-Kulturhauses“ wurden vorgestellt.

Im Rahmen des **Kulturfonds** konnten darüber hinaus verschiedene integrative Kleinprojekte gefördert werden.

b) Aktive Stadtteilentwicklung: Lohbrügge-Nord:

Nachdem 2007 die Fördermaßnahmen aus dem Programm der aktiven Stadtteilentwicklung für Lohbrügge-Nord ausgelaufen waren, war das Ziel, die Erfolge des Quartiersentwicklungsprozesses zu bewahren und die Aktivitäten der (ehrenamtlichen) Akteure des Stadtteils weiter zu unterstützen. Gemeinsam mit 12 Lohbrügger Wohnungsbaugesellschaften konnte das Bezirksamt die Finanzierung der Verstetigungsmaßnahme für Lohbrügge-Nord sicherstellen. Beauftragt wurde die Lawaetz-Stiftung, die mit rd. 10 Wochenstunden für die Weiterführung des Stadtteilbeirates und die Gestaltung eines gemeinsamen Internetauftritts Verantwortung trägt.

c) Aktive Stadtteilentwicklung Lohbrügge-Ost:

Im Mai 2007 hat der Senat über die Aufnahme von Lohbrügge-Ost in das Programm „aktive Stadtteilentwicklung 2005 – 2008“ entschieden. Daraufhin wurde das EU-weite Ausschreibungsverfahren eingeleitet, das einen mehrstufigen Auswahlprozess vorsieht. Mitte des Jahres 2008 war das umfassende Auswahlverfahren für den neuen Quartiersentwickler für Lohbrügge-Ost entschieden. Das Bezirksamt hat mit dem aus dem Auswahlverfahren hervorgegangenen Unternehmen (die Lawaetz-Stiftung) einen Vertrag ausgehandelt und zum 1.10.2008 konnte die Arbeit aufgenommen werden. Noch vor Jahresende am 11.12.2008 wurde das Quartiersentwicklungsbüro in der Holstenpassage eröffnet.

d) Sanierungsverfahren Bergedorf-Süd:

Für das Gebiet Bergedorf-Süd wurde die Einleitung eines Sanierungsverfahrens weiter mit der zuständigen Fachbehörde beraten und mit weiteren Behörden abgestimmt. Bedingt durch aufwändige Abstimmungsprozesse ist der erforderliche Senatsbeschluss zur Einleitung vorbereitender Untersuchungen noch nicht wie zunächst erwartet im Herbst 2008 erfolgt; sondern erst im März 2009 erfolgen.

e) Bewerbung im Rahmen des städtebaulichen „Zentrenprogramms“ und des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“

Im Rahmen des neuen Förderprogramms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ des Bundes wurden drei Bergedorfer Anträge bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gestellt. Sie betrafen die Bereiche Sachentor/Mohnhof, Alte Holstenstraße und Einkaufszentrum Rappoltweg. Mit einer Entscheidung wird 2009 gerechnet.

Im Verbund mit fünf anderen Bezirken und der BSB wurde im Rahmen des Bundesprogramms zur Entwicklung regionaler Bildungslandschaften ein Antrag gestellt. Beabsichtigt wird damit, ein regionales bezirkliches Bildungsmonitoring und Bildungsmanagement in den folgenden 3 bzw. 5 Jahren zu entwickeln. Mit einer Förderentscheidung kann erst im Herbst 2009 gerechnet werden.



3.2.2. Steuerung und Förderung

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff, Tel. 42891-2076

Aufgabe und Entwicklung in 2008

In der Abteilung sind folgende Aufgabenbereiche zusammengefasst:

- Stadtteilkultur, Bürgerhäuser, Sondermittel und Veranstaltungen,
- Förderung der Erziehung in der Familie ,
- Verwaltungsaufgaben für die kommunalen Einrichtungen,
- Sportangelegenheiten,
- offene Kinder- und Jugendarbeit, SAE – Projekte,
- Zuwendungsangelegenheiten für soziale Stadtteilprojekte und LSH-Projekte,
- Investitionsplanungen für den Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Erziehung in der Familie.

Neben der Sicherstellung einer zeitnahen Bearbeitung sämtlicher Zuwendungsvorgänge einschließlich der Verwendungsnachweisprüfung lag der Schwerpunkt in der fachlichen Weiterentwicklung und Vernetzung der sozialräumlichen Angebote und Strukturen. Daneben war die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung für 2009 – 2013 vorzubereiten.

Staatliche Förderung ist an bestimmte Verfahren, Vorgaben und Erfolgskontrollen gebunden. Deren Einhaltung wird durch das Antragsannahmeverfahren bzw. durch die Verlaufsgespräche gewährleistet. Politische Gremien waren zu beteiligen und mit

Entscheidungsvorlagen zu versorgen und der Beratungsbedarf der Träger war zeitnah zu bedienen.

Im Bereich der **Stadtteilkultur** sind neben der Betreuung und Beratung von etwa 120 kulturellen Gruppen, Vereinen, Initiativen und Organisationen 26 Anträge zur Förderung kultureller Projekte mit einem Antragsvolumen von 51.450 € bearbeitet worden. Bewilligt wurden 23 Zuwendungen mit insgesamt 24.300 €.

Für die laufende Arbeit des Stadtteilkulturzentrums LOLA sowie des Kultur- und Geschichtskontors Reetwerder wurden institutionelle Zuwendungen gewährt.

Außerdem wurden Zuwendungsanträge für Betriebskosten für 5 Bürgerhäuser bearbeitet.

Für 3 Einrichtungen wurden im Berichtsjahr neue Rahmenvereinbarungen mit den Trägern abgeschlossen.

Mit den vorbereitenden Arbeiten für das im August 2009 stattfindende Rathausfest im Zusammenhang mit dem Stadtfest und dem Fest der Nationen wurde begonnen.

Im Jahr 2008 wurden 31 **Sondermittel-Anträge** mit einem Antragsvolumen von 92.050 € für Sachkosten gestellt. Bewilligt wurden 28 Zuwendungen mit insgesamt 36.925 €.

Für Investitionen wurden 13 Sondermittel-Anträge mit einem Volumen von 290.030 € gestellt. Bewilligt wurden 10 Zuwendungen mit insgesamt 38.000 €.

Die **Förderung der Erziehung in der Familie** umfasst fachliche Begleitung sowie die Zuwendungsgewährung der Kinder- und Familienhilfezentren in Neuallermöhe und Lohbrügge inklusive der dort angebotenen Familienhebammenprojekte. Des Weiteren erfolgte die verwaltungsmäßige Betreuung des Begleiteten Umgangs, der Elternschulen und der kirchlichen Erziehungsberatungsstelle, sowie des Mütterzentrums Reetwerder und des Vormittagbetriebes der beiden Spielhäuser in freier Trägerschaft.

Im Bereich der **Sportförderung** ist die Unterhaltung- und Sanierung städtischer Sportanlagen neben der Vergabe von Nutzungszeiten Kernaufgabe in diesem Arbeitsbereich. Steigende Energie- und Unterhaltungskosten führten dazu, dass notwendige Sanierungsmaßnahmen nur begrenzt umgesetzt werden konnten, da der Budgetansatz insgesamt unverändert geblieben ist.



In 2008 wurden ein Sanierungskonzept zum Billtal-Stadion vorbereitet. Im Bereich der bezirklichen Sportanlagen wurden umfangreiche Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen geplant und durchgeführt. Auf den Sportanlagen Wilhelm-Lindemann und Zollenspieker wurde der Umbau der Kleinfeld-Plätze in Kunstrasenplätze begleitet. Die Skateanlage in Neuallermöhe wurde erneuert.

Ferner wurden im Auftrag der Bezirksversammlung erneut Sportlerehrungen organisiert und durchgeführt. Über 250 Sportlerinnen und Sportler nahmen an den Ehrungen im März 2008 teil.

Die Betreuung der Einrichtungen der **Offenen Kinder- und Jugendarbeit** mit insgesamt 33 Projekten, die Begleitung eines Präventionsprojektes gegen Drogen-, Alkohol- und Nikotingebrauch und die Betreuung von 5 Projekten der Sozialräumlichen Angebotsentwicklung wurde durch die Projektbegleitung intensiviert. In diesem Zusammenhang wurde in einzelnen Einrichtungen auch das aktuelle Programmangebot modifiziert.

Im Zuwendungsjahr 2008 wurde das Zuwendungsverfahren für den Bereich der **Seniorenarbeit** dem der offenen Kinder- und Jugendarbeit angepasst.

Im Rahmen einer dezidierten Ziel- und Leistungsbeschreibung werden dabei die Aufgaben der Projekte so festgelegt, dass eine verbindliche Überprüfung der Leistungen erfolgen kann. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in einzelnen Projekten in auch vielfach ehrenamtliches Engagement einbezogen wird.

In 2008 wurde mit der BSG das Verfahren zur Anmeldung und Freischreibung von **Investitionen** im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie im Bereich der Förderung in der Familie vereinfacht. Hierbei konnten für den Bezirk Bergedorf erhebliche Investitionsanmeldungen für die Jahre 2010 – 2013 in die Planungen der BSG eingebracht werden. Außerplanmäßig wurden die Reparatur der Skateanlage am Juzena und die Reparatur der Steganlagen für das Segelzentrum Dove Elbe realisiert. Darüber hinaus ist es gelungen, für 2009 die Finanzierung des Ersatzbaus der sogen. „Jugendbude“ in der Lohbrügger Landstraße und die Dachsanierung der überregionalen Jugendeinrichtung „Haus Warwisch“ einschl. der Installation einer thermischen Warmwasseranlage sicher zu stellen.

3.2.3. Kommunale Einrichtungen

Abteilungsleiter: Gottfried Volkmann, Tel. 42891-2008

Aufgabe und Entwicklung

Die **Erziehungsberatungsstelle** leistete auch 2008 Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII. Sie bot Kindern, Jugendlichen und Familien Hilfen bei Erziehungsfragen, Verhaltens- und Leistungsstörungen sowie bei Kommunikations- und Beziehungsproblemen innerhalb der Familie Beratung und therapeutische Hilfen an.

Die Erziehungsberatungsstelle hat auch in 2008 organisatorische Schritte unternommen, damit die durchschnittliche Wartezeit für ein Erstgespräch bei Neuanmeldungen nicht mehr als 28 Tage beträgt.

Die Kooperation mit der Elternschule Bergedorf-West und dem Mutter-Kind-Zentrum der KITA „Regenbogen“ wurden weitergeführt und organisatorisch auf die Bedarfe abgestimmt.

Da der Standort Bornbrook in 2009 aufgegeben werden muss nahm die Erziehungsberatungsstelle 2008 an den Sitzungen der Projektgruppe zur Schaffung eines Dienstleistungszentrums am Bahnhof Bergedorf teil. Daneben ging es um Überlegungen für die Schaffung einer Übergangslösung.

Die Erziehungsberatungsstelle ist auch wieder für Zuschüsse bei der Familienerholung zuständig. Es wurden auch 2008 wieder Zuschüssen für Urlaubsfahrten an berechnigte Familien geleistet.



Die **Elternschulen** arbeiten präventiv. Sie förderten 2008 durch ihre Angebote die eigenverantwortliche Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung und bereiteten junge Menschen in der Vorphase auf die Familiengründung, auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vor.

Darüber hinaus trug auch im Berichtsjahr die Familienbildung wieder dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote konnten die Elternschulen Kontakte und Erfahrungsaustausch und Beiträge zur Verhinderung von Isolation leisten.

Die Angebote der Elternschulen wurden zweimal im Jahr in einem Programmheft veröffentlicht. Die Angebotsstruktur bestand aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten.

Das Jahr 2008 war zudem in der Elternschule Bergedorf-West geprägt durch den Leitungswechsel.

Im Bereich der **kommunalen Kinder- und Jugendarbeit** erfolgte 2008 eine Überprüfung und Fortschreibung der Programmentwicklung. Dies war verbunden mit der bereits eingangs erwähnten Neuorganisation der Dienst- und Fachaufsicht.

Die neuen Projekte „Kinderrestaurant im Spielhaus“ wurden aktiv unterstützt. Es erfolgte eine weitere Stärkung der Vernetzungsmaßnahmen sowie eine Überprüfung der Inanspruchnahme der Einrichtungen.

Insgesamt konnte in diesem Arbeitsbereich festgestellt werden, dass verstärkt vernachlässigten Kinder- und Jugendliche diese Einrichtungen aufsuchen, um Zuspruch, Ansprache und Versorgung zu erhalten.

Die **Häuser der Jugend** stellten auch 2008 ein umfangreiches Veranstaltungs- und Gruppenangebot sicher. Neben den „Standards“ offener, sportlich orientierter (Kajak, Fußball, Tischtennis, Karate, Tae Kwon Do usw.) oder handwerklich-technischer Gruppen (Holzwerkstatt, Computer, 2- und 4-Rad-Werkstatt) gab es weiterhin auch „Ausgefalleneres“, wie Einradfahren, Freeclimbing, Magic-Turniere, Jazz-Dance oder Hochseilklettern. Entsprechend der Projektkonzeptionen beider Häuser waren alle Angebote konsequent nachfrageorientiert. Für die Jugendlichen des Bezirks bestand so eine sehr direkte und weitreichende Einflussnahmemöglichkeit auf das konkrete Angebot „ihrer“ Freizeittreffpunkte.

In fachlicher Hinsicht leisteten die HdJ im Jahresverlauf ferner eine Vielzahl von Einzelhilfen oder -beratungen für die betreuten Jugendlichen. Sie waren außerdem direkt beteiligt an regionalen oder bezirklichen Kooperationsverbänden: Aktuell sind dies beim HdJ Heckkaten weiter das bezirkliche Drogenpräventionsangebot „Lass 1000 Steine rollen“ sowie das Projekt „F.aktiv“ sozialräumlicher Angebotsentwicklung in Bergedorf-West. Das HdJ Lichtwarkhaus ist Partner der ARGE-Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit – Modell Bergedorf sowie einer Kindertageseinrichtung. Durch die bedarfsgerechte Sicherstellung von Wochenendöffnungen konnte das Angebot für Kinder und Jugendliche weiter verbessert werden.

Die 4 **kommunalen Spielhäuser** bieten offenes Angebot für Kinder und setzen dabei eine besondere Gewichtung bei Nachmittagsangeboten für Schulkinder und umfangreichen Ferienprogrammen. Durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel konnte das Vormittagsprogramm in den Einrichtungen erheblich ausgeweitet werden. In diesem Bereich hat sich eine neue Qualität entwickelt. Die neuen Vormittagsangebote sind durchaus den Bereichen vorschulische Bildung und Förderung zuzuordnen.

Die hohe Auslastung der Einrichtungen zeigte den Bedarf im Berichtsjahr.



3.3 Fachamt Jugend und Familienhilfe

Leitung: Helmut Lerch, Tel. 42891-2300

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	73,5	52,94	53,09

Übergreifende Planung und Steuerung

Aufgabe und Entwicklung in 2008

In 2008 war das Thema Kinderschutz für die Arbeit der Jugendhilfe prägend. Es wurden weiterhin verschiedene Fortbildungskurse, auch vom Jugendamt, zur Kinderschutzfachkraft angeboten, an denen vermehrt Vertreter freier Träger der Bergedorfer Jugendhilfe teilgenommen haben.

Für die zertifizierten Kinderschutzfachkräfte gab es eine Feierstunde im Spiegelsaal.

Die beiden Arbeitsgemeinschaften Kinder- und Jugendarbeit sowie Hilfen zur Erziehung nach § 78 SGB VIII haben weiterhin zusammen getagt. Damit war auch ein verstärkter Austausch zwischen den Trägern für Hilfen zur Erziehung und der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Jugendhilfe (*Sozialräumliche Angebotsentwicklung*) haben die SAE-Projekte weiter gearbeitet. Zur Vorbereitung der Neuausschreibung der Projekte für 2010 haben sich im letzten Quartal Planungsraumwerkstätten konstituiert. An allen durchgeführten Planungswerkstätten war das Jugendamt beteiligt. Hier wird abzuwarten sein, wie der Jugendhilfeausschuss die Bedarfe in den einzelnen Planungsräumen bewertet und wo letztlich die neuen oder alten Projekte ihre Arbeit aufnehmen bzw. fortsetzen werden. Dieses wird sicherlich auch Auswirkungen auf die Arbeit des ASD haben, der die SAE Projekte mehr als bisher zur Vermeidung von Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen will.

Die Zusammenfassung des ASD an einem Standort hat sich bewährt, was sich auch an den zunehmenden Zahlen der persönlichen Beratungen widerspiegelt. Der neue Standort wird sehr gut von den Bürgern angenommen.

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen wurde der ASD mit neuen Stellen ab 2009 verstärkt, um die Aufgaben des Kinderschutzes besser wahrnehmen zu können.

Darüber hinaus wurden im Rahmen einer Qualitätsinitiative der Jugendhilfe, insbesondere des ASD, die zwischen den Bezirksamtsleitern und der Leitung der Fachbehörde vereinbart wurde, weitere Stellen für den ASD zur Verfügung gestellt. Das Bezirksamt hatte hier schneller als andere reagiert und die Besetzung der Stellen bereits schon zum Jahresanfang 2009 vorgenommen.

Ziel ist es, mit möglichst passgenauen Hilfen dem Hilfebedarf von jungen Menschen, die einen Schutzanspruch des Staates haben, gerecht zu werden. Angestrebt mit dem Personalzuwachs ist daneben eine Konsolidierung der Ausgaben für Hilfen zur Erziehung. Verbunden damit wird es in 2009 Festlegungen von Qualitätsstandards in der Jugendhilfe des ASD geben, die Hamburg weit gelten sollen.

Ein weiteres Thema in 2009 und 2010 wird die Planung und gfs. organisatorische Anpassung an die Abläufe des neuen Dienstleistungszentrums am Bahnhof sein, mit dem Ziel, eine noch bessere Kundenorientierung herzustellen.



Ziele und Arbeitsprogramm für 2009

- Umsetzung und Begleitung der Konzeption für das neue „Dienstleistungszentrum am Bahnhof“, räumlich und bezogen auf die Konsequenzen hinsichtlich der Arbeitsabläufe für alle Abteilungen
- Ausbau des Netzwerks Kinderschutz mit der Erstellung eines Praxisleitfadens über die Zusammenarbeit von ASD, Schule und Rebus
- Implementierung des Projektes „Gewaltprävention im Kindesalter“ in Zusammenarbeit mit ASD, Schule, Rebus und Polizei
- Planung und Umsetzung der Qualitätsoffensive des ASD mit den Hilfen zur Erziehung
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den Trägern der Hilfen zur Erziehung für die ambulanten und stationären Hilfen

Koordinatorin für Kinderschutz

Aufgabe und Entwicklung in 2008

Nach dem Personalwechsel im Sommer 2007 diente das Jahr 2008 auch dazu, die neue Koordinatorin in Bergedorf als Ansprechpartnerin in Kinderschutzfragen bekannt zu machen und einzuführen. Innerhalb des Fachamtes Jugend- und Familienhilfe wurden Beratungs- und Unterstützungsangebote für den ASD als fester Bestandteil in der Arbeit implementiert. Zunehmend wurde dieses Angebot im Laufe des Jahres 2008 in Anspruch genommen, insbesondere zur Einschätzung von Problemfamilien und der Erarbeitung von Hilfestrategien. Kitas und Schulen haben die Koordinatorin für Kinderschutzangelegenheiten als Fachberatung hinzugezogen.

Es wurden Kooperationen mit anderen Behörden im Stadtteil hergestellt und für das kommende Jahr 2009 verbindlich geregelt. Die Grundlagen der Kinderschutzarbeit wurden aktualisiert und allen Mitarbeitern zur Verfügung gestellt.

Fortbildungsangebote im Kinderschutz auf Grundlage des § 8a SGB VIII, die der Qualifizierung der Mitarbeiter des ASD sowie freier Träger dienen, sind im vergangenen Jahr organisiert und durchgeführt worden. Um die Vernetzung der zertifizierten Kinderschutzfachkräfte in Bergedorf zu fördern, wurde in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzzentrum Hamburg zusätzlich eine Begleitung seit dem Frühjahr 2008 durchgeführt. Die Gruppe trifft sich in regelmäßigen Abständen zum Fachaustausch oder Themenbezogen.

Die Koordinatorin hat im vergangenen Jahr zusätzlich an der Steuerungsgruppe „Handeln gegen Jugendgewalt“ teilgenommen sowie an der bezirklichen Fachkommission.

Fachliche Ziele und Arbeitsprogramm 2009

- Qualitätssicherung im Kinderschutz
- Förderung der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern im Bezirk
- Begleitung der zertifizierten Kinderschutzfachkräfte

- Qualifizierung der Mitarbeiter ASD, insbesondere neue Mitarbeiter, sowie freie Träger durch Fortbildung im Bereich des Kinderschutzes gemäß § 8a SGB VIII



Kindertagesbetreuung

Aufgabe und Entwicklung in 2008

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kindertagesstätten, Kindergärten/Pädagogische Mittagstische, Tagespflege und "Erhebung von Gebühren für den Besuch einer Vorschulklasse". Die wahrzunehmenden Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen und Platzangebote, die Prüfung und Zuordnung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Integrationsgruppen, Berechnung von Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen, Werbung, Qualifikation und Durchführung von Eignungsprüfungen von Tagespflegepersonen und ggf. die Ausstellung einer Bewilligung bzw. Pflegeerlaubnis sowie Festsetzung und Einziehung der Gebühren für den Besuch einer Vorschulklasse.

Im Zentrum der Kindertagesbetreuung stand das Ziel, eine möglichst hohe Kundenzufriedenheit und Rechtssicherheit von Eltern und Einrichtungen zu gewährleisten. Dieses ist der Abteilung durch kompetente und freundliche Beratung sowie eine hohe Anzahl zeitnaher Bewilligungen sehr gut gelungen.

Eine Herausforderung stellte auch im Jahr 2008 die praktische Umsetzung des Kita – Gutschein-Systems für den Bereich der behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Kinder dar. Die Gutscheinerteilung für diesen Bereich bedarf noch einer hohen Abstimmung zwischen Kitas, begutachtenden Stellen, Fachbehörde und den KTB – Abteilungen.

Im Juli 2008 wurde in den Abteilungen ein Eingangsmanagement („Empfang“) für die Beratung der Kunden und die qualifizierte Antragsannahme auch außerhalb der Sprechzeiten der Sachbearbeiter eingerichtet. Dazu wurde ein Büroraum als zentraler Anlaufpunkt für alle Kunden der Abteilung umgesetzt und neu möbliert. Außerdem hat der Flur eine freundlichere Gestaltung und eine hellere Ausleuchtung erhalten.

Die Öffnungszeiten des Empfangs sind kundenfreundlich gestaltet: montags, dienstags und donnerstags von 9.00 bis 16.00 Uhr und freitags von 9.00 bis 12.00 Uhr.

Im Bereich Tagespflege gab es bei den Tagespflegepersonen viel Unruhe um die vorgesehene neue Steuerregelung für Tagespflegepersonen, was zu einem hohen Beratungsaufwand in der Tagespflegebörse führte. Erst Ende Dezember konnten die Tagespflegepersonen von der Fachbehörde verbindlich über die ab 01. Januar 2009 geltende Änderung informiert werden.

Im Bereich der Vorschulgebühren erhielten Kinder mit Sprachschwierigkeiten auch 2008 eine Gebührenbefreiung. Insgesamt wird weiterhin das Ziel verfolgt, auch die in 2009 anstehenden vielfältigen und umfangreichen Aufgaben kundenorientiert, kompetent und zügig, ganz im Sinne eines Dienstleistungszentrums, zu bewältigen.

Ziele und Arbeitsprogramme 2009

- Verstärkung der guten Zusammenarbeit mit den Kitas, u.a. durch halbjährliche Treffen der KTB – Abteilung mit den Kita- Leitungen.
- Verbesserung der Qualität der Tagespflege durch Schulungen, die im Rahmen der Qualitätssicherung stark vermehrt direkt von der KTB-Abteilung angeboten werden.

Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe

Aufgabe und Entwicklung in 2009

In 2008 wurde die sozialräumliche Ausrichtung des ASD und der Träger weiter verfolgt. Bedingt durch die hohen Bedarfe an Hilfen zur Erziehung in den Planungsräumen Lohbrügge und Allermöhe/ Bergedorf-West konzentrierten sich auch die SAE-Projekte von MIKO, Pestalozzi-



Stiftung, mittendrin und IB auf diese Bereiche. Die Zusammenarbeit mit diesen Trägern und ihren Projekten sind sehr positiv.

In beiden Planungsräumen ist jeweils ein Familienhebammenprojekt angesiedelt, mit dem in der Zusammenarbeit sehr gute Erfahrungen gemacht wurden. Die beiden Projekte sind ein wichtiger Baustein um den Kinderschutz herum und werden 2009 weiter geführt.

Das Budget der Hilfen zur Erziehung ist auch in diesem Jahr erheblich überschritten worden. Der Hilfebedarf ist in der Bevölkerung weiterhin gestiegen, wobei sich aber auch zeigt, dass ein Schritt in Richtung wirksamer Kinderschutz vollzogen wurde.

Das Jahr 2008 war durch etliche Veränderungen, wie zum Beispiel den Ausbau der Erstberatung, gekennzeichnet. Durch den Personalzuwachs in den ersten Monaten 2009 wird sich die Lage nach erfolgter Einarbeitung der neuen Kollegen deutlich entspannen.

Dem Thema des § 35 a SGB VIII (Eingliederungshilfe) muss erneut mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Durch eine Gesetzesänderung ist das Jugendamt für die Beurteilung der Teilhabebeeinträchtigung zuständig. Hier müssen Standards entwickelt und Verfahrenswege neu geklärt werden.

Alle Teams des ASD's setzen die Fachliche Qualifizierung der Arbeit auch im neuen Jahr durch regelmäßige kollegiale Beratung fort.

In 2008 wurde die Erstberatung des ASD personell aufgestockt, insgesamt sind dort jetzt 5 Teilzeitmitarbeiter tätig. Der ASD ist somit für Neuanliegen durchgängig an 5 Tagen in der Woche von 8.00 bis 16.00, freitags bis 14.00 Uhr erreichbar.

Durch die höhere Sensibilität in der Bevölkerung haben die Meldungen auf Verdacht von Kindeswohlgefährdungen gegenüber dem Vorjahr in 2008 weiter zugenommen. Das Angebot der Kurzberatungen konnte deutlich ausgeweitet werden und wird seit dem 01.09.08 laufend erfasst und ausgewertet. Bisher zeichnet sich ein stabiler Trend ab: Nur ca. 17 % der Neuanliegen brauchen zur längerfristigen Weiterbearbeitung in das Fallmanagement abgegeben werden.

Die Teambildung im neuen Funktionsbereich wurde durch externe Praxisberatung befördert, Arbeitsabläufe profiliert und teilweise auch neu aufgestellt. Diese Entwicklung wird auch 2009 ihre Fortsetzung finden.

Auch in der Erstberatung findet durch das Instrument der kollegialen Beratung eine fachlich fundierte Risikoeinschätzung bei Meldungen von Kindeswohlgefährdung statt. Dieses Instrument soll in 2009 methodisch reflektiert und weiterentwickelt werden.

Der Arbeitsbereich ist geprägt von beraterischen Kurzinterventionen, hier wird es ab 2009 gezielte Fortbildungen der Mitarbeiter geben.

Die Einbindung der Aufgabe „Gewaltprävention im Kindesalter“ in die Erstberatung wird in 2009 konzeptionell neu entwickelt.

Ziele und Arbeitsprogramme 2009

- Gewährleistung von Verfahrensstandards bei Hilfen zur Erziehung durch die regelhafte Durchführung von Verlaufskonferenzen mindestens alle 6 Monate bei Minderjährigen.
- Erreichung der Ziele des Kontraktes bei den Hilfen zur Erziehung durch Steuerungsmaßnahmen im Bereich der Hilfeplanung, der Verlaufskontrolle und der Pflegestellen.
- Entwicklung von Standards für die Beurteilung von Teilhabebeeinträchtigungen und Standards zur Durchführung von Lerntherapien (§ 35a SGB VIII).
- Umsetzung des Projektes „Gewaltprävention im Kindesalter“ und Einbindung in den ASD.



Durchschnittsfallzahlen	2006	2007	2008
Anzahl der Fälle in ambulanten Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	167	184	216
Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	89	95	107
Anzahl der Fälle in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	163	179	195
Anzahl der Fälle seelisch behinderter Kinder und Jugendlichen (gem. § 35a SGB VIII)	35	36	52
- Zugewiesenes HzE-Budget in T€	9.565	9.987	9.987
- Ausgaben für HzE in T€	10.565	12.218	14.000

Pflegestellenberatung

Aufgabe und Entwicklung 2008

In 2008 konnten weitere Pflegefamilien für die Betreuung von Kindern gewonnen werden, insbesondere in den von Bergedorf betreuten Landkreisen Lüneburg, Lüchow Dannenberg und Uelzen.

Der Vertrag mit dem Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung über die Betreuung von Pflegefamilien läuft weiter. Die Kooperation ist positiv.

Ziele und Arbeitsprogramme 2009

- Die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Anträgen auf Anerkennung einer Pflegestelle soll höchstens 60 Tage betragen.
- Die Anzahl der Pflegenden und der vermittelten Kinder soll erhöht werden.

Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Unterhaltsvorschuss

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet.

Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann.

Die Mitarbeiter sind sowohl beratend tätig als auch im Bereich der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen.

Die Zusammenarbeit mit den Beiständen wurde verstärkt, einhergehend mit der Beratung der Antragstellerinnen und Antragsteller, eine solche Beistandschaft in Anspruch zu nehmen.

Zur Verbesserung der Erreichbarkeit wurden die Sprechzeiten auf die gesamte Dienstzeit verteilt.

Ziele und Arbeitsprogramme 2009

- Die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Anträgen auf Unterhaltsvorschussleistungen bis zur Bescheiderteilung soll zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit und zur Sicherung des Kindesunterhaltes auf höchstens 30



- Tage begrenzt werden.
- Die Rückholquote bei den Unterhaltspflichtigen soll mindestens 11 % der Ausgaben betragen.
- Im Rahmen der bestehenden räumlichen Möglichkeiten wird angestrebt, die Kundenbedienung unter dem Aspekt der Vorbereitung auf das neue Dienstleistungszentrum umzustellen. Nach den bisherigen Planungen soll der Kunde einen zentralen Ansprechpunkt vorfinden, an dem er sein Anliegen vorbringen kann. Anschließend erfolgt die Bearbeitung in dem so genannten Backoffice – Bereich.

	2006	2007	2008
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.217	1.092	1.081
- Ausgaben nach dem UVG in T€	1.911	1.847	1.800
- Einnahmen nach dem UVG in T€	209	230	208

Stichtag ist jeweils der 31.12.

Amtsvormundschaft / Beistandschaft

Aufgabe und Entwicklung in 2008

Im Bereich der **Beistandschaften** konnte das Ziel, trotz der zusätzlichen Arbeitsbelastungen durch die Gesetzesänderungen möglichst schnell Unterhaltsregelungen für Kinder zu treffen und die Ansprüche durch Unterhaltsurkunden festzulegen, erreicht werden.

Im Bereich der **Amtsvormundschaften** konnte der qualitativ gute Standard der fachlichen und persönlichen Betreuung der Mündel gehalten werden. Die sich verschärfenden Konfliktlagen stellten weiterhin besondere Herausforderungen in Quantität und Qualität der Arbeit an die Vormünder.

Das Teilziel, die Rückstände in der Bearbeitung der Beistandschaften abzubauen, wurde wegen des erhöhten Arbeitsaufwands durch Gesetzesänderungen nicht erreicht; die Rückstandszahlen erhöhten sich. Die Erklärung liegt u.a.

in der nach wie vor sehr **hohen Gesamtfallzahl** bei unverändert geringer Personalstärke und im Kontext der **Unterhaltsrechtsänderung** zum 01.01.2008, die eine zusätzliche Prüfung jedes einzelnen Unterhaltsfalles erforderte.

Das geringe Einkommen vieler Unterhaltspflichtiger führte auch 2008 zu vermehrten Mangelsituationen bei der Verteilung des Einkommens Unterhaltspflichtiger auf alle Berechtigten mit hohem Berechnungs- und Beratungsaufwand pro Fall.

Ziele und Arbeitsprogramme 2009

- Zur Sicherung der Ansprüche der unterhaltsberechtigten Minderjährigen soll in mindestens 60 % der Beistandschaften ein Unterhaltstitel erwirkt werden.
- Die durchschnittliche Erstbearbeitungszeit bei neuen Beistandschaften zur Unterhaltsdurchsetzung soll 7 Tage nicht überschreiten.
- Zur Verbesserung der Qualität der Betreuung von Mündeln soll der persönliche Erstkontakt innerhalb von mindestens 28 Tagen nach der Bestallung hergestellt werden.
- Umsetzung von gesetzlichen Neuregelungen. Von besonderer Bedeutung ist die zum **01.01.2009** kurzfristig umgesetzte **Änderung der Unterhaltsbeträge** und der **Kindergeldbeträge** mit der Folge von Information, Beratung und neuen Unterhaltsverpflichtungen.



- Sicherstellung der Ausbildung und Hospitationen für das gesamte Jugendamt
- Entwicklung von organisatorischen und funktionellen Massnahmen für das neue Dienstleistungszentrum.

	2006	2007	2008
Anzahl der Amtsvormundschaften	138	142	169
Anzahl der Beistandschaften	1.734	1.841	1.769
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	717	782	780
Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII (Beratung und Unterstützung in Unterhaltssachen)	171	102	682*
Beratung und Unterstützung nach § 52 a SGB VIII (Telefonische und persönliche Beratungen vor und nach der Geburt)	402	357	409

*neue Zählweise

3.4 Fachamt Gesundheit

Leitung: Dr. Hans-Jürgen Galle, Tel. 42891-2224

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen für die Bereiche Gesundheitsamt und Zentrale Dienste	25,43	19,72	20,70

Das Gesundheitsamt Bergedorf ist Teil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und nimmt eine Vielzahl von Aufgaben im Interesse der Gesunderhaltung des Einzelnen und der Bevölkerung wahr. Hierzu zählen unter anderem Gesundheitsförderung und -vorsorge sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Das Gesundheitsamt untersucht und berät Kinder und Jugendliche und unterstützt Eltern bei der Gesundheitsvorsorge ihrer Kinder. Es berät und betreut psychisch Kranke sowie Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen. Dabei arbeitet das Gesundheitsamt mit anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammen. Für Behörden und Ämter werden amtsärztliche und sozialmedizinische Begutachtungen durchgeführt.

Neue Aufgaben des Gesundheitsamtes sind die Gesundheitsberichterstattung und die Organisation von Gesundheitskonferenzen. Ziel ist die bessere Vernetzung und Steuerung von Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Gesundheit der Bergedorfer Bevölkerung.

Aufgabe und Entwicklung in 2008

Im Jahre 2008 wurden die Gesundheitsförderung und die Gesundheitsberichterstattung weiter entwickelt.

Der erste Bergedorfer Gesundheitsbericht wurde veröffentlicht. Er widmet sich der Gesundheit von Schulanfängern im Bezirk. Dabei werden die Untersuchungsergebnisse des Schulärztlichen und des Schulzahnärztlichen Dienstes dargestellt, analysiert und bewertet sowie Empfehlungen ausgesprochen.



Die Bergedorfer Gesundheitsgespräche informieren die Bürgerinnen und Bürger Bergedorfs zu wichtigen Gesundheitsthemen. In Zusammenarbeit mit dem Haus im Park und KISS (Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen) wurden drei Veranstaltungen im Haus im Park zu den Themen Bluthochdruck, Darmkrebs und Demenz durchgeführt. Dabei wurden hochkarätige Referenten eingeladen. Alle Veranstaltungen waren gut besucht.

Am 24.09.2008 fand der Hamburger Gesundheitstag zum Thema Kinder- und Jugendgesundheit statt. In Bergedorf stand die gesunde Ernährung von jungen Kindern im Mittelpunkt. Unter dem Motto „Gesund aufwachsen – nicht zu dick – nicht zu dünn – genau richtig sollen Kinder sein“, wurden Eltern und Kinder auf einer Infobörse im Kinder- und Familienzentrum Neu-Allermöhe über dieses Thema vielseitig informiert. Eine Kita führte vor großem kleinen Publikum ein Musical auf, das das Thema Großwerden zum Inhalt hatte. Am Nachmittag wandten sich Wissenschaftler der HAW und des Universitätskrankenhauses mit Vorträgen an das Expertenpublikum. Es wurde ein Film zur gesunden Entwicklung gezeigt und Fragen dazu von Expertinnen beantwortet.

Die Zusammenarbeit mit dem Departement Gesundheitsförderung an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (Standort Bergedorf) wurde weiter ausgebaut. Studierende der HAW beobachteten und evaluierten die Arbeit der Mütterberatung über ca. sechs Monate. Hierfür wurden die Mitarbeiterinnen interviewt und bei Hausbesuchen sowie in den Beratungssprechstunden von den Studenten begleitet. Die Ergebnisse wurden den Mitarbeitern des Gesundheitsamtes in einer Semesterabschlussveranstaltung an der Hochschule präsentiert. Eine Studierende der HAW absolvierte ein mehrmonatiges Praktikum in der Gesundheitsförderung; sie war an der Ausrichtung des Gesundheitstages und der Entwicklung des Projekts „Gesundheit macht Schule“ beteiligt. Ein Mitarbeiter des Gesundheitsamtes wurde als Referent in einen Workshop der Hochschule zum Thema Gesundheitsberichterstattung eingeladen.

Eine große Herausforderung für das Fachamt stellte die Integration der Asklepios-Rückkehrer aus dem ehemaligen Landesbetrieb Krankenhäuser dar. Insgesamt wurden 19 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen. Bei den neuen Mitarbeitern handelt es sich um 2 Ärzte, eine Diätassistentin, eine Arzthelferin und 15 Krankenschwestern und Krankenpfleger. Die neuen Mitarbeiter werden in fast allen Bereichen des Gesundheitsamtes eingesetzt. Es fanden zahlreiche zentrale und interne Fortbildungen; auch im nächsten Jahr soll die Qualifizierung der neuen Mitarbeiter fortgesetzt werden. Die neuen Mitarbeiter unterstützen die bisherigen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Dabei wird es möglich, auch solche Aufgaben anzupacken, die bisher wegen knapper Personalressourcen eher zurückstehen mussten. Gleichzeitig wurden unter der Überschrift „Bergedorf beugt vor“ im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst zwei neue Projekte angeschoben: Untersuchungen von allen Schülern der 5., 7. und 9. Klassen („Bergedorf macht Schule“) und Hausbesuche bei allen Neugeborenen und deren Familien („...damit Kinder gesund groß werden“).

Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährig psychisch Kranke und geistig Behinderte sowie deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungs- und Begutachtungsstelle.

Das multiprofessionelle Team besteht aus einer Fachärztin für Psychiatrie, einer Diplom-Psychologin, zwei Sozialpädagogen und einer Verwaltungsfachangestellten. Es steht der Bergedorfer Bevölkerung täglich werktags von 8:00 bis 16:00 Uhr zur Krisenintervention und Beratung in Form von Gesprächen in der Dienststelle oder bei Hausbesuchen zur Verfügung. Der Sozialpsychiatrische Dienst ist der einzige Anbieter aufsuchender psychiatrischer/psychologischer Krisenhilfe im Bezirk.

Der Sozialpsychiatrische Dienst begutachtet in Amtshilfe für andere Behörden und Ämter. Im Jahr 2008 wurden insgesamt 551 Stellungnahmen / Gutachten erstellt; dies bedeutet gegenüber



dem Vorjahr eine erneute Steigerung der Gutachtentätigkeit um 26%. Der Schwerpunkt der Begutachtungstätigkeit liegt auf der Eingliederungshilfe gemäß §§ 53, 54 SGB XII.

Neben der Begutachtung sowie dem Krisen- und Beratungsdienst werden regelmäßig Gruppen für Betroffene und Angehörige angeleitet und moderiert. Wöchentlich trifft sich der Patientenclub in den Räumen des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus findet einmal im Jahre ein gemeinsamer Tagesausflug des Patientenclubs statt; an Feiertagen wird das Clubtreffen von den Sozialpädagogen für die Patienten, die oftmals sozial isoliert leben, festtagsbezogen gestaltet.

Die Teilnahme an der von der Psychologin angeleiteten Angehörigengruppe (1x im Monat) bietet durch Information und Erfahrungsaustausch die Möglichkeit, zu einem anderen Umgehen mit der Erkrankung und den Betroffenen zu finden.

Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet in einem Netzwerk unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen aus dem psychiatrischen Bereich. Dabei pflegt er einen regen Austausch mit verschiedenen Organisationen innerhalb und außerhalb des Bezirks. So beteiligt sich der Sozialpsychiatrische Dienst u. a. an der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Bergedorf (PSAG), dem Forum Angehörigenarbeit, am Runden Tisch Bergedorf zur seelischen Gesundheit in der Postpartalzeit und an Arbeitsgruppen der Fachbehörde.

Der Sozialpsychiatrische Dienst leitet zwei Zivildienstleistende des Mobilien Sozialen Hilfsdienstes am Gesundheitsamt Bergedorf an und organisiert deren Einsätze. Die Zivildienstleistenden unterstützen Erwachsene und Kinder mit geistigen, seelischen und körperlichen Behinderungen u. a. durch Begleitung zu Terminen, beim Einkaufen und bei der Pflege der Wohnungen.

Beratungsstelle für Körperbehinderte

Die Beratungsstelle betreut und berät körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für diesen Personenkreis. Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit der Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen.

In den ersten drei Monaten des Jahres war die Beratungsstelle nur 27 Stunden pro Woche besetzt. Im Juni 2008 wurde die vakante halbe Stelle nachbesetzt, wobei die neue Mitarbeiterin auch Begutachtungsaufgaben im SpD wahrnimmt. In der zweiten Jahreshälfte erfolgte in der Beratungsstelle für Körperbehinderte schwerpunktmäßig die Einarbeitung der neuen Mitarbeiterin, die Sprechzeit wurde erweitert und die aufsuchende Arbeit intensiviert. Im Rahmen der Fortbildung fanden überbezirkliche Fachbesprechungen und Hospitationen statt. Die Wiederaufnahme der sozialen Gruppenarbeit mit körperbehinderten Menschen mit Vereinsamungstendenzen war wegen der zeitweilig vakanten halben Stelle und der dann folgenden Einarbeitung der neuen Mitarbeiterin im Jahre 2008 noch nicht möglich.

Jugendpsychiatrischer Dienst

Der Jugendpsychiatrische Dienst unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in Krisensituationen. Er berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert sind, zu Fragen der Diagnostik, Rehabilitation und zu psychosozialen Hilfen.

Im Auftrag anderer Ämter werden gutachtliche Stellungnahmen zu rehabilitativen Maßnahmen erarbeitet.

Der JPD arbeitete 2008 mit einer Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie und einem Dipl.-Sozialpädagogen, beide in Teilzeit. Für besondere Fragestellungen wird der Dienst seit Mai 2008 durch eine psychologische Fachkraft auf Honorarbasis unterstützt.

**Kennzahlen:**

	2006	2007	2008
Anzahl der Klientenkontakte (Telefonate sowie Besuche) im Sozialpsychiatrische Dienst insgesamt	1.116	1104	951 ⁸
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	344	316	202 ⁹
Anzahl der Klienten im Sozialpsychiatrische Dienst	773	672	745
Anzahl der veranlassten Unterbringungen	9	17	10
Anzahl der Gruppentermine	64	58	59
Anzahl der Klientenkontakte im Jugendpsychiatrischer Dienst insgesamt	846	855	704 ¹⁰
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	45	39	38
Anzahl der Klientenkontakte in der Beratungsstelle für Körperbehinderte insgesamt	768	699	573
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	123	99	85
Anzahl der ärztlichen, zahnmedizinischen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	1.607	1449	1509
- davon Gutachten für den Sozialhilfeträger (einschl. ARGE),	1217	1049	1162
- davon für die ARGE			37
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen	22,2	23,81	25,38

Ziele und Arbeitsprogramme für 2009**Sozialpsychiatrischer Dienst**

- Förderung der Begegnung von Menschen mit seelischer Erkrankung durch regelmäßige Gruppenangebote, Patientenclub,
- Unterstützung von Angehörigen psychisch Kranker durch Organisation und Anleitung einer Angehörigengruppe,
- Organisation des „Forum Angehörigenarbeit“, eines Zusammenschlusses von Anleitern von Gruppen für Angehörige psychisch Kranker in Hamburg und Umgebung,
- Aufrechterhaltung des Angebotes von Zivildienstleistenden am Gesundheitsamt Bergedorf inklusive der Organisation und Anleitung der Zivildienstleistenden.

⁸ Organisatorische Besonderheiten (3-monatige Abwesenheit der Fachärztin für Psychiatrie aufgrund der Teilnahme am Amtsarztkurs in Düsseldorf) bedingten eine Reduktion der Beratungskapazität des Dienstes.

⁹ Aufgrund der für alle SpD's verbindlichen Legende werden seit 2008 auch mit 2 Personen durchgeführte Hausbesuche nur noch einfach gezählt; dadurch ergibt sich die vermeintliche Reduktion der Hausbesuche.

¹⁰ Reduktion der Arbeitszeit der Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie von einer Vollzeitstelle auf Teilzeit (30 Std.)



Jugendpsychiatrischer Dienst

- Teilnahme am Erfahrungsaustausch der Gutachter zu Maßnahmen der Frühförderung
- Fachliche Unterstützung des Jugendamtes bei der Hilfeplanung nach § 35a KJHG bei Bedarf des Jugendamtes

Beratungsstelle für Körperbehinderte

- Aufrechterhaltung einer qualitativ guten Beratung, Betreuung und Begleitung der Klienten bei wechselnder personeller Stärke der Beratungsstelle (Ausscheiden einer langjährigen Mitarbeiterin zum 28.2.09)

Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Schulärztlicher Dienst

Der schulärztliche Dienst des Gesundheitsamtes fördert und schützt die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und berät Eltern in Fragen der Gesundheitspflege- und -förderung ihrer Kinder. Die Schulärztinnen sind in allen medizinischen Fragen Ansprechpartner der Bergedorfer Schulen. Sie wirken darauf hin, dass Problemlagen frühzeitig erkannt und Fördermaßnahmen zeitnah eingeleitet werden. Die Schulärztinnen arbeiten dabei eng mit den Eltern, den Schulen und anderen sozialen und medizinischen Einrichtungen zusammen.

Seit Anfang 2007 gehören zu den schulärztlichen Untersuchungen auch Untersuchungen der dreijährigen Kinder in Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz (KibeG). Die Schulärztinnen sind überdies in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab. Das Team des Schulärztlichen Dienstes besteht aus vier Ärztinnen, drei Schulgesundheitsassistentinnen und einer Arzthelferin für die Untersuchungen in den Kindergärten.

Trotz personeller Ausfälle durch Krankheit und Ausscheiden einer Kollegin in den ersten drei Monaten des Jahres wurden die Schuleingangsuntersuchungen weiterhin flächendeckend untersucht; es konnte dabei eine Untersuchungsrate von 82 Prozent erreicht werden.

Ein weiteres Ziel des Schulärztlichen Dienstes im Jahr 2008 war die Integration von neun Asklepios-Rückkehrern.

Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Krankenhäusern und Arbeitsbereichen wurden zum Teil in die regulären Aufgaben des Schulärztlichen Dienstes eingearbeitet; der größere Teil der neuen Mitarbeiter wurde jedoch in das Projekt „Bergedorf beugt vor. Gesundheit macht Schule“ eingebunden. Bei diesem Projekt, welches vom Schulärztlichen Dienst in Bergedorf unter wissenschaftlicher Begleitung des UKE Hamburg entwickelt wurde, handelt es sich um eine Maßnahme zur Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen. In diesem Rahmen werden an allen allgemeinbildenden Bergedorfer Schulen Gesundheitswochen zum Thema Übergewicht, Ernährung und Bewegung durchgeführt. Alle Kinder der 5., 7. und 9. Klassen werden untersucht. Dabei werden Körperlänge, Körpergewicht und Blutdruck sowie der Body-Mass-Index (BMI) ermittelt sowie in den 9. Jahrgängen die Impfausweise kontrolliert. Das Projekt arbeitet eng mit dem Kinder- und Familienzentrum Neu-Allermöhe zusammen, welches in den Stadtteilen Neu-Allermöhe und Lohbrügge Präventionsgruppen für stark übergewichtige Kinder und Jugendliche einrichtet.

Der Schulärztliche Dienst hat sich in 2008 an verschiedenen Arbeitskreisen, Gremien und Netzwerken beteiligt. Dazu zählt das Netzwerk ADHS, für das der Schulärztliche Dienst auch in 2008 wieder Gastgeber war, der Schulärztliche Arbeitskreis zum Austausch mit den Schulärztlichen Diensten der anderen Hamburger Bezirke, Teilnahme am Gründungstreffen eines Adipositasnetzwerks für Hamburg und Umgebung, sowie Teilnahme und Durchführung von Informationsveranstaltungen zum Thema „Das chronisch kranke Kind in der Schule“, (Diabetes, Asthma bronchiale).



Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wurde weitergeführt und ausgebaut. So fand im August 2008 eine gemeinsame Fortbildung mit dem Jugendamt zum Thema Kindeswohlgefährdung statt.

Eine Ärztin nahm regelmäßig an einer Kinderschutzgruppe teil, die in 2008 mit verschiedenen Kooperationspartnern u.a. dem Jugendamt am Kinderkrankenhaus Wilhelmstift mit dem Ziel zum Schutz des Kindeswohls gegründet worden ist

Im Monat Juli und August hospitierten einige LBK-Rückkehrerinnen des KJGD im Jugendamt, um Informationen zu erhalten, sich auszutauschen und Schnittstellen für die weitere Zusammenarbeit zu erkennen und weiterzuentwickeln.

Im Rahmen der Regelung zur Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und dem Gesundheitsamt bei Nichterreichen von Kindern zu schulärztlichen Untersuchungen nach §34,4 des Hamburgischen Schulgesetzes wurde im Schulärztlichen Dienst ein Einladungsmanagement erarbeitet und mit dem Jugendamt abgestimmt.

Der Schulärztliche Dienst war im September 2008 an der Planung und Gestaltung des Hamburger Gesundheitstages zum Thema Kindergesundheit beteiligt.

Zum Bergedorfer Thema „Gesund aufwachsen“ gab es einen Aktionstag mit eigenen und Infoständen anderer Akteure, Fachvorträgen sowie eine Filmvorführung zum Thema Gesunde Entwicklung von Kindern. Die Ärztinnen des KJGD standen für Fragen des Publikums zur Verfügung und ein reichhaltiges Rahmenprogramm wurde organisiert.

Im November wurde wie in den Vorjahren ein Angebot zur Gripeschutzimpfung für die Bergedorfer Bürgerinnen und Bürger vorgehalten.

Schulzahnärztlicher Dienst

Der Schulzahnärztliche Dienst im Gesundheitsamt Bergedorf untersucht jedes Jahr die Zähne der Kinder in den Kindergärten und der Schulkinder (Vorschule bis 6. Klasse). Das Team des Schulzahnärztliche Dienstes besteht aus einer Zahnärztin, einer Zahnarthelferin und einer Prophylaxehelferin. Eine Kariesprophylaxehelferin, deren halbe Stelle über die Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Hamburg (LAJH) finanziert wird, führt an den Schulen Kariesprophylaxemaßnahmen einschließlich Zahnschmelzhärtung (Fluoridierung) durch. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen.

Das Zahnärztliche Team erhielt im Jahre 2009 mit einer Krankenschwester (Asklepios-Rückkehrerin) eine weitere Mitarbeiterin. Diese wurde umfangreich in ihr neues Tätigkeitsgebiet eingearbeitet und fortgebildet. Die zahnärztlichen Reihenuntersuchungen wurden an den Schulen und in den Kindergärten fortgesetzt. Durch längere Erkrankung einer Mitarbeiterin wurden leider weniger Kinder untersucht als im Jahr zuvor.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat die Reihenuntersuchungen in den Schulen planmäßig fortgesetzt. Zudem untersucht er nach dem Kinderbetreuungsgesetz seit November 2006 die Dreijährigen in den Kindergärten. Das Kariesprophylaxeprogramm wurde deutlich ausgebaut. Daneben werden zahnärztliche Gutachten für das Soziale Dienstleistungszentrum erstellt; die Zahl der Gutachten belief sich in diesem Jahr auf 57.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat sich darüber hinaus aktiv an dem betrieblichen Gesundheitsmanagement des Bezirksamtes beteiligt: Zahnärztin und Zahnarthelferin boten in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmedizinischen Dienst und dem Fachamt Personalservice Ohrakupunktur zur Entspannung für Beschäftigte des Bezirksamtes an. Dieses Angebot stieß auf große Resonanz.



Mütterberatung

Die Mitarbeiterinnen der Mütterberatung beraten Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in Sprechstunden und bei Hausbesuchen. Zum Team der Mütterberatung gehören Kinderärztinnen, Kinderkranken- und Krankenschwestern. Sie unterstützen und beraten in Fragen zu den Themen: Ernährung, Pflege, Handling, Entwicklung und Schutzimpfungen, sowie Schlaf- und Schreierberatung. Präventiv werden die SIDS- und Rachitisprophylaxe und die Unfallverhütung angesprochen. Außerdem werden weiterführende Hilfen koordiniert.

Eine Aufgabe in 2008 war die Einarbeitung von drei neuen Krankenschwestern (Asklepios-Rückkehrerinnen). Durch ihre Mitarbeit war es möglich, das Angebot der Hausbesuche zu erweitern. Seit August 2008 konnte jeder Familie mit einem Neugeborenen ein Hausbesuch angeboten werden.

Die Sprechstunden der Mütterberatung werden an vier verschiedenen Standorten im Bezirk durchgeführt. Im Jahr 2009 werden zusätzlich Mütterberatungen im Eltern-Kind-Zentrum am Röpredder angeboten werden. Im Jahr 2008 wurden die Voraussetzungen geschaffen für Baby-Massage-Kursen, die von einer Kinderkrankenschwester ab Januar 2009 in der Elternschule Bergedorf-West angeboten werden. Baby-Massage ist ein anerkanntes Verfahren zur Verbesserung der Mutter-Kind-Bindung.

Die Mütterberatung kooperiert weiterhin mit dem Familienhebammenprojekt Neu-Allermöhe und Lohbrügge. Die Familienhebammen und das Mütterberatungsteam bieten zeitgleich ihre Sprechstunden an, was sich positiv auf die Zusammenarbeit auswirkt. Alle zwei Monate findet ein Teamtreffen von Mütterberatungsschwestern, Kinderärztin, Familienhebammen und Sozialpädagogin statt.

Mit den Mitarbeitern des Projektes „Nestlotsen“ in Bergedorf West trifft sich die Mütterberatung monatlich zu einem Kooperationsgespräch. Weiter besteht eine gute Zusammenarbeit mit „wellcome“ (Praktische Hilfe für Familien nach der Geburt). Mit der Geburtsklinik des BAKB wurde eine engere Kooperation vereinbart.

Die Mütterberatung hat sich 2008 an verschiedenen Arbeitskreisen und Netzwerken beteiligt. Unter anderem am runden Tisch „Seelische Gesundheit in Schwangerschaft und Postpartalzeit“ im Bethesda Allgemeines Krankenhaus Bergedorf. Auch an der Gestaltung des Gesundheitstages war die Mütterberatung beteiligt.

Es fanden Fortbildungen und Hospitationen statt, unter anderem im Jugendamt zum Thema „Kindeswohlgefährdung“. Seit Ende 2008 findet eine regelmäßige Supervision der Mitarbeiterinnen statt.

Kennzahlen

Schulärztlicher Dienst

Produkt	2006	2007	2008
Untersuchungen/Beratungen gemäß § 34 (4) HmbSchulG (vorzeitige Einschüler)	61	49	75
Untersuchungen gem. § 34 (5) HmbSchulG (Schuleingangsuntersuchungen)	1001	1107	1112



Allgemeine Betreuung/ Untersuchung gem. § 34 (3) HmbSchulG (auf Ersuchen der Schule, zugeschulte Kinder)	102	206	1494
Untersuchungen im Einzelfall gem. § 34 (1) HmbSchulG (z. B. Förderschule Integrations-klassen, Sonderschule)	99	102	102
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	127	318	95
Ärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz		200	140
Anzahl der Kinder in den Mütterberatungsstellen, die untersucht bzw. zu denen beraten wurde.	856	717	729
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	255	288	355

Schulzahnärztlicher Dienst:

	2006	2007	2008
Anzahl der gemeldeten Schüler der 1. - 6. Klasse einschl. Vorschule,	7748	7449	7286
davon 85% = Soll	6586	6332	6193
Tatsächlich durchgeführte Untersuchungen (Ist)	6719	5587 ¹¹	5163
Anzahl der untersuchten Kinder im Verhältnis zu den gemeldeten Kindern in Prozent	90	75	71
Zahnärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz	1344	1400	1216
Zahnärztliche Gutachten	79	57	53

Ziele und Arbeitsprogramme für 2009

- Durchführen von ca. 90% der Schuleingangsuntersuchungen für das Schuljahr 2008/2009
- Fortsetzung der Vernetzungsarbeit im Bezirk und Teilnahme am Schulärztlichen Arbeitskreis
- Fortführung der Schulreihenuntersuchungen mit den Schwerpunkten Übergewicht und Impfungen im Projekt Bergedorf beugt vor. Gesundheit macht Schule.
- Angebot eines Hausbesuchs für jedes neugeborene Kind und seine Familie
- Ausweitung der Mütterberatungssprechstunden
- Fortführung der zahnärztlichen Reihenuntersuchungen an Schulen und Kindergärten
- Wiederaufnahme der Ohrakupunktur im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements

¹¹ Die rückläufigen Zahlen sind durch die mehrwöchige Erkrankung einer Mitarbeiterin begründet.



Gesundheitsschutz

Gesundheitsaufsicht

Die Gesundheitsaufsicht ermittelt bei Meldungen zu Infektionskrankheiten, veranlasst ggf. Gegenmaßnahmen und wertet die Daten aus. Bei Krankheitsausbrüchen und Epidemien werden durch das Gesundheitsamt Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung geplant und organisiert. Gleichzeitig überwacht die Gesundheitsaufsicht die Hygiene in Krankenhäusern, Arztpraxen, Heimen und Gemeinschaftsunterkünften, bei privaten Rettungsdiensten, in Piercingstudios, Fußpflegeeinrichtungen und anderen Einrichtungen der Körperpflege.

Das Team besteht aus einem Arzt, einer Gesundheitsingenieurin, einem Gesundheitsaufseher und drei neuen Mitarbeitern (Asklepiosrückkehrern); eine von diesen Mitarbeitern hat im Gesundheitsamt die Ausbildung zur Gesundheitsaufseherin begonnen.

Im Jahr 2008 wurden die routinemäßigen Begehungen der Krankenhäuser zur Überwachung der Hygiene fortgesetzt. Auch die Begehungen der Kindereinrichtungen wurden fortgeführt.

Die 2007 neu aufgenommene standardisierte Überprüfung der Hygiene in stationären Seniorenpflegeeinrichtungen wurde 2008 mit der Begehung von vier weiteren Einrichtungen vorerst abgeschlossen.

Des Weiteren wurde die Überprüfung privater Rettungstransportbetriebe mit der Überprüfung des Rettungshubschraubers und Betriebsgebäudes in Boberg komplettiert.

Insgesamt 13 Arztpraxen, in denen ambulant operiert wird, wurden begangen und auf die hygienischen Verhältnisse hin überprüft. Weitergeführt wurde auch die Überprüfung der Hygienehandhabung in Fußpflegeeinrichtungen. Auch die Gemeinschaftsunterkunft Curslacker Neuer Deich wurde begangen. Neu aufgenommen wurde die aufsuchende Beratung ambulanter Pflegedienste zu Hygieneangelegenheiten und fachlichem Informationsaustausch. Außerdem wurden die Heilpraktikerpraxen aufgesucht, um zu Hygienefragen zu beraten.

Heimaufsicht

Die Heimaufsicht sichert im Rahmen ihrer Informations-, Beratungs- sowie Überwachungspflicht die schutzwürdigen Interessen und Bedürfnisse stationär pflegerisch versorgter Heimbewohner im Bezirk Bergedorf.

Durch den Wechsel der bisherigen Sachbearbeiterin an eine andere Stelle war die Stelle der Heimaufsicht für einige Monate vakant. Inzwischen ist eine Nachbesetzung erfolgt. Im zweiten Halbjahr 2008 stieß eine neue Pflegefachkraft als neue Mitarbeiterin mit 0,5 Stelle zur Heimaufsicht. Die Asklepiosrückkehrerin wurde intensiv in die neue Tätigkeit eingearbeitet. Für das Jahr 2009 stellt der Senat Mittel für eine weitere Stelle zur Verfügung.

In allen 8 Bergedorfer Alten- und Pflegeheimen fanden angemeldete und unangemeldete Prüfungen statt. Anhand einer zuvor erstellten Checkliste wurde der Personalabgleich mit dem Dienstplan, die aktuelle Pflege- und Medikamentendokumentation, die Raumpflege sowie die Getränkeversorgung der Bewohner geprüft.

Mängel fanden sich in mehreren Einrichtungen zur Reinigung, insbesondere bei Gemeinschaftssanitärräumen und zur Instandhaltung von Räumen und Mobiliar. Einige Bewohner beklagten, dass sie nicht regelmäßig geduscht oder gebadet werden. Die Einrichtungen wurden zur regelmäßigen Körperpflege beraten.

Im ersten Halbjahr wurden 5 Behinderteneinrichtungen zu dem Prüfungsschwerpunkt „Angebote zur Freizeitgestaltung und Beschäftigung“ geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass die



Bewohner viele Angebote im eigenen Stadtteil wahrnehmen. Es werden sowohl Gruppen- als auch Einzelangebote gemacht.

Der Kontakt zu den Heimbeiräten in den Alten- und Pflegeheimen wurde weiterhin aufrechterhalten. Im Frühjahr 2009 soll eine erneute Schulung aller Heimbeiräte in Zusammenarbeit mit dem Bezirkssenioresenbeirat veranstaltet werden.

Von Bewohnern und Angehörigen gingen im Pflegeheimbereich insgesamt 10 Beschwerden ein, die hauptsächlich mangelnde Pflege und Betreuung beanstandeten. Bei keinem der Beschwerdefälle handelte es sich um einen gravierenden Pflegemangel.

Kennzahlen

Produkt	2006	2007	2008
Anzahl der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionsfälle	371	543	524
Anzahl der Begehungen in Pflegeheimen zur Überwachung der Hygiene	0	4	4
Anzahl der Begehungen in Arztpraxen, in denen ambulant operiert wird	3	0	13
Anzahl der Begehungen in Kindertageseinrichtungen	31	16	10
Anzahl der Heimbefuche/-begehungen im Rahmen der Heimaufsicht	38	38	35
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden im Rahmen der Heimaufsicht	6 ¹²	6 ¹³	10 ¹⁴

Ziele und Arbeitsprogramme für 2009

Gesundheitsaufsicht:

- Fortführung der Hygieneüberprüfungen von Krankenhäusern
- Hygieneüberprüfung von Gemeinschaftseinrichtungen, Heimen, Fußpflegeeinrichtungen, Tätowierungs-/Piercingstudios
- Fortsetzung der Hygieneüberwachung von ambulant operierenden Arztpraxen und invasiv tätigen Heilpraktikern
- Stichprobenhafte Überprüfung der ambulant erbrachten Pflegeleistungen im Rahmen der Sozialhilfe
- Durchführung einer Hygienefortbildung für Mitarbeiter von ambulanten Pflegediensten

¹² Bei keinem der Beschwerdefälle handelte es sich um einen gravierenden Pflegemangel.

¹³ Auch in 2007 handelte es sich bei keinem der Beschwerdefälle um einen gravierenden Pflegemangel.

¹⁴ Auch in 2008 handelte es sich bei keinem der Beschwerdefälle um einen gravierenden Pflegemangel.



Heimaufsicht:

- Einarbeitung der neuen Mitarbeiter in das Fachgebiet Heimaufsicht
- angemeldete Prüfungen aller Bergedorfer Behinderteneinrichtungen zu einem thematischen Schwerpunkt
- angemeldete und unangemeldete Prüfungen in den Alten- und Pflegeheimen
- Fortführung der Arbeit in den überbezirklichen Arbeitskreisen zur Qualitätssicherung der Heimaufsicht
- Beratung zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in den Alten- und Pflegeheimen
- Mitarbeit an der Schaffung eines Landesheimgesetzes

4. Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Leitung: Arne Dornquast , Tel. 42891-4040

		2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen		131,38	164,0	172,20
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	Soll	118.448	205.969 ¹⁵	215.097
Ausgaben	Ist	104.961	201.625	209.960
übertragbarer Rest		13.487	4.343	5.137
betreute Fachausschüsse		Stadtplanungsausschuss, Regionalausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, für Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz und den Sonderausschuss ZOB		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung		106	118	75
Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote		45	40	34
davon öffentliche Ausschreibungen		9	9	4
davon beschränkte Ausschreibungen		36	31	30
Einnahmen insgesamt in €				
	Soll	4.654.453	2.195.032	3.822.310
	Ist	4.256.634	2.642.671	3.774.756
Ausgaben insgesamt	Ist	12.164.557	11.623.160	13.350.701

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Nach einem Jahr der Umorganisation hat das Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt mit dem Bezug des neuen Gebäudes in der Wentorfer Straße 38a im Dezember 2007 seinen vollen Betrieb aufgenommen.

¹⁵ Erhöhung des Budgets aufgrund der Umstrukturierung des Dezernats, verbunden mit neuen Aufgaben.



Für die Kunden des Dezernats ist mit dem neuen Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt eine zentrale Anlaufstelle für nahezu alle Anliegen geschaffen worden. Die mit unseren Kunden gemeinsam erlebte Entwicklung und Optimierung „am lebenden Objekt“ hat eine leistungsfähige Einheit hervorgebracht, die sich auch in einem besonders guten Abschneiden Bergedorfs in einer Hamburg-weiten Kundenbefragung niedergeschlagen hat. Die Geduld, Ausdauer und Flexibilität aller Beteiligten innerhalb und außerhalb des Bezirksamtes ist hoch anzuerkennen und ist eine gute Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit auch in Zukunft. Auch die im Gebäude integrierte Außenstelle Bergedorf der Handwerkskammer Hamburg ist ein wichtiger Baustein unseres Erfolgskonzeptes.

Das Bezirksamt hat sich in 2008 erstmals mit einem eigenen Stand auf den Bergedorfer Bautagen präsentiert. Schwerpunkt der dortigen Kontakte waren die bezirkliche Umweltberatung sowie baurechtliche Fragen; jeder Besucher konnte seine bei den handwerklichen Anbietern von Produkten und Dienstleistungen gewonnenen Anregungen mit Experten aus der Bauverwaltung auf ihre Realisierbarkeit und Genehmigungsfähigkeit für das eigene Haus oder Grundstück direkt auf der Messe abklären.

Neben diesem Auftritt hat Bergedorf seine Aktivitäten im Bereich Stadtmarketing erheblich ausgeweitet und war auf mehreren großen Veranstaltungen mit eigenen Auftritten präsent.

In 2008 wurde erstmals der Bergedorfer Architekturpreis vergeben, mit dem besonders gute Beispiele für das Bauen im Bezirk ausgezeichnet worden sind.

Verschiedene Großbauvorhaben sind vom Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt aktiv begleitet bzw. durchgeführt worden. Neben dem herausragenden Projekt rund um den ZOB sei hier nur der Abschluss des neuen Distributionszentrums von Hennes & Mauritz in Allermöhe erwähnt; im seinerzeit größten Bauvorhaben in Hamburg sind 1.000 Arbeitsplätze entstanden. Neben der Vollendung der vollständigen Erneuerung der Wentorfer Straße ist in 2008 auch die Grundinstandsetzung der Lohbrügger Landstraße erfolgt; Zustand und Leistungsfähigkeit zweier wichtiger Verkehrsachsen wurden dadurch erheblich verbessert.

4.1 Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung

Leitung: Arne Dornquast, Tel. 42891-4040

		2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen		10,76	9,57	10,08
Einnahmen in €	Soll	1.000	750	4.812
	Ist	1.253	1113	4.812
Ausgaben in €		158.902	139.633	148.228
Anzahl der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne ¹⁾		18	24	23
Größe der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne in ha ¹⁾		283,1	290,3	407,7
Anzahl der Bebauungspläne, für die frühzeitige Bürgerbeteiligungen durchgeführt wurden		4	4	6

¹⁾Stichtag 31.12.; erfasst werden Bebauungspläne, für die Grobabstimmungen durchgeführt wurden oder vorbereitet werden



4.1.1 Übergeordnete Planung

Aufgabe und Entwicklung 2008

Entwicklung von Wohnbauflächen

Das auch 2008 aktualisierte bezirkliche Wohnungsbauprogramm weist nach wie vor ein vielfältiges Angebot an Wohnbauflächenreserven aus. Auf ca. 20 Flächen besteht ein Potenzial von ca. 1.800 Wohneinheiten, wobei der Bereich Schleusengraben hier erst sehr vorsichtig mit 100 Wohneinheiten kalkuliert wurde. Vermutlich sind weitaus mehr Einheiten möglich. Hinzu kommen weitere Verdichtungsmöglichkeiten in schon bebauten Bereichen. Da in den nächsten Jahren viele dieser Flächen baureif gemacht werden, müssen allerdings ständig weitere, für Bergedorf verträgliche Wohnbauflächen gefunden werden.

In der Realisierung befinden sich die Wohnbebauung am Güterbahnhof, Flächen in Kirchwerder und Fünfhausen sowie die restlichen freien Flächen am Dorfanger Boberg. Flächen nördlich des Reinbeker Redders im Bereich Hirtenland und östlich der Kleingartenanlage Haempton gestalten sich in der Entwicklung aufgrund schwieriger Eigentumsverhältnisse nach wie vor problematisch. Planerisch begleitet wurden vor allem die Wohnbauflächen am Mittleren Landweg, an der Hans-Stoll-Straße in Neuallermöhe-West, im Bereich des Pflegeheims Moosberg und der ehem. Hubschrauberlandeplatz am Gojenbergsweg.

Entwicklung von gewerblichen Bauflächen

Bergedorf hat neben Harburg nach wie vor die größten gewerblichen Bauflächenreserven in ganz Hamburg.

Die planerische Entwicklung dieser Reserven ist nicht ohne Probleme bzw. stellt sich auch zunehmend die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer derartigen Entwicklung.

Die zum Teil erheblichen Widerstände gegen gewerbliche Bauflächen am Mittleren Landweg haben dazu geführt, dass 2008 keine weiteren Aktivitäten in diesem Bereich erfolgten. Zudem zeigt sich auch hier, dass in Bereiche eingegriffen wird, die aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes nicht unproblematisch sind.

Für die geplante Logistikfläche Südlich Brookdeich wurden im Jahr 2008 die vorbereitenden städtebaulichen und landschaftsplanerischen Voruntersuchungen weitestgehend abgeschlossen. Zu Verzögerungen hat die Problematik der schützenswerten Böden geführt, die auch zwischen den Fachbehörden umstritten ist. Belange des Bodenschutzes sind hier gegen wirtschaftliche Interessen abzuwägen.

Schleusengraben

Das für Bergedorf außerordentlich bedeutsame Stadtentwicklungsprojekt hat im Jahr 2008 wesentliche Fortschritte erfahren.

Bergedorf wurde mit diesem Projekt als offizieller Kooperationspartner der IBA Hamburg aufgenommen und hat dadurch die Möglichkeit, mit dem Schleusengraben mehr Öffentlichkeit zu erreichen bzw. auch ganz anders wahrgenommen zu werden. Erstes konkretes Ergebnis dieser Kooperation ist das IBA-Labor zum Themenbereich Metrozonen. Anfang 2009 werden hier durch renommierte Büros vorbildliche Lösungen zum Thema Mischnutzungen erarbeitet. Weiterhin wurde 2008 die sog. Vermarktungsstudie fertig gestellt, die wichtige Erkenntnisse über die Marktgängigkeit des Workshopkonzeptes von 2005 liefert. Aufbauend darauf hat es zwischen den Behörden und auch unter Beteiligung der Politik eine lebhafte Diskussion über die Verteilung der Nutzungen gegeben. Diese konnte Ende 2008 abgeschlossen werden, so dass jetzt der Weg für die weitere Planung am Schleusengraben weitestgehend frei ist. Zwei Bebauungspläne befinden sich bereits in der Aufstellung.



Zentrumserweiterung und ZOB-Umgestaltung Bergedorf

Das Fachmarktzentrum wurde im März 2008 eröffnet. Damit konnte ein Bauteil der gesamten Planungen abgeschlossen werden. Der Investor hat sich im vergangenen Jahr als schwieriger Verhandlungspartner entwickelt, eine Reihe von zusätzlichen Abstimmungsgesprächen mit dem Investor waren deshalb erforderlich geworden. Die Baustelle Parkhaus/ Bahnhofsgebäude/ ZOB ist eine logistische Herausforderung, die bei der Realisierung Zeit kosten und auch einen erheblichen Abstimmungsbedarf benötigen. Weiterhin war der Sonderausschuss ZOB mit allen relevanten Planungen und Erkenntnissen aus dem Projekt zu betrauen.

Aufwertungsmaßnahmen für den Standort Bergedorf

Sind vielfältige Maßnahmen zur Stärkung der City ein Schwerpunkt. Hierzu gehörte in 2008 die Begleitung des Business Improvement Districts (BID) Sachsen- und südliche Alte Holstenstraße sowie die Übernahme des BID Alte Holstenstraße vom Wirtschaftsbeauftragten.

Edith-Stein-Platz

Das in 2007 abgeschlossene Planungsverfahren wurde in 2008 umgesetzt, mit einer Eröffnungsfeier im November wurde der Platz eingeweiht.

Zollenspieker

In 2008 wurde ein aktueller Hotelbauentwurf mit allen Beteiligten abgestimmt. Für die Bearbeitung der öffentlichen Flächen hat der Landschaftsplaner ein Konzept entwickelt sowie eine Kostenschätzung aufgestellt hat. Der Investor beabsichtigt im April mit dem Hotelneubau zu beginnen, die dazugehörigen Schritte waren in 2008 und sind 2009 abzustimmen.

ProSin

Mit erheblichem Personalaufwand wurde 2007 das „Projekt Stadtplanung im Netz“ betrieben, für das Bergedorf federführend ist. Im Jahr 2008 mussten aufgrund des Relaunch von Hamburg.de alle Seiten in den neuen Auftritt migriert werden. Bergedorf musste diese Aufgabe – wie die meisten anderen Bezirke – aufgrund des hohen Arbeitsumfanges an einen externen Dienstleister vergeben. Parallel dazu wird aber der Auftritt des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung intern kontinuierlich gepflegt und ausgebaut.

Bergedorfer Architekturpreis

Der im Jahr 2008 erstmals ausgelobte ‚Architekturpreis für Bergedorf und die Vier- und Marschlande‘ hat eine intensive Diskussion über Architektur im Allgemeinen und im Speziellen für den Bezirk Bergedorf angestoßen.

Neben der Vorbereitung und Durchführung einer Vortragsreihe im Vorwege zum Architekturpreis wurden alle Arbeiten rund um die Auslobung, Vorbereitung, Organisation, Durchführung, Vorprüfung, Jurysitzung und Preisverleihung im Fachamt durchgeführt. Die mit dem Architekturpreis angestoßene Diskussion soll mit dem Bergedorfer Architekturdialo g fortgesetzt werden. Hierzu sind Ende 2008 bereits die Vorbereitungen für die erste Veranstaltung im Januar 2009 durchgeführt worden.

Bergedorfer Jugendkonferenz

Nach dem Vorbild der Bergedorfer Kinderkonferenzen im Rahmen des Bergedorfer Kindertages ist im Jahr 2008 erstmals eine Bergedorfer Jugendkonferenz durchgeführt worden. Die pädagogischen Arbeiten wurden durch einen externen Auftragnehmer geleistet, alle weiteren Arbeiten zur Vorbereitung, Organisation und Durchführung im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung geleistet. Die Nachbereitung hat sich als sehr zeitintensiv erwiesen. Die Ergebnisse werden voraussichtl. im ersten Quartal 09 vorliegen.



Mega-Lights und Premium-Säulen

Die Stadt Hamburg hat ab dem Jahr 2009 für einen längeren Zeitraum neue Werberechte vergeben. Infolge dessen mussten diverse Standorte im Bezirk Bergedorf für das Aufstellen von Mega-Lights (großformatige Werbetafeln) und Premium-Säulen gesucht, geprüft und abgestimmt werden.

Abwägungen nach § 125 Absatz 2 bzw. 3 BauGB

Eine weitere Aufgabe ist die Durchführung von Abwägungen für die endgültige Herstellung von Straßen, für die keine Bebauungspläne vorliegen bzw. die vom Bebauungsplan abweichen. Teilweise sind diese Straßen bereits seit Jahrzehnten dem Verkehr gewidmet. Umfangreiche Recherchen sind erforderlich, damit eine ordnungsgemäße Abwägung stattfinden kann und die anteiligen Kosten für die Straßenbaumaßnahmen auf die Anlieger übertragen werden können. Abwägungen wurden in diesem Jahr für die Straßen Heidhorst Stieg und Heidhorst Kehre durchgeführt.

Auch wurden Stellungnahmen erarbeitet in Vorbereitung auf die erstmalige endgültige Herstellung von Straßen bzw. für die vorgenannte Erhebung des Erschließungsbeitrags z.B. zum Kiebitzdeich, Neuengammer Hinterdeich, Lütte Stegel, Gosepfad, Dorferbogen, Dorferweg, Ochsenwerder Twiete.

Bezirkliche Ensembles

Als neue Aufgabe ist der städtebauliche Denkmalschutz hinzugekommen, da die Freie und Hansestadt Hamburg mit der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes beschlossen hat, den Bezirksämtern mehr Verantwortung im Umgang mit Denkmälern zu übertragen.

Danach können die Bezirksämter sogenannte bezirksbezogene Ensembles (mehrere Gebäude mit der jeweiligen Umgebung), die eine prägende Wirkung auf das Stadtbild haben -häufig in Verbindung mit ihrer baukünstlerischen Gestaltung- durch Rechtsverordnung unter Schutz stellen. Nach der Unterschutzstellung haben die Ensembles den Status eines Denkmals und die Wahrnehmung des denkmalrechtlichen Genehmigungsvorbehaltes geht an die Bezirksämter über. In Bergedorf befinden sich 15 Ensembles, die in einem Sammelverfahren unter Schutz gestellt werden sollen. Mit den umfangreichen Vorarbeiten wurde in 2008 begonnen.

Lärmaktionsplanung

2008 wurde die sog. erste strategische und auf die Gesamtstadt bezogene Phase der Lärmaktionsplanung von Bezirksseite begleitet. Es erfolgte u.a. die Teilnahme an mehreren Lärmforen. 2009 wird die Lärmaktionsplanung auf bezirklicher Ebene fortgeführt.

Regionale Einzelhandelskooperation

2008 wurde die erste Phase des Kooperationsprojektes abgeschlossen. Es wurden erfolgreich zahlreiche Vorhaben abgestimmt. Die Zusammenarbeit hat sich bewährt.

2009 soll mit der zweiten Phase, in der noch aktiver Defizite in der Einzelhandelsausstattung beseitigt und die Ergebnisse noch verstärkt nach außen vermittelt werden sollen, begonnen werden. Bergedorf übernimmt für das Jahr 2009 wieder die Geschäftsführung.

Ziele und Arbeitsprogramme für 2009

- ZOB-Fertigstellung in der 1. Jahreshälfte 2010 angestrebt
- BID Sachsentor weiter unterstützen
- IBA-Labor durchführen; Ergebnisse umsetzen; städt. Flächen vermarkten
- Voraussetzungen für den Bau der Wegeverbindung am Schleusengraben schaffen
- Entscheidungen über Fortgang der Planungen Mittlerer Landweg und Südlich Brookdeich herbeiführen.
- Maßnahmenkatalog für bezirkliche Lärmaktionsplanung aufstellen



- Verfahren bezirkliche Ensembles durchführen

4.1.2 Bebauungsplanung

Aufgabe und Entwicklungen in 2008

Fünf Planverfahren wurden neu eingeleitet: Bergedorf 101 (Justus-Brinckmann-Straße / Gojenbergsweg), Bergedorf 104 (Schleusengraben Ost), Bergedorf 105 (Stuhlrohrquartier), Lohbrügge 89 (Hirtenland), Lohbrügge 90 (Reinbeker Redder 51 – 57).

Vorbereitet wurde die Einleitung der Verfahren Bergedorf 106 (Villengebiet) und Kirchwerder 29 (Kleingärten Kirchwerder/Zollenspieker).

Folgende sechs öffentliche Plandiskussionen wurden durchgeführt: Bergedorf 100 (Schleusengraben West), Bergedorf 101, Kirchwerder 24 (Baustoffhandel Kirchwerder Hausdeich), Kirchwerder 30 (An der Blauen Kuhle), Lohbrügge 89 und Lohbrügge 90.

Mit den Trägern öffentlicher Belange wurden drei Planentwürfe abgestimmt: Bergedorf 95 (ehemaliges AK Bergedorf), Moorfleet 16 (Gewerbegebiet östlich Brennerhof) und Moorfleet 17 (Kompetenzzentrum für den Gartenbau).

Die folgenden beiden Pläne wurden öffentlich ausgelegt: Bergedorf 95 und Neuengamme 12 (Ortskern Neuengamme).

Die Bebauungspläne Allermöhe 28 (Garten- und Landschaftsbaubetriebe), Bergedorf 95 und Bergedorf 98 (ehemaliger Güterbahnhof) traten in Kraft.

Der Bebauungsplanentwurf Neuengamme 8 (Mittlerer Neuengammer Hausdeich West) wurde mit dem Stadtplanungsausschuss abgestimmt und überarbeitet.

Das Bebauungsplanverfahren Bergedorf 102 zur Ansiedlung eines Baumarkts an der Ecke Kurt-A.-Körper-Chaussee / Sander Damm wurde vorbereitet. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Bergedorf 96 (ehemaliger Gartenbaustützpunkt Gojenbergsweg) wurden Abstimmungen durchgeführt.

Gepprüft wurde die Frage, ob für Entwicklungen an der August-Bebel-Straße 210, am Feldstegel und für die Erweiterung des UK Bobergs Bebauungspläne aufgestellt werden sollen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Billbrook 8 / Billwerder 27 (Unterer Landweg) wurden die bezirklichen Belange vertreten.

Für das Bebauungsplanverfahren Bergedorf 105 wurde das Verfahren zum Erlass einer Veränderungssperre eingeleitet.

Die Publikation von Informationsseiten für die Stadt- und Landschaftsplanung im Internet konnte unter der fachlichen Koordination des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung abgeschlossen werden (Projekt Stadtplanung im Netz - ProSiN). Außerdem erfolgte eine umfassende Neustrukturierung der Internetseiten im Hinblick auf Benutzerfreundlichkeit.

Im Pilotprojekt "Bauleitplanung online", in dem ein elektronisch gestütztes Beteiligungsverfahren für die Bauleitplanung entwickelt wurde, war das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung Mitglied der Projektgruppe und inhaltlich an der Projektentwicklung beteiligt.

Auf Initiative des federführenden Bezirksamtes Bergedorf wurde für die Anwender in den Bezirksverwaltungen die Einführung der Arbeitskreise "Harmonisierung und Einführung von EDV-Standards in den Fachämtern Stadt- und Landschaftsplanung" sowie "Praxis digitale Bauleitplanung" abgestimmt und beschlossen.

Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren
- Zurückstellungen von Baugesuchen
- Erarbeitung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen
- Betreuung von externen Büros und Bauträgern
- Mitwirkung an Normenkontrollverfahren

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches und zukunftsorientiertes Planungsrecht für den Bezirk zu schaffen, deutlich näher gekommen.



4.1.3 Landschaftsplanung

Aufgabe und Entwicklungen in 2008

Entwicklungsplanung

Im Bereich der vorbereitenden Bauleitplanung wurde die Entwicklung der Schleusengrabenachse landschaftsplanerisch weiterhin begleitet. Es wurde ein Gutachtenbüro beauftragt, konkrete Planungen für zunächst eine realisierbare Wegeverbindung am Schleusengraben auszuarbeiten. Die Arbeiten wurden fachlich betreut und mit dem Fachamt Management des öffentlichen Raumes abgestimmt.

Die landschaftsplanerische Voruntersuchung für die Gewerbeansiedlung Südlich Brookdeich ist weitgehend abgeschlossen. Ein Flora-/Fauna Gutachten brachte wichtige Erkenntnisse für den Umgang mit der Fläche.

Der in 2007 begonnene Leader-Prozess im Rahmen des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums führte bereits zu ersten konkreten Projekten in Bergedorf. Die Abteilung Landschaftsplanung beauftragte und betreute ein Konzept zur Umsetzung von Reitwegen in den Vier- und Marschlanden. Mehrere Abstimmungsgespräche mit den örtlichen Akteuren fanden in der Landwirtschaftskammer statt. Das Konzept wurde mit den Naturschutzverbänden abgestimmt.

Verbindliche Planung

Die Betreuung aller laufenden Huckepack-Bebauungspläne wurde fortgesetzt.

Die stadt- und landschaftsplanerische Konzeption für das anzusiedelnde Kompetenzzentrum für den Gartenbau im Raum Brennerhof mit dem Ziel des Erhalts des angrenzenden schützenswerten Kultur- und Naturensembles konnte erfolgreich aufrechterhalten werden.

Internationale Gartenschau 2013 (IGS): Es wurden Ideen für bezirkliche Begleitprojekte insbesondere den Kulturlandschaftsraum Vier- und Marschlande entwickelt, die mit der IGS GmbH abgestimmt wurden. Aufgrund der unklaren Finanzierungsbeteiligung von Seiten IGS und BSU wurde die Konzeption auf bezirkliche Ressourcen beschränkt.

4.2 Fachamt Management des öffentlichen Raumes

Leitung: Madeleine Reinhold, Tel. 42891-2361 und Joachim Brusckke, Tel. 42891-2060

Beschäftigungsvolumen ^{1) 2)}		2006	2007	2008
			86,95	97,84
Einnahmen in EUR ³⁾	Soll	1.699.000	1.476.000	785.000
	Ist	1.666.000	1.461.000	870.000
Ausgaben in EUR ¹⁾		11.990.000	11.433.000	11.578.000

- 1) Zum 1.12.2007 ist die Friedhofsverwaltung dem neu gegründeten WBZ zugeschlagen worden, wurde aber für 2007 noch bei MR gezählt
 2) Einschl. Auszubildende
 3) Gebühren, Arbeiten für fremde Rechnungen bei Wiederherstellungen nach Sondernutzungen
 Das Ist ist höher als das Soll, da Einnahmerückstände aus Vorjahren realisiert werden konnten.

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Die Aufgaben dieses Fachbereiches bestehen in der Planung, dem Bauen, dem Herrichten und Unterhalten aller öffentlichen Flächen die in der Zuständigkeit des Bezirkes liegen, wie: Grünanlagen, Spielplätze, Dauerkleingartenanlagen, Wander- und Radwege, bezirklicher Friedhof, Straßen, Straßenbegleitgrün, Brücken, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichten der



Depotcontainer-Standorte, Unterhaltung von Gewässern aller Art, Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, Naturschutzgebiete sowie Bergedorfer Forstflächen.

Durch den Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) wird für die Sauberkeit und Ordnung auf diesen Flächen gesorgt und die Einhaltung der Hundeverordnung überwacht.

In Amtshilfe werden Dienstgärten, Sportplätze und Liegenschaftsflächen mit unterhalten.

Umfangreich wurden fachliche Stellungnahmen zu Anfragen aus der Politik und von Bürgern abgegeben.

In 2008 sind insbesondere folgende Projekte bearbeitet worden:

Straßen- und Tiefbauprojekte:

- Umgestaltung Edith-Stein-Platz
- Grundinstandsetzung Lohbrügger Landstraße
- Fertigstellung der Grundinstandsetzung Wentorfer Straße aus 2007
- Verschiedene Grundinstandsetzungen im bezirklichen Straßennetz entsprechend dem Tiefbauprogramm
- Weiterführung Erschließung ZOB einschließlich dem Abschluss dafür erforderlicher Verträge (Erschließungsvertrag, Sondernutzungsverträge)
- Vorbereitung und Ausführung von allgemeinen Erschließungsmaßnahmen
- Vorbereitung und Ausführung von Industrie- und Gewerbeerschließungen
- Weiterführung des Straßenbaus Wohnerschließung Allermöhe West
- Vorbereitung von diversen Maßnahmen der erstmaligen, endgültigen Herstellung von Straßen
- Vorbereitung und Ausführung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Bushaltestellen im Rahmen des Titels „Förderung des ÖPNV“
- Vorbereitung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Radwegen im Rahmen des Titels „Förderung des Radverkehrs“

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen:

- Weiterführung der Entschlammungsmaßnahme Gose-Elbe
- Herstellung der Durchlässigkeit zwischen Dove-Elbe und Schleusengraben
- Vorbereitung und Ausführung von diversen Grundinstandsetzungen am Staatlichen Be- und Entwässerungssystem in den Vier- und Marschlanden

Landschaftsbauprojekte:

- Weiterführung der Planung der öffentlichen Freiflächen Zollenspieker Fährhaus
- Vorbereitung und Ausführung der Grundinstandsetzung von diversen Spielplätzen (Gersonweg, Hackmackbogen, Ernst-Henning-Straße, Kirchwerder Landweg)
- Weiterführung der Planung für den Stadtteilpark Neuallermöhe-West, 6. BA
- Vorbereitung und Ausführung einer Kiosk-Anlage im Stadtteilpark Neuallermöhe-West
- Vorbereitung und Ausführung diverser WC-Anlagen mit solarbetriebener Stromversorgung an Badeseen

Forstprojekte:

- Umsetzung der „Spielplatzinitiative“ des Senats für die Waldspielplätze in Bergedorf
- „Neuer Wald für Bergedorf“ im Rahmen des weltweiten Projekts „Plants for the planet“ in Zusammenarbeit mit der Gesamtschule Bergedorf wurde fortgesetzt
- Durchführung des Weihnachtsbaumverkaufes



Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen	2006	2007	2008
Anzahl Auszubildende Ga La Bau Verwaltung	8 1	8 1	8 2
Mitarbeiter bei Freie Träger (Sprungbrett) im Auftrag des Bezirks	24	24	24
Beschäftigungs- Tage straffällig gewordener Jugendlicher	28	6-10	0
Praktikanten im Gartenbau	9	8	9
ANSCHUB - zum Erfolg Schule Richard-Linde-Weg	3	3	3
Arbeit von Jugendlichen in Kooperation mit dem Internationaler Bund		20	20
Alsterarbeit - im Grünbereich -in der Verwaltung		10 1	10 0
Praktikanten im Forstbereich		5	4

Die Tätigkeit des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes wird auch in folgenden Zahlen deutlich:

Angaben in Euro	2006	2007	2008
Investitionsmittel Straße ¹⁾	3.834.000	5.800.000	4.418.000
Davon: Honorarausgaben	344.000	150.068	204.163
Erschließungsmittel	1.332.600	1.346.240	1.416.559
Neu-, Um- und Ausbau	338.220	37.250	36.979
Grundinstandsetzung	1.819.000	4.266.050	2.760.299
Investitionsmittel Gewässer und Deiche ¹⁾	1.114.000	801.000	1.118.000
Davon: Honorarausgaben	64.245	140.811	69.000
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	1.084.877	452.720	888.000
Grundinstandsetzung HVS-Anlagen	30.280	206.970	161.000
Investitionsmittel Grünanlagen ¹⁾	640.000	700.000	1.034.686
Davon: Honorarausgaben	0	52.138	54.328
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	370.354	34.800	122.825
Grundinstandsetzung	268.873	664.706	857.533
Investitionsmittel Lebenswerte Stadt	0	0	222.655
Davon: Honorarausgaben	0	0	22.883

Unterhaltung Straße ¹⁾	2006	2007	2008
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m ²	5.470.000	5.560.000	5.560.000
Aufgrabescheine	1.964	1.602	1.641
Ausgaben	1.204.663	1.225.000	1.523.700



Unterhaltung Gewässer und Deiche ¹⁾	2006	2007	2008
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha	415	415	415
Ausgaben	1.293.000	1.353.000	1.392.000

¹⁾ Aus unterschiedlichen Titeln
Ohne Unterhaltung der HVS Straßen (+ 228.000,- €)

Unterhaltung Straßenbegleitgrün	2006	2007	2008
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m ²	2.860.000	2.860.000	2.860.000
Anzahl der Bäume	23.610	23.610	23.610
Ausgaben	265.980	193.524	194.010

Unterhaltung Kleingärten	2006	2007	2008
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m ²	1.830.000	1.830.000	1.830.000
Anlagen	28	28	28
Ausgaben	45.000	72.000	83.000

Unterhaltung von Brücken und Ingenieur-Bauwerken	2006	2007	2008
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m ²	43.389	43.389	43.389
Anzahl	464	464	464
Ausgaben	39.700	60.000	37.000

Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen	2006	2007	2008
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m ²	7.500.500	7.500.500	7.500.500
Anzahl	218	218	218
Ausgaben (Unterhaltung und Inst. aus Betriebshaushalt)	810.367	720.085	642.260
Sondernutzungen in Grünanlagen		68	WBZ*
Einnahmen (Benutzungsgebühren, Schadensersatz, usw.)	Soll	11.250	29.432
	Ist	11.248	27.648
			WBZ*

*kundenorientierte Dienstleistungen im WBZ konzentriert

Friedhof	2006	2007	2008
Angaben zum Bestand Flächengröße in m ²	686.937	686.937	686.937
Investitionsausgaben	100.701	56.140	38.456
Unterhaltungsausgaben	302.256	301.530	331.016
Bestattungen (Erdbestattungen)	287	280	264
(Urnenbestattungen)	403	428	436
Einnahmen in	Soll	1.286.000	1.147.554
	Ist	1.277.000	1.159.475
Kostendeckungsgrad in %	103	103	WBZ*



Naturschutzgebiete	2006	2007	2008
Angaben zum Bestand NSG: Die Reit, Kiebitzbrack, Zollenspieker, Kirchwerder Wiesen, Boberg ¹⁾ Flächengröße in m ²	1.600.000	13.730.000	13.730.000
Ausgaben für Pflege und Unterhaltung	10.300	35.350	26.915

¹⁾ Das NSG Boberg wurde Ende 2007 von der Fachbehörde auf den Bezirk übertragen

Forst	2006	2007	2008
Angaben zum Bestand Bergedorfer Gehölz, Geesthang, Sander Tannen, Geesthacht (Edmundstal), Großensee, Flächengröße in m ²	1)	4.000.000	4.000.000
Ausgaben Wegebau	1)	35.110	15.062
Ausgaben Investitionen	1)	0	22.203
Ausgaben (Unterhaltung und Instandsetzung aus Betriebsmitteln)	1)	30.760	35.013

¹⁾ Der Forstbereich wurde Mitte des Jahres 2006 dezentralisiert und kann erstmalig in 2007 ganzjährig dem Bezirk zugeordnet werden.

Amtshilfen ¹⁾	2006	2007	2008
Ausgaben	216.000	33.215	438.100
davon			59.000
Amtshilfen Gewässerunterhaltung (FB/Private, Sportamt)			13.000
Grundinstandsetzung HVS			33.000
Deichverteidigung Depots			13.000

¹⁾ Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten

Sondernutzungen KFZ		2006	2007	2008
Anzahl d. unerlaub- ten Sondernutzun- gen KFZ		275 ¹	317	338
Anzahl der Ordnungswidrigkeit- Verfahren		25 ¹	29	25
Ausgaben (Ersatzvornahmen)		1.641 ¹	22.875,52	5.910
Einnahmen in € Bußgelder, Gebühren, Kosten, Entgelte) ²	Soll	8 298 ¹	16.376	3.312
	Ist	17425 ₁	53.736	18.183

¹ Bis einschl. 2006 waren die unbefugten Sondernutzungen Kfz Teil der Genehmigungsabteilung und dort im allgemeinen Bereich Sondernutzungen/ Owis integriert.

² Das Ist ist höher als das Soll, da Einnahmerückstände aus Vorjahren realisiert werden konnten.



4.3 Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt

Leitung: Helmut Hoffmann, Tel. 42891-4200

	2006	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	19,56	20,45	20,75

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Eine der herausragenden Aufgaben in 2008 stellte die Abstimmung, Planung und Umsetzung des Weihnachtsmarktes unter Berücksichtigung der umfangreichen Baumaßnahmen und der politischen Beschlusslagen dar. Die Umplanung in den Bereichen Sachsentor, Bergedorfer Markt und Alte Holstenstraße (Lohbrügger Teil) sowie die Vergabe eines privaten Weihnachtsmarktes auf der Bergedorfer Schlosswiese hat viel Kapazität gebunden. Das Ergebnis ist die erfolgreiche Umsetzung des Beschlusses der Bezirksversammlung hinsichtlich der Vergabe des Weihnachtsmarktes an einen privaten Veranstalter.

Weitere Aktivitäten / Veranstaltungen, in denen das Bezirksamt erfolgreich als Veranstalter oder Mitorganisator agiert hat waren die Hafendüne vom 30.05.-01.06.2008 und der Michelmarkt am 14.09.2008 am Hamburger Michel.

Ziele und Arbeitsprogramme 2009-04-08

- Stadtfest 2009
- Abschluss des ELER/Leader Antrages zur Finanzierung des Projektes „Wochenmarkt der Zukunft“

4.3.1 Gewerberecht Marktwesen, Lebensmittelüberwachung

Gewerbe- und Ordnungsrecht

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Die Abteilung war in 2008 zuständig für Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Ordnungswidrigkeitenverfahren, Entzug von Erlaubnissen und Gewerbeuntersagungsverfahren. Außerdem wurden hier die Verwaltungsverfahren zur Umsetzung des Hundegesetzes ausgeführt, welches am 01. April 2006 in Kraft getreten ist.

Das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt hat in 2008 weiterhin daran mitgewirkt eine möglichst vollständige Erfassung der Hunde in Bergedorf zu erreichen. Durch die Überprüfungen des BOD wurden immer wieder Hundehalter bekannt, die noch nicht registriert waren. Mit entsprechenden Aufforderungen und weitergehenden Maßnahmen konnte das Hunderegister weiterhin aktualisiert werden. Mit Stand 31.12.08 waren schließlich in Bergedorf insgesamt 3.425 Tiere im Hunderegister erfasst – im Verhältnis zur anfänglich geschätzten Bestandszahl von 4000 kann dies als Erfolg für mehr Sicherheit im Umgang mit Hunden erachtet werden. Insgesamt wurden nur vier Haltungsverbot ausgesprochen, die sich in erster Linie auf das Halten gefährlicher Hunde nach § 2 HundeG bezogen.

Alles in allem bleibt festzustellen, dass das Hundegesetz Wirkung zeigt, da sich die Anzahl der als gefährlich eingestuftten Hunde allmählich ebenso reduziert, wie die Fallzahlen für die Erteilung von Auflagen zur Hundehaltung. Außerdem wurde die Leinenpflicht durch die erfolgreiche Arbeit des BOD verstärkt kontrolliert und ggf. vom Fachdienst durchgesetzt.



Im Bereich des Jugendschutzgesetzes konnte durch präventives Handeln (Beratung, Information) die Zahl der Verstöße weiterhin reduziert werden.

Auch in 2008 wurden Kontrollen in Spielhallen durchgeführt und ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen Spielhallenbetreiber durchgesetzt; diverse Gerätearten waren unzulässig.

Nach der EU-Osterweiterung benötigen Arbeitnehmer weiterhin für die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses eine Arbeitserlaubnis. Dies wird nach wie vor umgangen, indem Gewerbeanmeldungen vorgenommen werden, um eine Selbständigkeit vorzutäuschen. Der Nachweis dieser Scheinselbständigkeit gestaltet sich oft schwierig, zumal die „Gewerbe“-anschriften sich derart schnell ändern, dass Maßnahmen gegen diese Art von Gewerbebetreibenden nicht durchsetzbar sind. Als Beispiel sei genannt, dass in einer Wohnung zeitweise und häufig wechselnd bis zu 19 Gewerbebetreibende ihren Betriebssitz hatten; bei derartigen Auffälligkeiten informierte das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt regelmäßig die Zentralstelle für Schwarzarbeit.

Durch die Einführung des Passivraucherschutzgesetzes mit 01.01.2008 kam ein noch nicht zu überblickendes neues Arbeitsgebiet auf die Dienststelle zu. Im Laufe der Monate hat sich herausgestellt, dass sich die Beschwerdelage im Rahmen hält. In erster Linie waren und sind die Gaststättenbetreiber selber sehr darum bemüht, sich im Vorwege darüber zu informieren, was möglich und akzeptabel ist. Das Bezirksamt hat einige schriftliche Belehrungen versandt, musste aber lediglich eine schriftliche Verwarnung aussprechen, zu Bußgeldverfahren ist es in keinem Fall gekommen.

Ziele und Arbeitsprogramme 2009

- Optimierung des Hunderegisters
- Planung und Durchführung des Weihnachtsmarktes

Passivraucherschutzgesetz	2006	2007	2008
Hinweise auf Missstände			66
Anzahl der Beratungen			46
Anzahl der Verfahren zur Ahndung von Missständen			20

Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	2006	2007	2008
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	33	25	21
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind (bei einer Anzahl von ca. 130 Außennutzungen)	1	7	6
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren:	177	221	162
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	41	43	40
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	113 ¹	133	101
Zahl der Gewerbean-, -um und -abmeldungen	2.566	2.485	2.475 ²



Gewerbeuntersagungen, Erlaubniswiderrufe und -versagungen	52	21 ³	53 ³
Spielhallenstandorte	18	18	18
Spielhallen	24	24	24
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen (ohne in Gaststätten aufgestellte Automaten)	266	266	266
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz (Zahl der Bescheide)	76	70	17 ⁴
Ausnahmen von der Sperrzeit	7	6	6

¹ Änderung des Gaststättenrechtes Mitte 2006
(Verkauf von Speisen und alkoholfreien Getränken konzessionsfrei)

² Ab Januar 2008 werden die Gewerbean-, -um- und -abmeldungen im Kundenservice vorgenommen.

³ Ab September 07 wurden noch insgesamt 27 Anträge auf Gewerbeuntersagungen eingereicht, die sich 2008 noch in der Bearbeitung befanden. Zusätzlich zu den 53 abgearbeiteten Fällen kamen im Laufe des Jahres noch 44 Fälle hinzu, die sich in das Jahr 2009 in der Bearbeitung hinziehen.

⁴ Seit Beginn 2008 erteilt VS nur noch Sondernutzungsgenehmigungen im Rahmen von festgesetzten Veranstaltungen. Alle sonstigen Sondernutzungsgenehmigungen werden im Servicebereich bearbeitet.

Weitere Arbeitsbereiche	2006	2007	2008
Vorgänge nach dem Hundegesetz	80	50	106
davon Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	20	11	4
Haltung eines „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt	3	0	5
Tötung oder Sicherstellung veranlasst	4	2	6*
Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	21	132**	40
Weitere ordnungswidrigkeitenrechtliche Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)	79	88	47 +....
Ausstellung von Fischereischeinen	220	238	353

*Die Sicherstellungen wurden angeordnet, um die gesetzlich geforderte Anmeldung der Hunde zu erreichen. In allen sechs Fällen war die Maßnahme letztendlich erfolgreich. Lediglich in zwei Fällen kam es zur tatsächlichen Sicherstellung für ein paar Tage.

**Es wurden verstärkt Verfahren eingeleitet aufgrund nicht erfolgter Anmeldung von Hunden im Hunderegister.

Lebensmittelüberwachung und Marktwesen

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Lebensmittelüberwachung

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln, Kosmetik, Tabak und Bedarfsgegenständen leistet die Lebensmittelüberwachung einen aktiven Verbraucher- und Gesundheitsschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an einwandfreier und gesundheitlich unbedenklicher Ware auf der anderen Seite.

Die Aufgabe Lebensmittelüberwachung wird hauptsächlich im Außendienst durch die Lebensmittelkontrolleure wahrgenommen, die mit einem Anteil von rund 30 % in der Gewerbeüberwachung tätig sind.



So wurden von den 4 Lebensmittelkontrolleuren im vergangenen Jahr rund 2.000 mal Lebensmittelunternehmer anlässlich von Betriebskontrollen und Beratungen aufgesucht, zuzüglich 700 Probenahmen von Lebensmitteln, Kosmetik, Tabak, alkoholischen Getränken und Bedarfsgegenständen. Im Vordergrund standen dabei eine präventive Beratung, Ursachenermittlung bei Missständen sowie die Entwicklung einzelfallbezogener Lösungsansätze unter sorgfältiger Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen und Gefahren. Die Bergedorfer Lebensmittelkontrolleure setzen dabei ihr umfangreiches, durch langjährige Erfahrung gereiftes Fachwissen, ihre Betriebskenntnisse und ihre Kommunikationsfähigkeiten gezielt ein. Konkreten Beschwerden konnte so stets erfolgreich nachgegangen und die Beschwerdegründe ausgeräumt werden.

Die Einführung risikoorientierter Probenahme und Kontrollen im Rahmen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes stellt zwar einerseits eine gezieltere und damit intensiviertere Aufgabenwahrnehmung dar, führt aber andererseits auch zum Anstieg der Zahl von Beanstandungen und somit zu einem höheren Personaleinsatz pro Vorgang. Neben zahlreichen anderen Ursachen hat auch das zu einer Verschiebung von Zahlen in diesem Bereich geführt.

Zeitlich viel Raum nahm die Einführung und Weiterentwicklung einer neuen Software zur Erfassung und Verwaltung lebensmittelrechtlich relevanter Daten sowie eines Qualitätsmanagementsystems zur Einführung und Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards in der Lebensmittelüberwachung ein.

Marktwesen/Wochenmärkte

In Bergedorf finden wöchentlich 6 Wochenmärkte statt, die von 2 Marktmeistern hinsichtlich einer reibungslosen Marktorganisation verantwortlich betreut werden. Dabei stehen - trotz eines stetigen Wandels durch Zu- und Abgänge der Marktbesucher und deren z.T. besonderen Wünsche - die Optimierung des Marktaufbaus und des Branchenmixes im Sinne des Kunden im Vordergrund.

Im Jahre 2008 ist zwar rein rechnerisch ein Rückgang des durchschnittlichen Auslastungsgrades der zur Verfügung stehenden Marktflächen und der Anzahl der Stände zu verzeichnen. Zurückzuführen ist dies hauptsächlich auf das Ausscheiden von 4 Stammbesuchern aus Altersgründen, die über die Vorjahre hinweg regelmäßig und mit großer Frontmeterzahl ihrer Verkaufsstände und -fahrzeuge die Märkte angefahren sind. Die Suche nach hochwertigem Ersatz für die entsprechenden Branchen hat nach und nach zum Erfolg geführt.

Durch den freiwilligen Werbe-Euro von Marktbesuchern der Bergedorfer Wochenmärkte war es finanziell möglich,

- die Finanzierung der Parkkarten für Kunden des Wochenmarktes Bergedorf für kostenloses Parken im Parkhaus in der 1. Stunde zu sichern,
- für den Wochenmarkt Lohbrügge die Anmietung des für Samstag als Parkplatz umfunktionierten Schulhofs der Schule Leuschnerstraße zu finanzieren,
- einen „Marktkalender 2009“ als Präsent für Marktkunden in der Vorweihnachtszeit zu finanzieren.

Die Wochenmärkte stellen einen wesentlichen Baustein für den Absatz der Produkte aus Landwirtschaft und Gartenbau – also einen wesentlichen Wirtschaftszweig Bergedorfs dar. Aus diesem Grunde hat sich das Bezirksamt entschlossen, ein Projekt zur Attraktivitätssteigerung der Wochenmärkte ins Leben zu rufen und dies zu einem wesentlichen Anteil mit Mitteln der EU zu finanzieren. Die umfangreiche Antragserarbeitung konnte mit Abgabe eines Antrages an die Behörde für Wirtschaft und Arbeit weitgehend abgeschlossen werden. Im Hinblick auf die noch ausstehende Lösung grundlegender Probleme zwischen der EU-Kommission und den



antragstellenden Bundesländern ist mit einer Bewilligung frühestens Mitte Februar 2009 zu rechnen. Die eigentliche Projektarbeit kann erst dann beginnen.

Auf Initiative des ehemaligen Wirtschaftssenators Uldall hat sich darüber hinaus im April 2008 eine bezirksübergreifende Arbeitsgruppe zum Thema „Attraktivitätssteigerung der Wochenmärkte“ gebildet. Auf die Erfahrungen in Bergedorf aufsetzend, ist auch hier das Ziel, einen Rahmen für Strategien/Konzepte zu entwickeln, der die Durchführung gemeinsamer Marketingmaßnahmen ermöglicht, um die Position der Wochenmärkte in der Metropole Hamburg und deren Bedeutung für die Stadtteile und der gesamten ländlichen Räume Hamburgs und der Metropolregion zu stärken und zu verbessern.

Ziele und Arbeitsprogramme 2009

- Erarbeitung und Einführung einer risikoorientierten Probennahme
- Risikobeurteilung für 800 Betriebe
- Erfüllung der Probennahmeplanung zu 100 %
- Ausführung besonderer Kontrollen in 5 Betrieben nach dem Bundes Überwachungsplan 2009

Verbraucherschutz	2006	2007	2008
Gewerbebetriebe insgesamt			
Davon	9.319	9.606	9.901
überwachungspflichtige Betriebe i.S.d Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LFGB) einschl. Marktstände	1.718	2.206	2.285
mobile Lebensmittelbetriebe (aus Anlass von Veranstaltungen)	538	698	439
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:			
Kontrollen und Beratungen	3.388	2744	2000
Probenentnahmen neu in 2008	Soll Ist	468 608	654 700
Davon Beanstandungen	72	124	166
Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittel-Kontrollbehörden	67	82	93
Zahl der <u>Lebensmittelbetriebe</u>	1.563	2.059	2.462
hiervon kontrollierte Betriebe	840	846	1.416
Ambulanter Handel mit Lebensmitteln – Anzahl der überwachungspflichtigen Stände auf Wochenmärkten und Veranstaltungen	1.113	1.008	687
Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	16	18	18
davon kontrolliert	16	18	0

Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten	2006	2007	2008
Gesamtzahl der Wochenmärkte	304	312	305
Gesamtzahl der Stände über alle Markttag	14.022	16.662	12.452
Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach	Auslast.	Auslast.	Auslast.



Märkten		In %	In %	In %
Di / Bergedorf	708	75	78	79
Mi / Lohbrügge	590	86	80	73
Do / Bergedorf West	333	91	93	92
Fr / Bergedorf	708	86	92	89
Sa / Lohbrügge	590	91	95	92
Sa / Fleetplatz	244	46	59	51
Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]		79	83	79

4.3.2 Veterinärwesen

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Bedingt durch die notwendige Ausbildung zur Amtstierärztin war der Einsatz der neuen Kollegin (0,7 Stellenanteil) ab Januar 08 möglich. Die Arbeit der Veterinäre im Jahr 2008 war, wie schon 2007 und 2006, wesentlich geprägt durch Tätigkeiten in den Fachgebieten Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz. Weder Tierseuchen noch Hinweise über Missstände im Tierschutz sind planbar und werden daher auch in Zukunft hier im viehreichsten Bezirk Hamburgs für einen erheblichen Arbeitsaufwand sorgen.

Tierseuchenbekämpfung

Der Ausbruch der Blauzungenkrankheit in Deutschland führte schon 2006 und 2007 zu einem erheblichen Mehraufwand im Fachgebiet Tierseuchenbekämpfung. Im Jahr 2008 konnte nun aufgrund neu entwickelter Impfstoffe die Blauzungenkrankheit eingedämmt werden. Die für alle Tiere von Tierhaltern empfänglicher Arten verpflichtende Impfung wurde vom Fachbereich geplant, organisiert und deren Ausführung kontrolliert. Von der Ausgabe der Impfstoffe bis hin zu umfangreichen Informations- und Beratungs- (Überzeugungs-) tätigkeiten wurde das Arbeitsaufkommen im Jahr 2008 überwiegend geprägt. Ein neuer Serotyp der Blauzungenkrankheit sorgte 2008 für Aufsehen und neue Auswirkungen im Fachbereich Tierseuchenbekämpfung.

Andere tierseuchenrelevante Themen wie z. B. die Aviäre Influenza und auch die BHV-1 Sanierung konnten aufgrund der Prioritätensetzung nur eingeschränkt beachtet werden.

Wobei der Ausbruch der Aviäreinfluenza, wie diverse Fälle in Deutschland zeigen, nach wie vor als Gefahr anzusehen ist.

Weitere Tierseuchen (z.B. Bovine Virus Diarrhöe oder Paratuberkulose bei Rindern) sollen zukünftig durch Maßnahmen bekämpft werden, die im Rahmen des Vollzugs geplanter Gesetze durch den Amtstierarzt auszuführen bzw. von den betroffenen Tierhaltern einzufordern sind.

Alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Tierseuchenbekämpfung genießen ebenso höchste Priorität wie konkrete Vorfälle im Rahmen der Lebensmittelüberwachung.

Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher.



Wie auch in den vorangegangenen Jahren kommt es immer wieder zu Lebensmittelskandalen, wie z. B. im Fall von Dioxinbelastungen in irischem Schweinefleisch oder in Lebern von Wiederkäuern, die stets zeitnahes Handeln erforderlich machen und damit erheblichen Einfluss auf eine ursprüngliche Planung von Routinearbeiten haben

Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tieraussstellungen aber auch landwirtschaftliche Nutztierhaltungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Darüber hinaus wird Bürgerbeschwerden über Tierhaltungen nachgegangen. Im Jahr 2008 führten besonders neue gesetzliche Regelungen zum Tierschutz bei Transporten zu erheblicher Mehrarbeit. Festzuhalten ist ein nach wie vor ungebrochenes Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung. Die Aufgabenwahrnehmung ist immer wieder geprägt durch die Auffassung der zumeist fach- und rechtsunkundigen Beschwerdeführer. Sie fordern in der Regel ein für die Tiere wünschenswertes Optimum, dem eine durch das Fachamt gesetzlich einforderbare Situation gegenübersteht, die sich ggf. unterhalb dessen einordnet.

Unter Berücksichtigung vorläufiger Vereinbarungen zum überbezirklichen Benchmarking und der Berichterstattung an die EU mussten in 2008 neue Zahlen eingeführt und erhoben werden. Zukünftige Änderungen sind wegen des noch laufenden Abstimmungsprozesses zum Benchmarking nicht auszuschließen.

Ziele und Arbeitsprogramme 2009

- Erarbeitung eines Qualitätsmanagementsystems Veterinärwesen
- Aufbau einer risikoorientierten Kontrollplanung tierschutzrechtlich relevanter Betriebe

	2008
Tierseuchenrecht Anlassbezogene Bestandskontrollen	18
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste im Amt	147
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste vor Ort	29
Tierseuchenrecht - Betriebskontrollen (z. B. Viehhändler, Betriebe gem. VO 1774/2002, Zolllager)	2
Tierseuchenrecht - Erfassung Tier- und Warenbewegungen für TRACES	14
Tierschutz- /Tierseuchenrecht - Überwachungen landwirtschaftlicher Nutztierhaltungen (Rinder, Schweine, Schafe/Ziegen, Pferde, Geflügel)	29



Tierschutzrecht - Kontrollen Tiertransporte	23
Tierschutzrecht - Kontrollen erlaubnispflichtige Betriebe einschl. Tierbörsen, Zirkusse	45
Tierschutzrecht - anlassbezogene Kontrollen	88
Tierschutzrecht - Erteilung von Erlaubnissen nach § 11 Tierschutzgesetz und Genehmigungen gem. Tierschutzrechtsverordnungen	23
Ahndung von Verstößen - Anzahl Bußgeldbescheide, Verwarnungen	45
Ahndung von Verstößen - eingestellte Verfahren	0
Anzahl von Berichten, Stellungnahmen, Gutachten,	83
schriftliche Abmahnungen, schriftliche Anordnungen	15

4.3.3 Technischer Umweltschutz

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Im Hinblick darauf liegen die Schwerpunkte der Tätigkeiten dieser Abteilung in den Bereichen

- Überwachung der Badegewässer, technischer Bäder und des Trinkwassers insbesondere bei Eigenversorgungsanlagen und Hausinstallationen mit einer Abgabe an die Öffentlichkeit, Schutz des Bodens vor schädlichen Einflüssen,
- Schutz der Bevölkerung vor Licht- und Lärmbelastigungen sowie Luftverunreinigungen (Immissionsschutz),
- Erhaltung des Wohnungsbestandes in einem gesundheitlich einwandfreien und bewohnbaren Zustand sowie Sicherstellung der Funktionsfähigkeit haustechnischer Anlagen
- Beratung vorwiegend privater Haushalte, aber auch Schulen, Kindergärten Vereine usw. zu Themen des Umweltschutzes wie Ressourceneinsparung, umweltverträgliches Bauen und Renovieren, nachhaltiger Konsum und vieles mehr

Die Anzahl der Überwachungsvorgänge ging in 2008 im Wesentlichen durch 2 sich überlagernde Ursachen zurück. Zum einen trat Anfang des Jahres die neue BadegewässerVO in Kraft. Sie enthält deutlich weniger und zudem weniger kritische Parameter, die im Verlaufe der Überwachung und Analysen zu kontrollieren sind. In der Folge treten weniger Überschreitungen der Richt- und Grenzwerte auf, womit letztlich weniger Nachkontrollen durchzuführen sind. Zum anderen macht sich die generelle Sperrung des Eichbaumsees über die gesamte Saison bemerkbar; dieses Gewässer mit seiner vergleichsweise schlechten Wasserqualität stellte einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt bei der Badegewässerkontrolle dar, der in 2008 entfallen ist. Eine endgültige Entscheidung über den Fortgang der Sanierung



wurde in 2008 noch nicht getroffen. Ein Vergleich der Analysenergebnisse auf Grundlage der bezirklichen Gewässerüberwachung kann nicht erfolgen, weil sich durch das Inkrafttreten der neuen BadegewässerVO die Parameter gegenüber 2007 grundlegend verändert haben.

Ende 2007 wurde das Zentrum für Wirtschaft, Bauen und Umwelt und das Fachamt Verbraucherschutz Gewerbe und Umwelt (VS) in einem Gebäude untergebracht. Nach dem ersten Jahr dieser räumlichen Zusammenlegung kann festgestellt werden, dass die Einbindung Abteilung für Technischen Umweltschutz in das Baugenehmigungsverfahren häufiger, intensiver und durch die kurzen Wege auch zeitlich effizienter erfolgt ist und daher als Erfolg zu bezeichnen ist. Insbesondere im Hinblick auf die Berücksichtigung immissions- und bodenschutzrechtlicher Belange bedeutet diese letztlich auch einen Zugewinn an Rechtssicherheit für das Baugenehmigungsverfahren und damit auch für den Bauherrn.

Die Vorgangszahlen der Wohnungspflege und der Haustechnik haben sich gegenüber dem Anstieg 2007 stabilisiert. Es ist aber festzuhalten, dass die Wohnungsvermüllungen bei den Fällen der Wohnungspflege deutlich zugenommen haben. Entfielen in 2007 33 der 122 Wohnungspflege-Vorgänge auf Vermüllungen, waren 2008 45 von 123. Durch das schnelle Eingreifen der Abteilung Technischer Umweltschutz auf Grundlage des Wohnungspflegegesetzes konnten in den allermeisten Fällen relativ schnell geordnete Verhältnisse geschaffen werden.

Für die Umweltberatungsstelle zeigte sich bereits beim Umzug von der Alten Holstenstraße in das Dienstgebäude am Bult ein erheblicher Rückgang der persönlichen Besuche; wie zu erwarten, führte der Umzug Ende 2007 in das Dienstgebäude in der Wentorfer Straße zu einem weiteren Rückgang. Durch eine weitere Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit wurde erfolgreich versucht, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Der Rückgang der Beratungszahlen konnten zwar nicht ganz kompensiert werden, die persönlichen Gespräche wurden nun jedoch nahezu vollständig im Rahmen der Teilnahme an Veranstaltungen geführt (Bergedorfer Bautage, Autofreier Sonntag, Ausstellung im Rahmen der Schimmelpilztagung an der Uni und Nachhaltigkeitsmesse Rio+16). Darüber hinaus wurden Umwelttips an die Presse geleitet, im Rahmen der Vorbereitung aktueller Ausstellungen neue Ausstellungstafeln erarbeitet sowie Broschüren gefertigt und überarbeitet.

Beispielhaft sei in diesem Zusammenhang auf die Ausstellungsreihe „Gesundes Wohnen – Gewusst wie“ hingewiesen, die mit dem Modul Anstrichstoffe auf den Bergedorfer Bautagen präsentiert wurde. Einen guten Erfolg konnte auch die unter maßgeblicher Beteiligung der Bergedorfer Umweltberatungsstelle entwickelte Broschüre „Gutes Wohnklima, Feuchtigkeit-Lüften-Dämmen“ verzeichnen, die zwischenzeitlich auch der Hamburger Mieterverein in seiner Mitgliederzeitung (Ausgabe 3/2008) sowie die bundesweite Aktion „CO2-online“ im Internet veröffentlicht haben.

	2006	2007	2008
Anzahl der Überwachungsvorgänge	451	545	255
Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BimSchG	6	2	3
Anzahl der Beratungen	717	796	625
Anzahl der Beratungen pro 1.000 Einwohner	6,1	6,8	5,3
Anzahl der Veröffentlichungen (Presseartikel, Faltblätter und Broschüren)	6	4	9
Anzahl der Informationsveranstaltungen	5	4	4
Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern	135	187	159



Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung	5	6	5
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben	16	36	29
Vorgänge Haustechnik	149	247	207
Vorgänge Wohnungspflege	88	122	123

4.4 Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt

Leitung: Kathrin Sprick, Tel. 42891-4300

	2006*	2007	2008
Beschäftigungsvolumen	24,67	35,14	35,30

* ehemals Genehmigungsabteilung

Aufgaben und Entwicklung 2008

Das Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ) ist zentraler Ansprechpartner für alle staatlichen Dienstleistungen rund um die Themen Wirtschaft, Bauen und Umwelt. Es bietet umfassende Serviceleistungen aus einer Hand für alle Kunden, insbesondere Gewerbetreibende, Bauwillige und Architekten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten im Vorfeld der Antragstellung und bearbeiten alle Antrags- und Genehmigungsverfahren aus den verschiedenen Fachbereichen unter einem Dach. Die Kundenanliegen werden zentral im Eingangsbereich aufgenommen, je nach Anliegen sofort abschließend bearbeitet oder zuverlässig an die Fachexperten weitervermittelt.

Im ersten Jahr des Arbeitens in der neuen Organisationsstruktur lag neben dem regulären Tagesgeschäft ein Themenschwerpunkt darin, die neuen Arbeitsabläufe anhand der praktischen Erfahrungen in der täglichen Arbeit fortlaufend zu überprüfen und weiter zu optimieren. Im Mittelpunkt standen dabei einerseits eher „technische“ Verbesserungen aber auch die Unterstützung des Prozesses des Zusammenwachsens der verschiedenen Fachbereiche und die Förderung von fachübergreifenden Arbeitsweisen. Zielsetzung aller Aktivitäten ist es, die Kundenfreundlichkeit und die Servicequalität des WBZ weiter zu erhöhen und gleichbleibend gute Qualitätsstandards zu erfüllen.

Ein besonderes Merkmal des WBZ in Bergedorf ist zudem die enge Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer. Nicht nur, dass die Handwerkskammer seit gut einem Jahr im selben Gebäude sitzt, so eine wechselseitige und kundenorientierte Beratung erfolgt und Abstimmungsprozesse daher deutlich beschleunigt werden. Auch außerhalb des Bezirksamts kooperieren Bezirksamt und Handwerkskammer in besonderer Weise: Neben Ausbildungsinitiative und Lehrstellenatlas ist insbesondere die gemeinsame Präsenz auf den Bergedorfer Bautagen zu nennen. 2008 richtete das Bezirksamt direkt neben dem Stand der Handwerkskammer eine temporäre Außenstelle auf der Messe ein. Dieses Angebot wurde sehr gut angenommen. Erstmals konnten Häuslebauer und Handwerker dank eines eingerichteten Online-Zugriffs auf die Bezirksamts-Datenbank unmittelbar die baurechtliche Machbarkeit ihres Vorhabens klären. Ein in Hamburg einmaliges Service-Angebot.



4.4.1 Wirtschaftsförderung

Aufgaben und Entwicklungen im Jahr 2008

Das Wirtschaftsförderungsteam des Bezirksamtes Bergedorf entwickelte auch im Jahr 2008 zahlreiche Aktivitäten.

Klassische Wirtschaftsförderung

Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung sind geprägt durch ein sehr weites Spektrum, da sie die Förderung einer Vielzahl von Branchen umfassen (z.B. Einzelhandel, Tourismus, Maschinenbau, Life Science, Gartenbau etc.) und sich sowohl auf Bestandspflege, Existenzgründungsberatung und Unternehmensakquisition beziehen. Die Tätigkeit ist zudem gekennzeichnet durch Repräsentation und intensiven Kundenkontakt mit den ansässigen Unternehmen, Unternehmensvertretungen, Behörden, Wirtschaftsförderungsinstitutionen, Presse etc. Moderationen und Verhandlungen u. a. im Rahmen regionaler Kooperationen oder die Organisation von Veranstaltungen sind ebenfalls fester Bestandteil des Aufgabenspektrums.

Im Jahr 2008 waren die 2. Bergedorfer Bewerbermesse, der 2. Life Science Tag in Bergedorf und die Life Science Börse herausragende Projekte. Ziel der Bewerbermesse, die von der Wirtschaftsförderung federführend organisiert wurde, war es, Arbeitssuchende mit angesehenen Betrieben aus der Region Bergedorf direkt in Verbindung zu bringen. Den Unternehmen wurde mithin die Möglichkeit gegeben, qualifiziertes und motiviertes Personal aus der Region unmittelbar und ohne großen bürokratischen Aufwand zu gewinnen.

Der Life Science Tag und die Life Science Börse wurden jeweils in Kooperation mit der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) und dem Verein Wirtschaft und Stadtmarketing Bergedorf e. V. (WSB) organisiert. Der Life Science Tag diente dazu, die Verbindungen zwischen den verschiedenen Unternehmen im Bereich Life Science zu intensivieren. Die Life Science Börse fokussierte dagegen im Wesentlichen darauf, Schülern ein attraktives Studienangebot in dieser Branche in Bergedorf nahe zu bringen und Studenten mit Bergedorfer Unternehmen in Kontakt zu bringen.

Stadtmarketing

2008 wurde im Rahmen der Wirtschaftsförderung ein besonderer Schwerpunkt auf das Tätigkeitsfeld Stadtmarketing gelegt, um so auf den gestiegenen Wettbewerb der Regionen um Einwohner, Unternehmen, Kunden und Besucher zu reagieren. Zur strategischen Weiterentwicklung des Bergedorfer Stadtmarketingprozesses wurde in der ersten Jahreshälfte zunächst ein Marketing-Plan zur nachhaltigen Etablierung und Profilierung der „Marke Bergedorf“ erarbeitet. Grundlage hierfür war ein breiter Diskussionsprozess, welcher auf mehreren Wegen geführt wurde. Zahlreiche Einzelgespräche, die Ergebnisse eines eintägigen Workshops und eine Umfrage der Universität Hamburg flossen genauso in das Konzept ein wie die Diskussionen in der Lenkungsgruppe Stadtmarketing und der Veranstaltungsreihe „Werkstatt Marke Bergedorf“. Der vorliegende Marketing-Plan beschreibt das Profil der Marke Bergedorf, definiert Zielgruppen und beschreibt Aktionsfelder (Tourismus-, Kultur-, Familien-, City, Standort-, Landwirtschafts- und Gartenbaumarketing). Als Kern der Marke Bergedorf wurde folgende Aussage festgelegt:

Bergedorf ist die schöne Stadt im Garten Hamburgs; die Stadt mit kurzen Wegen in der sich besonders Kinder und Familien wohlfühlen.

Um die Marke Bergedorf gezielt mit markendientlichen Assoziationen aufladen zu können, wurde zudem ein verbindliches Kommunikationsmuster definiert, welches im Detail regelt, wie die Marke Bergedorf eingesetzt werden soll.

Auf Basis des Marketing-Plans wurden dann in der zweiten Jahreshälfte 2009 zahlreiche Aktivitäten unternommen. Hierzu zählten:



Werbung außerhalb der Bezirksgrenzen

Um zusätzliche Touristen und damit Kaufkraft in den Bezirk zu locken und zugleich die Marke Bergedorf durch markendienliche Assoziationen gezielt zu stärken, hat die Wirtschaftsförderung 2008 markendienliche Events außerhalb des Bezirks beworben bzw. solche sogar außerhalb des Bezirks veranstaltet.

Der *autofreie Sonntag* am 20.07. und der damit verbundene kostenlose ÖPNV wurde genutzt, um die touristischen Ausflugsziele im Bezirk Nicht-Bergedorfern näher zu bringen und so (klimafreundliche) Naherholung im Bezirk unter dem Titel „Bergedorfer Entdeckertouren“ zu bewerben. Telefonisch konnten kostenlose Schnupperfahrten per Kutsche, Oldtimerbus oder Ausflugsbarkasse sowie Stadtrundgänge bzw. eine geführte Fahrradtour gebucht werden. Am Bergedorfer Markt wurde zudem über Ausflugsziele im Bezirk und die Klimakosten von Fernreisen informiert. Das begrenzte Kontingent an kostenlosen Tickets für die Touren wurde zu mehr als 50% an Nicht-Bergedorfer verteilt, so dass viele Besucher zum ersten Mal die touristischen Möglichkeiten im Bezirk kennen lernten. Die Bewerbung erfolgte über Interneteinträge, Pressearbeit (Wochenblätter, Veranstaltungskalender, Radiobeitrag NDR 90,3) sowie über Plakate (u. a. in Bussen der VHH) und einen gemeinsamen Flyer mit dem Bezirksamt Eimsbüttel, welcher u. a. vom Promotion-Team des HVV hamburgweit verteilt wurde.

Der *Vierländer Michelmarkt* präsentierte am 14.09. die ländliche Seite des Bezirks auf dem Vorplatz des Hamburger Michels. Da diese Veranstaltung in besonderer Weise auf den Markenkern „der Garten Hamburgs“ einzahlte, wurde sie nicht nur organisatorisch, sondern auch werblich vom Bezirksamt unterstützt. 600 Plakate in ganz Hamburg, ein großes Banner im Bergedorf-Design am Hamburger Michel, 30.000 Flyer (u. a. distribuiert über die Wochenmarktbeschicker des Bezirks) sowie eine aktive Unterstützung in der Pressearbeit (u. a. Veranstaltungstipp in der TV-Sendung NDR-Nordtour) trugen zum Erfolg der Veranstaltung bei.

Um in der besonders umsatzstarken Weihnachtszeit trotz der ZOB-Bausstelle zusätzliche Besucher ins weihnachtliche Bergedorf zu locken, wurde vom Stadtmarketing eine Kampagne „weihnachtliches Bergedorf“ initiiert, an welcher sich der Veranstalter des neuen Weihnachtsmarktes rund ums Schloss und der Landesverband des Ambulanten Gewerbes und der Schausteller (LAGS) finanziell beteiligten. Die Kampagne bestand aus 600 Plakaten (davon 50 in Bergedorf), 30.000 Flyern, sowie ergänzender Pressearbeit (Pressemitteilung, Einbindung in www.hamburg.de und www.bergedorf.de, inhaltliche Unterstützung der Presse- und Werbearbeit des Weihnachtsmarktbetreibers).

Ein besonderes Highlight war 2008 die Teilnahme Bergedorfs als einzige eigenständige Region (abgesehen von den 16 Bundesländern) auf den *Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit* vom 3. – 5. Oktober. Der 50 qm große Stand Bergedorfs war während der gesamten 36 Stunden mindestens mit fünf Personen besetzt. Inhaltlich wurden Informationen zu den Kultureinrichtungen und den touristischen Ausflugszielen des Bezirks präsentiert.

Werbung außerhalb der Bezirksgrenzen: Zusammenfassende Tabelle

	Werbung in Hamburg		Veranstaltung in Hamburg	
	Entdecker-touren / autofreier Sonntag	Kampagne „Weihnachtliches Bergedorf“	Kampagne „Vierländer Michelmarkt“	Messestand: Tag der Einheit
Flyer	15.000	30.000	30.000	Werbung durch HMG*
Plakate	336	600	600	Werbung durch HMG*
Besucher	800	Nur Kampagne**	8.000	Bis zu 550.000

* Die Hamburg Marketing GmbH (HMG) hat die Werbung für die gesamte Veranstaltung zu den Feierlichkeiten zum Tag der Einheit verantwortet

** Der Weihnachtsmarkt selbst wurde 2008 nicht vom Bezirksamt verantwortet



Markenaufbau

Neben den oben genannten Werbeveranstaltungen wurde der Aufbau der Marke Bergedorf auch strukturell vorangetrieben. So wurde nach dem Vorbild der „Marke Hamburg“ ein Mediaserver unter www.bergedorf.de eingerichtet, auf welchem das Kommunikationsmuster (Logo, Welle, etc.), zahlreiche Vorlagen und ein detaillierter Zeitplan zu den Stadtmarketing-Aktivitäten zum Download bereit steht (z. T. passwortgeschützt, um Missbrauch vorzubeugen). Darüber hinaus wurde an zahlreichen Stellen „Lobbyarbeit“ für den aktiven Einsatz des Kommunikationsmusters betrieben. Das Stadtmarketing begrüßt es ausdrücklich, dass Einrichtungen wie Bergedorf-TV und die TSG Bergedorf das Bergedorf-Design aktiv einsetzen, die VHH (bzw. die vermarktende Agentur) Buswerbung im Bergedorf-Design anbietet, in der Bergedorf-Information Briefumschläge im Bergedorf-Design zu kaufen sind und im Adventskalender des Weihnachtsmarktes rund ums Schloss (Auflage: 100.000 Stück) diejenigen Seiten im Bergedorf-Design gehalten wurden, welche Weihnachtsaktivitäten in zentralen Bergedorfer Einrichtungen darstellten (z. B. in der Kirche St. Petri und Pauli oder in der Sternwarte). Ferner wurde 2008 zudem ein Projekt der Buhck-Stiftung seitens des Stadtmarketings begleitet, welches darin resultierte, dass dem Stadtmarketing nun die Rechte an einer Vielzahl von speziell hierzu aufgenommenen Bergedorf-Fotos zur Verfügung stehen, welche konsequent eingesetzt werden und durch den so entstehenden Wiedererkennungswert den Markenaufbau unterstützen. Diese Bilder können kostenfrei beim Stadtmarketing bezogen werden.

Messestand zu Kulturpunkten

Gemeinsam mit den Kultureinrichtungen wurden in den letzten Jahren 14 Kultureinrichtungen (sog. Kulturpunkte) ausgewählt, die wechselseitig aufeinander hinweisen und zwar anhand einer einheitlichen Beschilderung. Damit wurde eine gemeinsame Plattform geschaffen, so dass eine (kultur-) touristische Vermarktung der Bergedorfer Kultureinrichtungen möglich wurde. Zu diesem Werbezweck wurde ein gemeinsamer Messestand entwickelt, welcher die Kultureinrichtungen vorstellt. Sämtliche Informationen können von potentiellen Touristen in Form eines Flyers mitgenommen werden. Dieser Messestand wurde bisher auf insgesamt 5 Veranstaltungen in Hamburg (Tag der deutschen Einheit, Vierländer Michelmarkt) und in Bergedorf (u. a. Semesterbeginn in der HAW) eingesetzt. Bisher wurden ca. 10.000 Flyer zu den einzelnen Kultureinrichtungen verteilt.

Strategisches Projekt: Sternwarte

Ein bedeutendes Projekt für das Stadtmarketing in Bergedorf ist die Positionierung der Sternwarte als norddeutsches Ausflugsziel. Um das touristische Potenzial der Sternwarte mittelfristig zu heben, hat das Bezirksamt eine Vielzahl von Aktivitäten entfaltet. Hierzu gehörten:

- Federführende Organisation des jährlichen Netzwerktreffens „Treffpunkt Tourismus“ des Tourismusverband Hamburg e. V. auf der Sternwarte (ca. 250 Multiplikatoren aus der hamburger Tourismusbranche lernten die Sternwarte und weitere touristische Betriebe Bergedorfs kennen)
- Entwicklung eines Nutzungskonzepts zur Einrichtung eines musealen Angebotes an den Wochenenden (gemeinsam mit der Stiftung historischer Museen Hamburg)
- Aktive Teilnahme am Planungsprozess zur Einrichtung eines Besucherzentrums auf der Sternwarte
- Intensive, organisatorische Unterstützung der internationalen ICOMOS-Konferenz, welche einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Anmeldung der Sternwarte als Weltkulturerbe darstellt
- Regelmäßige Teilnahme am runden Tisch Sternwarte



Sonstiges

Darüber hinaus ist das Stadtmarketing mit einer Vielzahl weiterer Aufgaben betraut. Hierzu gehörten 2008:

- Unterstützung der 1. Bergedorfer Jugendkonferenz durch Abstimmung und Produktion von 300 Plakaten, 2500 Flyern, eines Internetauftritts sowie unterstützender Pressearbeit
- Unterstützung von Veranstaltungen (Hansatour Sonnenschein, Benefizveranstaltung für das Kulturblatt)
- Vorträge zum Thema Marke Bergedorf (u. a. Jahrestagung des Gartenbauverbands, Werkstatt Marke Bergedorf)
- Begleitung des Anmeldeprozesses „BID-Sachsentor II“
- Bezirksamtsinterne Dienstleistungen (u. a. Werbebroschüre „Am Schleusengraben“, Unterstützung des Projekts „Bezirksamt auf den Bautagen“, Flyer „Mütterberatung“, Entwurf Ausschreibung für Hochseilgarten, Unterstützung der Projekte „Wochenmarkt der Zukunft“, IGS 2013“ und „Architekturdialog“)
- Unterstützende Pressearbeit (z. B. Bergedorfer Bautage, Erdbeerfest, Wirtschaftssenioren, Architekturpreis, Aufbau Presseverteiler, Einbettung Bergedorfer Ausflugsziele bei www.umlandscout.de)
- Einbindung der Hochschule für angewandte Wissenschaften in den Stadtmarketing-Prozess (u. a. Informationsstand während der Semestereröffnung und der Life Science Börse inkl. Wohnungsangeboten, Multimediapräsentation in der Eingangshalle, Einbindung von Veranstaltungstipps zu Beginn der Vorlesungen)
- Unterstützung der Stadtmeisterei mit dem Ziel einer Ausweitung des Angebots für Touristen in der Bergedorf-Information
- Leitung der 3-monatigen Redakteurskonferenz von www.bergedorf.de und Umsetzung einer Vielzahl redaktioneller Einträge und Aktualisierungen
- Teilnahme an diversen Netzwerktreffen (z. B. Bergedorfer Dienstleistungsnetzwerk, Juniorenkreis des WSB, Jahreshauptversammlung des WSB)
- Mitglied der Lenkungsgruppe Stadtmarketing
Kontakte zum Hamburger Stadtmarketing (Hamburg Marketing und Hamburg Tourismus GmbH)

Vermarktung

Der Bezirk Bergedorf bietet eines der größten Angebote an städtischen Industrie- und Gewerbeflächen in Hamburg.

Die folgende Aufstellung stellt die sofort verfügbaren städtischen Gewerbeflächen in Bergedorf zum Stichtag Januar 2009 dar:

Gewerbegebiet	Bestand	disponiert	Verfügbar *
Dusiplatz	2.231	0	2.231
Curslacke Neuer Deich	94.312	4.116	90.196
Lehfeld	12.358	6.975	5.383
Havighorster Weg	8.211	2.107	6.104
Billwerder-Allermöhe	265.188	148.096	56.889
Walter-Rudolphi-Weg	34.000	0	34.000
Gerhard-Falk-Straße	3.612	0	3.612



Helmut-Nack-Straße	18.308	1.050	3.621
Brookkehre	24.494	806	16.062
Mette-Harden-Straße	23.059	1.600	17.841
Amandus-Stubbe-Straße	51.098	20.422	18.106

*Unstimmigkeiten in den Zahlen lassen sich auf teilweise langfristige Vermietungen von Gewerbegrundstücken zurückführen.

Im vergangenen Jahr sind für 15 Unternehmen Flächen in der Größenordnung von 400 m² bis 25.000 m², überwiegend für die Erweiterung von Logistikstandorten, aber auch zur Ansiedlung neuer sowie zur Erweiterung bereits vorhandener Betriebsstätten mittlerer und kleinerer Betriebe, disponiert worden.

Größere Erweiterungsflächen wurden z.B. für die Fa. Louis (10.600 m²), Budni (25.000 m² + Option für 21.000 m²) und Dachser (13.000 m²) disponiert.

Für die Fa. TIP Services GmbH wurde einem 10 jährigen Mietvertrag für eine ca. 12.000 m² große Fläche im GE-Gebiet Billwerder Allermöhe zugestimmt.

Im Bereich der Logistik werden weitere Bedarfe zu erwarten sein. Sie auch in 2009 und folgenden Jahren bedienen zu können, erfordert die Ausweisung weiterer Flächen ab 5 ha aufwärts.

Ziele für 2009

- Umsetzung des Konzeptes Marke Bergedorf durch einen Marketingplan
- Erarbeitung eines Wirtschaftsstrukturkonzeptes
- Fortentwicklung des Internetauftrittes „Bergedorf.de“
- Hamburger Sternwarte: Begleitung von Konzeptentwicklung, Bau und Inbetriebnahme eines Besucherzentrums; Begleitung der Programme sowie der Anmeldung zum Weltkulturerbe

4.4.2 Bauprüfung

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Die Aufgaben der Bauaufsicht bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Sicherstellung der geordneten baulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der Interessen wachsender Unternehmen und expandierenden Wohnungsbaus
- Projektförderung im Rahmen des Verfahrensmanagement
- Entwicklung von Gestaltungsmaßstäben und beratende Umsetzung auf Bauvorhaben
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung von unzumutbaren Belästigungen

Landgebiet

Die Zahl der Vorbescheide, um unklare planungsrechtliche Fragen zu klären, bleibt mit 92 (Vorjahr 93 Vorbescheide) weiterhin sehr hoch. Der Wohnungsbaudruck spiegelt die Strukturänderungen im Gartenbau wider. 2008 wurden 35 Wohnungen genehmigt.

Als herausragende Bauvorhaben sind die Biogasanlage am Vorderdeich, die Micro-Algenanlage am Allermöher Deich und das Hotel am Zollenspieker Fährhaus anzusehen.



Gewerbe

Die Bautätigkeit auf den schon bebauten Gewerbegrundstücken nimmt nicht ab. Es werden durch Erweiterungen, Umbauten und Aufstockungen Anpassungen an veränderte Betriebsnotwendigkeiten vorgenommen.

Wohnen

Neben den Anträgen auf Neubau von Ein- und Zweifamilienhäuser und Wohnraumerweiterungen (Neubaugebiet Boberg) kann auf die 116 barrierefreien Wohnungen an der Bergedorfer Straße (neben BMW), die 59 Reihenhäuser am Westrand Allermöhe, die 155 Wohnungen am Güterbahnhof hingewiesen werden. Besonders zu erwähnen ist auch die Vielzahl der Anträge, die Kindertagesstättenenerweiterungen und Neubauten zum Inhalt haben.

Innenstadt

Auch dieses Jahr war wieder geprägt durch Anträge, die die Bergedorfer Mitte zum Inhalt hatten. So wurden Anträge zur inneren Nutzung des Fachmarktes, zur Neugestaltung des CCB einschließlich des Abrisses des Parkhauses und zur CCB Erweiterung genehmigt. Im Sachsentor wurde weiterhin dafür gesorgt, dass Werbeanlagen und Ladenumbauten den gestalterischen Anforderungen der Sachsentorverordnung gerecht werden. Eine Vielzahl von gestalterischen Beratungen haben dazu geführt, dass Wohnbauvorhaben sowohl im Villenviertel sowie auch im restlichen Bereich ein ansprechendes Äußeres erhalten werden.

Ziele und Arbeitsprogramme für 2009

- Einführung des digitalen Bauantrages
- Die Überprüfung der ungenehmigten Kleingartenlauben am Zollenspieker Gleisdreieck.

		2006	2007	2008
Wohnbauvorhaben		515	291	378
Anzahl genehmigter Wohnungen		310	222	492
Gewerbliche Bauvorhaben		185	259	216
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		2.537	1135*	1181*
Anzahl der Owi-Verfahren		3	1	1
Einnahmen in €	Soll	2.247.266	612.867	722.090,73
	Ist	2.625.020	1.077.162	542.054,98

*Summe aller bauaufsichtlichen Verfahren abzüglich Wohn- und gewerbliche Bauvorhaben

4.4.3 Kundenservice und Verwaltung

Aufgaben und Entwicklung in 2008

Kundenservice

Die nunmehr einjährige Praxiserfahrung mit der neuen Organisationsstruktur hat gezeigt, dass die angebotenen Leistungen im Kundenservice schnell, effektiv und kundenfreundlich erbracht werden.

Trotz der Vielschichtigkeit der in Bergedorf angebotenen Dienstleistungen hat sich die praktizierte Allzuständigkeit gut bewährt. Alle Mitarbeiterinnen können sich gegenseitig vertreten und alle Anliegen der Kunden gleichermaßen fachkundig und kompetent bearbeiten. Die durchschnittliche Wartezeit in der Eingangszone beträgt nicht mehr als 3,15 Minuten. Die eingesetzten Mitarbeiterinnen haben sich diesen kundenintensiven Bereich bewusst ausgesucht und setzen sich damit selbst hohe Ansprüche an den Kundenservice. Sie bilden ein Team und



identifizieren sich mit Ihrer Aufgabe. Dadurch ist ein gleichbleibend hoher Servicestandard gewährleistet.

Das machen nicht zuletzt die vielen positiven Rückmeldungen der Kunden deutlich.

Erste Anlaufstelle eines jeden Besuchers des WBZ ist der Infotresen. Hier erhält der Kunde erste allgemeine Auskünfte zu allen Leistungen des WBZ sowie zu Leistungen der Fachämter Verbraucherschutz und Stadt- und Landschaftsplanung.

Das Terminmanagement für die Fachbereiche des WBZ und die Kundensteuerung erfolgen ebenfalls am Infotresen.

Im hinteren Bereich des Kundenservice werden folgende Leistungen abschließend bearbeitet:

- Sondernutzungserlaubnisse für öffentliche Wege, Grün- und Erholungsanlagen
- Aufgrabebescheine
- Gewerbean-/ um- und –abmeldungen
- Auskünfte aus dem Gewerbeverzeichnis
- An- und Abmeldungen zum Hunderegister
- Fischereianglegenheiten
- Akteneinsichten
- Aktenausleihe
- Annahme von Trichinproben
- Annahme von Beschwerdeproben

Diese Leistungen werden von 4,5 Sachbearbeiterinnen bearbeitet. Seit September 2008 kann für 2 Tage eine feste Tresenkraft eingesetzt werden, die ausschließlich für die Kundensteuerung, allgemeine Auskünfte, das Terminmanagement und den Telefondienst zu ständig ist. An den übrigen 3 Tagen wird der Infotresen in die Allzuständigkeit einbezogen und von den Sachbearbeiterinnen im täglichen Wechsel besetzt.

Bergedorf hat als Pilotdienststelle die Aufgabe, die neuen Arbeitsabläufe zu beobachten, zu bewerten und ggf. zu verändern. Die Erfahrungen sind zu dokumentieren. Verbesserungsvorschläge sind zu erarbeiten.

Bereits die ersten Monate haben gezeigt, dass einige theoretisch erarbeitete Ansätze überarbeitet und an die praktischen Erfordernisse angepasst werden mussten.

So wurde z.B. die Friedhofsverwaltung aus dem Kundenservice in den Verwaltungsbereich verlegt, da sich die Allzuständigkeit für Friedhofsangelegenheiten nicht bewährt hat. Die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren im Zusammenhang mit Sondernutzungen wurde aus dem WBZ in das Fachamt Management des öffentlichen Raumes verlegt und dort an einer Stelle zusammengefasst.

Da das Leistungsangebot seit dem 01.12.2007 aus den verschiedensten Dienststellen des ehemaligen Genehmigungsabteilung, der Stadt- und Landschaftsplanung, des Management des öffentlichen Raumes und des Verbraucherschutzamtes im Kundenservice gebündelt wurde, und damit ein „Neustart“ erfolgte, werden die folgenden Zahlen in diesem Tätigkeitsbericht für den Bereich Kundenservice erstmals für 2008 dargestellt.



Kundenservice	2008
Anzahl der persönlichen Vorsprachen gesamt	11.958
Anzahl der abschließend bearbeiteten Fälle	6.672
davon	
Gewerbeangelegenheiten (ohne Auskünfte)	2.475
Aktenausleihung	56
Akteneinsichten	318
Sondernutzungen, Wege	1.081
Sondernutzungen, Grünanlagen	72
Aufgrabebescheine	1.641
Hundeanmeldungen	113
Fischereiangelegenheiten	916
Terminvergaben für die Fachdienststellen	1.814
Telefonkunden ohne Bauprüfangelegenheiten	18.329

Das durchschnittliche tägliche Kundenaufkommen während der Öffnungszeiten beträgt ca. 68 Kunden.

Verwaltung

Der Abschnitt Verwaltung kümmert sich um sämtliche internen Aufgaben. Dazu gehören das Geschäftszimmer für das gesamte WBZ, die gesamte Gebührensachbearbeitung, sowie verschiedene Fachaufgaben, wie z.B. die Friedhofsverwaltung, Schornsteinfegerangelegenheiten, Überprüfen von Tankanlagen, oder Insolvenzverfahren.

In 2008 wurden zwei Kehrbezirksüberprüfungen in den Kehrbezirken 608 und 609 und eine Nachprüfung in dem Kehrbezirk 604 durchgeführt. Grund für die Überprüfungen in den Kehrbezirken 608 und 609 waren „Vorwürfe von Pflichtverstößen“, der die Aufsichtsbehörde nachgehen musste. In beiden Fällen hat die Überprüfung ergeben, dass die Kehrbezirke ordnungsgemäß geführt werden. Die Nachprüfung im Kehrbezirk 604 wurde notwendig, da in einer Vorprüfung kleinere Mängel festgestellt, die in der Nachprüfung aber alle als beseitigt angesehen werden konnten. Im Jahre 2009 soll der Kehrbezirk 603 von der Aufsichtsbehörde überprüft werden. Dies geschieht im Rahmen der ordnungsgemäßen Überwachung der Kehrbezirke durch die Verwaltungsbehörde als Aufsichtsorgan.

Die Friedhofsverwaltung ist vom Fachamt Management des Öffentlichen Raumes seit Ende 2007 auf das WBZ übergegangen:

Friedhof	2006	2007	2008
Bestattungen (Erdbestattungen)	287	280	264
(Urnenbestattungen)	403	428	436



4.4.4 Umwelt

Mit der Neustrukturierung wurden gute Erfahrungen gemacht. Alle hoheitlichen naturschutzrechtlichen Aufgaben und die wasserbehördlichen Aufgaben sind seither in Bergedorf im neuen WBZ in der Abteilung WBZ4 gebündelt.

Naturschutz

Der Bereich WBZ41 bearbeitet alle naturschutzrechtlichen Tatbestände im Rahmen der Hamburgischen Baumschutzverordnung (Gehölzschutz) und der geltenden Landschaftsschutzverordnungen, setzt Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des § 9 HmbNatSchG (Eingriffsregelung) fest und kontrolliert stichprobenartig die Ausführung von Ersatzpflanzungen, Ausgleichsmaßnahmen und Festsetzungen in Bebauungsplänen.

Mit der Verschärfung des Bundesartenschutzgesetzes im Dezember 2007 ergab sich in diesem Jahr insbesondere bei Fällgenehmigungen von Gehölzen innerhalb der Schutzfrist (15. März bis 30. September) im Rahmen von Bauvorhaben ein größerer Arbeits- und Zeitaufwand. Die Prüfung, ob durch die Entnahme von Gehölzen besonders geschützte Vogelarten beeinträchtigt oder deren Nist- und Bruthöhlen zerstört werden, erfordert zusätzliche Nachweise des Bauherrn im Genehmigungsverfahren und begründet eine längere Bearbeitungszeit.

Das Jahr 2008 war auch geprägt von der bundesweiten Biodiversitätenkampagne, die aufgrund der in Bonn stattfindenden 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt (UN Convention on Biological Diversity - kurz: CBD) ins Leben gerufen wurde. Die Vertragsstaatenkonferenz sollte von einer breit angelegten Öffentlichkeitskampagne des Bundes und der Länder begleitet werden. Vor diesem Hintergrund hatte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Bezirksämter gebeten, diese Kampagne durch Aktivitäten rund um ein zu wählendes Patentier zu unterstützen. Bergedorf mit seinen prägenden Wasserläufen Bille, Dove – und Gose-Elbe sowie der zahlreichen Bracks und Seen hat als Patentier den Eisvogel gekürt. Zur Förderung dieses Vogels sollen neben einer „eisvogelverträglichen“ Gewässerpflege auch Nisthilfen geschaffen werden. Der Bezirk hat sich vorgenommen, eine Nisthilfe pro Jahr zu errichten. Hierzu wurden im Vorwege Kartierungen potentieller Standorte vorgenommen. Die erste Nisthilfe wurde im September 2008 am Neuengammer Durchstich, südlich des Reitbrooker Sammelgrabens errichtet. WBZ41 ist Ansprechpartner für das Patentier und Koordinator von Aktionen. Die Nisthilfe wurde durch Mitarbeiter von MR 5 errichtet.

Das Bezirksamt Bergedorf ist auch für die Naturschutzgebiete Kiebitzbrack (35 ha), Zollenspieker (80 ha), Die Reit (48 ha), Boberger Niederung (350 ha) und Kirchwerder Wiesen (860 ha) zuständig. Insbesondere das NSG Boberg bindet einiges an Arbeitskraft, da es aufgrund der großen Nähe zu den verdichteten Wohngebieten Mümmelmannsberg, Boberger Dorfanger und Lohbrügge auch als Naherholungsgebiet genutzt wird und damit Konflikte zwischen Freizeitnutzung und Naturschutz programmiert sind. WBZ 41 bearbeitet die hoheitlichen naturschutzrechtlichen Fragestellungen und ist zuständig für die Erteilung und Überwachung von Befreiungen nach § 48 HmbNatSchG bzw. die ordnungsgemäße Ausführung von Maßnahmen, die nach den Naturschutzgebietsverordnungen freigestellt sind. Letzteres wird in Form von „Ausnahmeschreiben“ an den Antragsteller erreicht. Gleichzeitig ist WBZ41 zusammen mit MR auch zuständig für die Betreuung der Naturschutzverbände. Die Zusammenarbeit zwischen den betreuenden Verbänden im NSG Boberger Niederung gestaltete sich bisher sehr effektiv und erfolgreich.

Im Sommer 2007 wurde der Arbeitskreis "Bacom-NR" ins Leben gerufen, der im Rahmen des computerunterstützten Bearbeitens von behördlichen Verfahren (Bacom) Prüft Themen, Textbausteine und Dokumenten für den naturschutzrechtlichen Bereich entwickeln soll. Das Genehmigungsverfahren Baumschutz wurde bereits Ende 2007 in Bacom installiert. Weitere Verfahren sollen folgen, bis die gesamte naturschutzrechtliche Prüfpalette mit Bacom bearbeitbar ist. Bergedorf hat hierfür die Federführung übernommen. Ziel ist eine



Vereinheitlichung der naturschutzrechtlichen Bescheide bezüglich Inhalt und Optik für ganz Hamburg, um für den Bürger mehr Transparenz, Lesbarkeit und Verständlichkeit zu schaffen. Leider hat es aufgrund von Erkrankungen im Jahr 2008 nur im ersten Halbjahr Arbeitstreffen gegeben. Die Installierung des landschaftsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens ist daher bisher nicht verwirklicht.

Naturschutz	2006	2007	2008
Ausnahmegenehmigung nach der Baumschutzverordnung	395	310	395
Ausnahmen und Befreiungen NSG	-	-	24
Ersatz- und Ausgleich prüfen	0	21	8
§28er-Biotop prüfen	-	-	20
Sonstige naturschutzrechtliche Verfahren	156	214	129
Gesamt:	156	235	161
OWI-Verfahren (auch Herstellung ordnungsgemäßer Zustände)	5	12	7
Anzahl der Widersprüche	10	2	3
Anteil der erfolgreichen Widersprüche	0	0	0

Wasserbehörde

Bergedorf ist mit fast 12km² Wasserfläche wasserreichster Bezirk außerhalb des Hafens: 19,7 km Gewässer 1.Ordnung (Bille, Schleusengraben, Dove Elbe), dav.13,5 km schiffbar (Hafenrandgewässer); > 200 km Fleete, Hauptentwässerungsgräben und wichtige Vorfluter (z.B. Gose Elbe, Brookwetterung, Schulenbrooksbek, Bornmühlenbach),davon 5,8 km schiffbar; ~1.600 km Siel- und Schaugräben; weitere 1.300km sonstige Gräben;

So reichhaltig wie das Gewässernetz sind auch die wasserrechtlichen Aufgaben. Im Unterschied zu anderen Bezirken hat Bergedorf umfassende Zuständigkeiten (z.B. an Gewässern 1.Ordnung und nach Hafen- und Schifffahrtsrecht).

Jede Erschließung und nahezu jedes Bauvorhaben im Landgebiet hat Berührungspunkte mit einem Gewässer. Die bestehende Oberflächenentwässerung mit kleinteiliger Parzellierung und gefällefrienen Marschengräben wird vermehrt überfordert. Aus diesen Tatsachen erwachsen die vielfältigen und kontinuierlich zunehmenden Aufgaben der bezirklichen Wasserbehörde (z.B. Binnenhochwasserschutz, Neubemessung der Überschwemmungsgebiete). Nicht nur die Landschaft verändert sich und damit Nutzungsart und -intensität, auch die Gewässer sind einem stärkeren Freizeit- und Erholungsdruck ausgesetzt, infolge dessen steigt der Regelungs- und Koordinierungsbedarf.

Wasserbehörde	2006	2007	2008
Anzahl wasserrechtlicher Verfahren	628	774	558
Anzahl Widerspruchsverfahren	8	6	3
davon erfolgreiche Widersprüche in %	0	33,3	66,6
Anzahl OWI-Verfahren	2	1	0
Genehmigungen	163	211	151



Erlaubnisse		233	262	335
davon in konzentrierenden Verfahren			11	13
Planverfahren			1	1
Änderungen, Ergänzungen, Umstellungen		59	34	8
Versagung, Widerruf		28	93	12
Beanstandung/Anordnung u.ä.		106	128	55
Schäden am Gewässer		31	36	10
Einnahmen	Soll	100.562	105.165	81.000
	Ist	100.521	103.759	89.782,60